

16

Bonn, 23. August 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Bitter, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Czaja, Dittmar, Dufhues, Erhard, Fay, Gerstenmaier, Globke, von Hassel, [Heck], [Hermann], Höcherl, Kraske, Krone, Lücke, Röder, Schmücker, [Schröder], Stoltenberg, Stücklen, Süsterhenn, Frau Weber, Wegmann, Zimmer.

Bericht zur Lage. Fernsehen. Aussprache über den Lagebericht. Kommunalwahlen 1960. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 17.15 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich habe trotz der abklingenden Ferien Sie für heute hierher bitten müssen, weil wir einige sehr dringende Angelegenheiten behandeln müssen. (*Albers:* Herr Bundeskanzler! Es wäre zweckmäßig, wenn Sie hier in der Mitte des Tisches Platz nähmen; dann hören auch die Hinterbänkler etwas!) Der Gedanke ist mir auch heute morgen gekommen. Ich habe eine leichte Hornhautentzündung; die möchte ich noch gerne wegstreichen. Ich sehe hier gerade ins Licht. Ich bin bereit, mich in die Mitte des Tisches zu setzen und da zu sprechen.

Ich möchte zunächst Frau Weber in unserer Mitte auf das herzlichste willkommen heißen. (*Beifall.*) Wir alle freuen uns, Frau Weber, daß es Ihnen so gutgeht. Ich freue mich besonders, weil wir so alte gute Freunde sind. (*Weber:* Sehr richtig!) Ich stehe im öffentlichen Kampf und brauche einen Bundesgenossen. Außerdem sind Sie ein belebendes Element in der Bundestagsfraktion, das ich nicht entbehren möchte. Haben Sie gehört, Herr Krone? (*Krone:* Einverstanden!)

Es haben sich entschuldigt: Dr. Grادل, Dr. Pferdenges, Adorno, Bauknecht, Dr. Fricke, Lemmer, Etzel, Johannes Even, Dr. Schmidt, Dr. Strecker¹, Scheufelen, Dr. Meyers, Kiesinger, Blank, Krüger, Dr. Gurk, Johnen. (*Dufhues:* Herrn Johnen werde ich mit vertreten!) Sie sind doch selbst Mitglied. Sie können nicht zwei vertreten. Das würde ich jedenfalls ablehnen. Das geht nicht. Wer Mitglied des Bundesvorstandes

1 Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin, Publizistin; 1954–1962 MdL Hessen (CDU). – Erinnerungen: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950. Freiburg 1981.

ist, kann nicht die Vertretung und damit die Stimme eines anderen Mitglieds des Vorstandes übernehmen, sonst kommen wir noch dahin, daß einer die Stimmen sammelt und für die anderen abstimmt. (*Heiterkeit.*) Aber wer von Ihnen anderer Ansicht ist, der möge es bitte sagen.

BERICHT ZUR LAGE. FERNSEHEN

Adenauer: Meine Damen und Herren! Heute möchte ich Ihnen in längeren Ausführungen die innen- und außenpolitische Situation darzulegen versuchen, weil man sich nur auf dem Hintergrund dieser ganzen Situation ein zutreffendes Urteil bilden kann über die Verhältnisse innerhalb unserer Partei. Ich gehe davon aus, daß die Bundestagswahl des Jahres 1961 für unsere Partei, für die Bundesrepublik Deutschland und auch für die ganze europäische Politik von der entscheidendsten Bedeutung sein wird. Wir müssen dieser Wahl eine Bedeutung beilegen, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen versuchen, Sie davon zu überzeugen.

Beginnen möchte ich mit den Zählungen, die von den bekannten Instituten zur Erforschung der öffentlichen Meinung im letzten Jahre gemacht worden sind.² Sie werden sie kennengelernt und dabei auch den Eindruck bekommen haben, daß auf alle Fälle die SPD in der öffentlichen Geltung erheblich zugenommen hat. Das Urteil über unsere Partei schwankt; es ist mal gesunken und dann wieder gestiegen. Bedenklich ist, daß die Zahl der Unentschiedenen, nämlich derjenigen, die nicht wissen, wie sie wählen sollen, ziemlich groß ist. Wenn Sie diese Befragungen einmal genau lesen, werden Sie sehen, daß dann, wenn wir absinken, die Zahl der Unentschiedenen zunimmt. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, daß wir nicht eine Partei der Mitglieder, sondern eine Partei der Wähler sind und daß eine breite Schicht der Bevölkerung sich nicht entschließen kann – namentlich die Leute, die uns innerlich nahestehen –, von vornherein einen festen Standpunkt einzunehmen. Natürlich ist auch die Zahl derjenigen nicht klein, die vor allem bei der gewinnenden Partei sein wollen.

Die SPD hat jedoch langsam und ständig aufgeholt. Sie ist, wie Sie wissen, eine Partei der Mitglieder und vor allem auch eine Partei der Gewerkschaft. Und die gewerkschaftliche Organisation ist bei uns in der Bundesrepublik außerordentlich stark. Sie besteht zum weit überwiegenden Teil aus Sozialisten, und dem, was von den maßgebenden Organen der Partei erklärt wird, stimmt sie zu; sie wird sich auch bei der Wahl entsprechend betätigen. Es ist aber nicht so, als ob es innerhalb der Sozialdemokratischen Partei keine Gegensätze gäbe. Da sind sehr starke Auseinandersetzungen. Wir verfolgen die Vorgänge innerhalb des Vorstandes und der anderen Gremien der SPD sehr genau. Aber es ist immer so, daß schließlich doch

² Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 420–424.

die Parteidisziplin siegt. Wie stark dort die Parteidisziplin ausgeprägt ist, das hat sich gezeigt, als unlängst Herr Wehner die bekannte außenpolitische Rede im Bundestag gehalten hat³, der das Gros – wenn auch unter einem gewissen Murren unter der Decke – dann doch die Zustimmung gegeben hat.

Damit komme ich auf die Gründe, warum die SPD für uns bei den kommenden Bundestagswahlen ein sehr viel schwerer zu schlagender Gegner sein wird als je zuvor. Zunächst hat sie ihr Godesberger Programm aufgestellt, das man zwar in vielen Punkten nach meiner Überzeugung – und ich stehe mit dieser Überzeugung ja nicht allein da – als absolut unwahr bezeichnen kann; aber der Durchschnittswähler in allen demokratischen Ländern ist doch sehr geneigt, solchen Losungen zu folgen, die präsentiert werden. Er ist nicht geneigt, solche Losungen bis in die tiefsten Tiefen hinein zu prüfen, ob das nun so ernst gemeint ist oder nicht.

Dann hat die Sozialdemokratische Partei unsere Propaganda in der Außenpolitik außerordentlich gelähmt durch die Erklärung Wehners, der ja die Partei gefolgt ist; denn wenn schon in einem Gespräch am runden Tisch ein prominentes Mitglied der Bundestagsfraktion – ich will den Namen des Herrn nicht erwähnen – diese Rede eine staatsmännische Tat nennt⁴, dann zeigt das doch, meine Freunde – ich will mich vorsichtig ausdrücken –, welchen Eindruck der Herr Wehner damit auf einen Teil derjenigen gemacht hat, die ihn angehört haben. Auf mich hat er gar keinen Eindruck gemacht. Das Ganze war ein schlechtes Theater, auch die ganze Ausdrucksweise und diese Worte, die er gebraucht und die Pausen, die er eingelegt hat. Das war eine rein kommunistische Dialektik und nichts anderes.

Wenn Sie nun verfolgt haben, wie diese Rede Wehners in der gesamten nicht parteipolitisch gebundenen Presse aufgenommen worden ist, dann muß ich Ihnen sagen, es ist einfach unverständlich und unbegreiflich, während die Rede unseres Freundes von Guttenberg, die eine ausgezeichnete Rede war – ich habe sie mir Wort für Wort und Satz für Satz genau angehört –, in der Presse kaum beachtet worden ist. Das gleiche gilt auch für den Rundfunk und das Fernsehen. Das Fernsehen hat zwar die Rede Wehners übertragen, aber als die Rede Guttenbergs übertragen werden sollte, trat eine „technische Störung“ ein, so daß sie nicht übertragen werden konnte.

Ich komme darauf – ich sehe Ihr Schmunzeln – im Laufe meiner Ausführungen noch zurück.

Ich möchte jetzt zunächst die Bedeutung der Bundestagswahl im Jahre 1961 behandeln. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir mit den wirtschaftlichen Erfolgen, die wir in den vergangenen schweren Jahren erreicht haben, offene Türen einrennen. Das ist für die meisten Leute eine Selbstverständlichkeit; aber

3 Vgl. Nr. 15 Anm. 11.

4 Zur Rede Wehners notiert Krone in sein Tagebuch: „Eine Meisterleistung Wehners“. (ACDP I-028-068/3). Vgl. auch den Bericht der FAZ vom 1. Juli 1960 zur außenpolitischen Debatte im Bundestag: „Lebhafte Diskussionen gab es über die Rede des SPD-Abgeordneten Wehner, für die selbst CDU-Abgeordnete gute Zensuren gaben.“

wenn die wirtschaftliche Entwicklung bis zur Wahl rückwärts gehen sollte, dann bekommen wir das als Minuspunkt angestrichen. Soviel ich weiß, haben die Propagandasachverständigen, die die Bundesgeschäftsstelle gehört hat, einstimmig bekundet, daß das als eine Selbstverständlichkeit hingenommen wird, was erreicht worden ist. Es wird gar nicht mehr daran gedacht, welche unendliche Mühe dafür aufgewendet werden mußte, um das alles zu erreichen.

Wir haben in der Innenpolitik noch einige schwere Hindernisse zu nehmen. Ich beginne mit dem Hindernis, das, wie ich hoffe, am leichtesten zu nehmen ist. Das ist – ich habe mit dem Herrn Kollegen Lücke noch nicht darüber sprechen können – die Beurteilung des neuen Mietrechts und der Wohnungspolitik. Unser Statistisches Bundesamt hat vor einigen Wochen eine Statistik veröffentlicht⁵, die katastrophal war und mich geradezu entsetzt hat. Das wurde auch von den uns nahestehenden Zeitungen unterstrichen. Es hieß: Im Jahre 1939 entfielen auf 1.000 Einwohner des Gebietes der Bundesrepublik mehr Wohnungen, als jetzt vorhanden sind. Das wurde also vom Statistischen Bundesamt erklärt und dann im weitesten Umfange durch die Presse verbreitet. Darüber werde ich mit dem Herrn Kollegen Lücke noch sprechen.

Ich kann mich hier kurz fassen und möchte nur folgendes sagen: Ich bin davon überzeugt, daß es einer intensiven Aufklärungsarbeit gelingen wird, bis zur Bundestagswahl diese ganzen Schwierigkeiten, die damit für unsere Partei verbunden sind, aus der Welt zu schaffen.

Nun komme ich zum Krankenkassengesetz⁶. Ich stehe nicht an zu erklären – wir sind hier in einem relativ vertraulichen Kreis –, daß wir, wenn das Krankenkassengesetz nicht baldigst zustande kommt, die Wahl ungefähr schon verloren geben können. Das Gesetz ist von einer solch eminenten Bedeutung für die breitesten Schichten der Bevölkerung, daß wir damit unter allen Umständen fertigwerden müssen. Es sind viele Sünden hier begangen worden. Ich muß sagen, in erster Linie hat die Bundesregierung, die ich zu vertreten habe, gesündigt. Sie hätte sich dieses ganzen Stoffes ausführlicher annehmen müssen und sich nicht damit abgeben dürfen, diese ganze Sache im Handumdrehen durch das Kabinett gehen zu lassen. (Weber: Sehr richtig!) Ich freue mich, daß Frau Weber wieder da ist! Das ist also ein Fehler von uns gewesen, den ich in keiner Weise bestreite. Ich bin aber auch der Auffassung, daß die Vertretung des Gesetzentwurfes durch das zuständige Ministerium vielfach nicht gerade glücklich gewesen ist. Ich will mich darüber im einzelnen jetzt nicht auslassen. Wir hatten schließlich gegen uns die gesamte öffentliche Meinung. Was das schlimmste von allem ist: Unsere eigene Fraktion war in viele Meinungen auseinandergefallen und gespalten. Ich selbst habe hier miterlebt an einem Abend, den die Fraktion gab, wie es ausgesehen hat. Herr Krone saß mit mir am gleichen Tisch, als das Gespräch darauf kam. Herr Krone hat alle gefragt, wie sie darüber dächten. Es waren da die

5 Vgl. Nr. 15 Anm. 15, 16 und 28; zusammenfassende Darstellung in BULLETIN vom 20. Juli 1960 S. 1318.

6 Vgl. Nr. 12 Anm. 27.

Vertreter der Ärzte, der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der Unternehmer und auch noch leidlich uninteressierte Leute an der ganzen Geschichte. Dabei kamen – etwas übertrieben – auf je zwei Häupter zwei Meinungen. Quot capita, tot sensus! (Weber: Sehr richtig!)

Dann hat sich der Sozialausschuß der Partei unter dem Vorsitz von Herrn Lünendonk mit der ganzen Frage befaßt und einstimmig einen Beschluß gefaßt – es ist hier nicht der Ort, im einzelnen darauf einzugehen –, der die und die Änderungen empfiehlt, die ich mit dem Wort „Krankenschein“ kennzeichnen will. Diesem Vorschlag des Sozialausschusses der Partei sind dann die Sozialausschüsse unter dem Vorsitz von Herrn Albers, abgesehen von einigen Kleinigkeiten, beigetreten. Dann habe ich die Vertreter der fünf Ärzteorganisationen zu einem Gespräch eingeladen, an dem auch Herr Blank teilgenommen hat.⁷ Dieses Gespräch ist sehr gut verlaufen, und wir haben uns auf der ganzen Linie geeinigt.

Das ist natürlich der Sozialdemokratie außerordentlich zuwider. Ich lese heute in der Zeitung, daß sie schon eine Kleine Anfrage⁸ eingereicht hat, wonach ich die Verfassung und alles mögliche gebrochen hätte, weil ich mit den Ärzten gesprochen habe. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion hat den Wunsch, daß sich der Bundesvorstand – nicht heute – einmal mit dieser Frage beschäftigt, um die Fraktion geschlossen hinter eine Konzeption zu bringen, weil wir nur dann, wenn sie geschlossen hinter eine Konzeption tritt, die Möglichkeit haben, mit diesem Stoff aus der öffentlichen Diskussion zu kommen und das Gesetz auch gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zu verabschieden. Es besteht also noch Aussicht, dieses eminente Hindernis vor der Wahl zu beseitigen. Wir können nach der Verhandlung mit den Ärzten annehmen, daß wir dieses Gesetz gut erledigen werden. Gegen die Ärzte ein solches Gesetz zu machen – das haben auch die Sozialausschüsse und der Sozialausschuß der Partei gesagt –, ist völlig unmöglich, weil die Ärzte die öffentliche Meinung für sich haben und weil sie die Kranken dagegen aufbringen können. Sehr viele Ärzte haben in ihrem Sprechzimmer eine Menge Literatur hingelegt, in der gegen den Krankenkassengesetzentwurf, wie er von der Bundesregierung eingebracht worden war, Stellung genommen wird. Der Arzt, der mit dem Patienten spricht, ist politisch ein gefährlicher Mann; ob er medizinisch gefährlich ist, kann ich nicht beurteilen. Aber politisch ist er äußerst gefährlich. Ich muß Ihnen gestehen, mir ist ein Stein vom Herzen gefallen, als mit den fünf Herren, die die Ärzteverbände vertreten, eine Einigung erzielt worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun auf einige andere Fragen eingehen, um nachher zur Außenpolitik zu kommen. Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat uns Sorge und Kummer gemacht. Ich möchte an die

7 Am 17. August 1960 (TERMINKALENDER). Vgl. auch „Bonner Rundschau“ vom 28. August 1960 („Ärzte zufrieden über Gespräch mit Kanzler“).

8 Anfrage der SPD vom 22. August 1960 (BT-Drs. 2040) und Antwort des Bundesarbeitsministers vom 5. September 1960 (BT-Drs. 2055).

Spitze meiner Ausführungen stellen – damit gar kein Zweifel aufkommt –, daß ich nach wie vor das europäische Ziel bejahe; es ist aber so, daß man zu einem europäischen Ziel nur kommen kann, wenn man viel mehr Geduld aufbringt, als die Europäische Wirtschaftskommission bisher gezeigt hat. Ich habe mit Herrn Hallstein eine sehr ernste Aussprache darüber gehabt. Sie ging damit zu Ende, daß Herr Hallstein mir gesagt hat: Wir haben zwei Wege, um zu Europa zu kommen, entweder jetzt mit großer Schnelligkeit vorgehen oder aber dasjenige, was wir bisher erreicht haben – er betonte selbst, daß das nicht wenig sei, was wir bisher erreicht haben –, in Ruhe und Geduld auszubauen, um dann weiterzugehen. Ich habe ihm selbstverständlich darauf geantwortet, ich bin unbedingt für den zweiten Weg, und zwar einmal aus innenpolitischen Gründen und zweitens, weil es unmöglich ist, auf einem notdürftig hergerichteten ersten Teil des Baues andere Etagen aufzubauen, sonst kracht die ganze Geschichte zusammen.

Das ist meine Befürchtung bei unserer ganzen europäischen Politik. Wenn ich die Zahl richtig im Kopfe habe, sind es 4.000 Mann in Brüssel. (*Globke*: Rund 4.000 Angestellte!) 4.000 Angestellte machen also z.Z. Europa. Davon hat der Gerichtshof nur 90, um das vorwegzunehmen. Die Montanunion hat relativ sehr wenige; aber die EWG-Kommission platzt bald, so dehnt sie sich aus. Ich habe im Laufe meines früheren Beamtenlebens – ich bin nicht mehr Beamter – immer gefunden – die Erfahrung mache ich aber auch hier –, daß eine starke Vermehrung der Bürokratie die Arbeit in sich vergrößert, so daß sie immer nur schlechtere Produkte zeitigt, als wenn es weniger Leute sind, die sich nicht immer mit sich allein beschäftigen. (*Heiterkeit*.) Nehmen Sie als Beispiel das Europäische Parlament. Ich sage das, weil hier Mitglieder des Parlaments anwesend sind. Das Europäische Parlament hat – ich bitte, mich zu korrigieren, Herr Globke – 390 ... (*Globke*: 365, davon 95 höhere Beamte. Aber es hat jetzt 600 neue Stellen angefordert! – *Gerstenmaier*: Dafür ist der Präsident allein verantwortlich!) 600 neue Stellen angefordert! Das ist meine große Befürchtung, daß die Kommission der EWG in der Arbeit, die sie sich macht, erstickt.

Als die Römischen Verträge abgeschlossen wurden, waren diese Territorien in Afrika alle noch französische Kolonien, abgesehen von Algier und Kongo. Wir haben dann eine Hilfsform auf Bitten der Franzosen angeregt, weil wir hofften, wir würden da wirklich einen fruchtbaren Warenaustausch bekommen. Jetzt sind sie alle auseinandergefallen. Ich weiß nicht, wieviel es z.Z. sind. Auch die französische Communauté ist auseinandergefallen. Und jetzt geht die EWG-Kommission darauf aus, alle diese einzelnen Negerstaaten als Assoziationsstaaten von uns in das Ganze hineinzunehmen. Mir graut davor. Das muß ich Ihnen ehrlich sagen. Als sie noch französische Kolonien waren, konnte man Frankreich Geld zum Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Brücken usw. zur Verfügung stellen, aber jetzt? – Wir haben ja heute zwei Afrika-Sachverständige, die zurückgekommen sind, zu unserer Freude unter uns.

Also, gegen diesen Plan habe ich große Bedenken; denn die ganze Kraft, die auf

Europa und diese sechs Staaten verwendet werden soll, wird nach meiner Meinung vertan durch die Geschichten, die sie da in Afrika jetzt machen. Nun wollen sie plötzlich an die Landwirtschaft heran und sie – wie das an sich ihre Pflicht ist – gleichrichten in Stufen.⁹ Das aber hätten sie vor einem Jahr machen sollen! Wenn das vor einem Jahr geschehen wäre, dann wäre die Sache wahrscheinlich bis zur Bundestagswahl erledigt gewesen. Sie haben es aber vor einem Jahr nicht gemacht, sondern sie wollen es jetzt machen. Unsere Landwirte sind außerordentlich unruhig. Ich habe die Leiter dieser Verbände auf den Rat von Herrn Hermes vor einigen Wochen bei mir gehabt.¹⁰ Wir können das einfach nicht gebrauchen. Das habe ich auch der EWG mitteilen lassen. Wir brauchen vor den Wahlen Ruhe in der Landwirtschaft.

Lassen Sie mich noch einmal wiederholen: Das Ziel bleibt, aber die Schwierigkeiten, die auf diesem Wege liegen, sind unendlich viel größer, als wir uns das nach dem Kriege und auch nach dem Abschluß der Römischen Verträge gedacht haben. Ich erinnere Sie daran – es ist etwas, was mir geradezu am Herzen liegt –, daß wir auch die soziale Gesetzgebung gleichmäßig gestalten sollen in den sechs EWG-Staaten. Was wird die Folge sein? Jeder einzelne Staat wird das herauspflücken, worin er am höchsten steht, und dann müssen sich alle anderen Staaten danach richten und ausrichten. Das bedeutet also auch für uns eine Umwälzung, auch in finanzieller Hinsicht, und eine Belastung der Wirtschaft, die nach meiner Meinung nur mit sehr großer Vorsicht behandelt werden darf.

Das wollte ich Ihnen hier nur als Beweis dafür anführen, daß der Weg schwieriger und infolgedessen nicht so schnell zurückzulegen ist, als wir uns das einmal gedacht haben, so daß wir an die Frage der Schaffung dieses neuen Europas mit der gebotenen Vorsicht herangehen müssen. Wir dürfen nicht stehenbleiben, sondern müssen weitergehen, aber mit Maß.

Wir müssen bei der Wahl zwar den Bau Europas als von uns sehr unterstrichene Forderung aufstellen, dürfen aber die Schwierigkeiten, die in der ganzen Sache liegen, nicht geringschätzen.

Wir haben auch innenpolitisch Rücksicht zu nehmen im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen. Und hier ist zunächst das Problem der Preise und der schleichenden Inflation eine sehr ernste Frage. Am 4. August hatte ich eine Besprechung mit den Herren Erhard, Etzel, Blessing, Abs¹¹, Pferdenges und Berg. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß man in Habachtstellung stehen müsse und

9 Vorschläge der EWG-Kommission für eine gemeinsame Agrarpolitik, die der Vizepräsident der Kommission Sicco L. Mansholt am 7. Juli 1960 bekanntgab (AdG 1960 S. 8510 und 8540).

10 Am 2. August 1960 (TERMINKALENDER). Vgl. dazu FAZ vom 3. August 1960: „Argrarwirtschaftler bei Adenauer“ und „Bonn will in der Landwirtschafts-Politik Zeit gewinnen“.

11 Hermann Josef Abs (geb. 1901), Bankier; seit 1938 Deutsche Bank (1957–1967 Vorstandssprecher). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 212 Anm. 114; Erinnerungen: Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens. Mainz 1991. – Zum Gespräch beim Kanzler am 4. August 1960 (TERMINKALENDER) vgl. KOERFER S. 469.

daß wir in einigen Wochen wieder zusammenkommen wollen, um diese ganze Frage im Auge zu behalten und dafür zu sorgen, daß hier kein Unglück passiert. Wie groß die Summen sind, um die es sich handelt, mögen Sie aus folgendem ersehen. Nach den Angaben von Herrn Blessing werden im Jahre 1960 die Löhne und Gehälter, alles in allem genommen, in der Bundesrepublik um zehn bis elf Milliarden DM steigen. (*Erhard*: Nur die Massenkaukraft!) Ich habe ja gesagt, die Löhne und Gehälter. Das sind nicht die Selbständigen, sondern das sind die Kategorien der – man kann sagen – sozial Schwächeren, nämlich die Arbeitnehmer.

Auch das habe ich Ihnen nur angeführt, um damit klarzumachen, daß – wenn auch ein gewisser Teil dieser Summe wieder in den Sparkassen landet – doch ein ganz großer Teil davon zur Verstärkung der Konsumkraft benutzt wird und infolgedessen ein höherer Bedarf an Waren eintritt. Und wenn dadurch die Preise steigen, dann werden als Folge Unzufriedenheit und alles das, was Sie ja wissen und kennen, eintreten.

Vom Januar bis zum 1. Juli sind vier Milliarden auf diesem Wege in den allgemeinen Kreislauf hineingekommen, ohne daß eine nennenswerte Preissteigerung eingetreten ist, aber es werden noch sechs bis sieben Milliarden vom 1. Juli bis zum Ende des Jahres hineinströmen. Deswegen müssen wir gerade dieser Frage unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, weil das Publikum gegenüber Preissteigerungen, namentlich auf gewissen Gebieten, außerordentlich stark empfindlich ist.

Nun lassen Sie mich zurückkehren zu dem Punkt, den ich Ihnen zunächst vorgetragen habe. Innerhalb der Bundestagsfraktion ist die Forderung aufgestellt worden, daß mit dem Krankenkassengesetz verbunden werden müsse die Fortzahlung des vollen Lohnes an die Arbeitnehmer für die ersten beide Tage ihrer Krankheit, genau wie bei den Angestellten. Das aber würde, aufs Jahr berechnet, eine Belastung der Unternehmer von elf Milliarden bedeuten. (*Bewegung und Unruhe*.) Ich bin selbst über diese Ziffer mehr als erstaunt, aber unsere Ministerien haben diese Summe berechnet und sie uns mitgeteilt. Eine weitere Belastung der Wirtschaft mit elf Milliarden DM! Ob das im gegenwärtigen Augenblick tragbar ist, das ist mir sehr zweifelhaft. Ich möchte gerade unsere Freunde in der Fraktion, die sich besonders dieser Frage widmen, sehr herzlich darum bitten, diese Frage nicht mit dem Krankenkassengesetz untrennbar zu verbinden, mit dem sie ja wirklich nichts zu tun hat, abgesehen davon, daß in beiden Fällen nur das Wort „krank“ dabeisteht. Jetzt möge man mir den dummen Witz nicht für übel nehmen, ich möchte nicht, daß als „dritter Kranker“ unsere Währung hinzukommt. Für unsere Währung fürchte ich allerdings bei dieser ungeheuer großen Summe, die auf dem Spiele steht. Bitte beachten Sie: elf Milliarden Löhne und Gehälter, und dann nochmals elf Milliarden für die beiden ersten Tage! (*Erhard*: Ich möchte davor warnen, diese Zahlen zu nennen. Es ist unmöglich, daß sie stimmen! – *Bewegung und Unruhe*. – *Burgbacher*: Es sind rund 20 Millionen Beschäftigte. Das würde im Jahr DM 500,- pro Kopf bedeuten!) Meine Herren! Sie können ja nachher sprechen. Ich will mich jetzt nicht durch Einzelheiten abbringen lassen von der Hauptsache dieses Gesprächs. Es hat

auch keinen Zweck, daß wir uns jetzt auseinanderreden: Es sind elf Milliarden, es sind keine elf Milliarden. Nach den Zahlen, die mir von den zuständigen Ministerien mitgeteilt worden sind, sind es elf Milliarden. Also, einstweilen habe ich Ihnen diese Zahl hier genannt.

Nun komme ich zu meinem Gespräch mit de Gaulle.¹² Das Gespräch hat zum großen Teil unter vier Augen stattgefunden. Es hat sich sehr weitgehend gedreht um eine Änderung der NATO. Die Reform der NATO ist in dem ursprünglichen NATO-Vertrag vorgesehen; sie sollte nach zehn Jahren erfolgen. Der NATO-Vertrag stammt aus dem Jahre 1948/49. Man dachte damals daran – deswegen ist der Vertrag abgeschlossen worden –, daß es im Jahre 1950 einen Krieg wegen Indochina geben würde. In der Zwischenzeit hat sich alles total verändert. Damals waren die Vereinigten Staaten allein in der ganzen Welt im Besitz von nuklearen Waffen. Das ist alles anders geworden.

Ich glaube, daß es wirklich notwendig ist, an eine Reform der NATO zu denken. Ich habe das übrigens auch den Amerikanern mitgeteilt, daß wir daran denken müssen. Ich wollte Ihnen aber eine Übersicht über die ganze Situation geben. Deswegen erwähne ich das hier.

Der zweite Hauptschmerz von de Gaulle war die EWG, und zwar hat er hier eine Sorge, die ich zu 50 % teile, nicht zu 100 %, daß nämlich politische Folgen durch das Verhalten der EWG-Kommission in Brüssel für uns alle heraufbeschworen werden, die sehr bitter und sehr unangenehm für uns werden können. Es ist deshalb unbedingt notwendig, einmal nachzuprüfen: Hat diese Kommission im Rahmen der Römischen Verträge bisher gehandelt, oder ist sie darüber hinausgegangen und hat Beschlüsse gefaßt, die an sich vom Ministerrat oder von den Regierungen hätten gefaßt werden müssen. Das ist eine Frage, die untersucht und geprüft wird. Und je nach dem Ergebnis wird man der Kommission sagen müssen: Das geht nicht, das ist Sache des Ministerrates. Das ist aber alles noch in der Schwebe. Es war aber in der Hauptsache Gegenstand des Gesprächs, das wir mit de Gaulle gehabt haben.

Nun zu Großbritannien! Herr Macmillan hat die Freundlichkeit gehabt, mir den Brief, den er an Chruschtschow geschrieben hat, vorher zu schicken in einem sehr freundlichen Schreiben, in dem er darauf Bezug genommen hat, daß wir einmal verabredet hätten, uns öfters zu treffen und auszusprechen.¹³ Ich habe ihm gedankt und ihn gebeten, bald einmal hierherzukommen. Und so hat die Besprechung zwischen Macmillan und mir stattgefunden.¹⁴ Es ist dabei nichts Konkretes verhandelt und beschlossen worden, sondern wir haben – wie das nach meiner Meinung auch richtig

12 Am 29. und 30. Juli 1960 auf Schloß Rambouillet bei Paris (AdG 1960 S. 8552). Vgl. Unterredung Adenauers mit de Gaulle in StBKAH III.25 und 58; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 59–67.

13 Macmillan an Adenauer vom 19. Juli 1960 (StBKAH III.5). Vgl. BLANKENHORN S. 380f.

14 Besuch Macmillans in der Bundesrepublik Deutschland am 10. und 11. August 1960. Vgl. AdG 1960 S. 8572; MACMILLAN S. 247f.

ist – uns darauf beschränkt, unsere Ansichten über die allgemeine Lage in der Welt auszutauschen; denn in der Beurteilung dieser allgemeinen Lage in der Welt hatte sich Großbritannien – insbesondere Macmillan – bisher von uns getrennt.

Ich darf Sie an die Reise erinnern, die Macmillan im Februar vor einem Jahr nach Moskau gemacht hat¹⁵, und daß Macmillan bis vor einiger Zeit des Glaubens gewesen ist, es werde ihm gelingen, eine Verständigung zwischen dem Osten und dem Westen herbeizuführen. Nunmehr aber ist Herr Macmillan, der sich redliche Mühe damit gegeben hat, insbesondere nach der Sache, die damals in Paris passiert ist¹⁶, auch durch das Echo, das sein Brief an Chruschtschow gefunden hat, zu der Überzeugung gekommen, daß sich seine Auffassung als unzutreffend erwiesen hat. Ich bin sehr froh darüber. Er hat das hier auch sehr freimütig – das muß ich auch dem Menschen Macmillan gegenüber anerkennen – erklärt, daß er sich eben davon hätte überzeugen müssen, daß seine Ansicht nicht die richtige gewesen sei. Das sehr wichtige Ergebnis der Besprechung mit Macmillan war folgendes: Wir sind in der Beurteilung der außenpolitischen Situation jetzt mit Großbritannien einig. Das ist ein sehr großer Fortschritt, der die Kraft des Westens gegenüber Chruschtschow stärkt.

Chruschtschow rechnet ja damit, daß der Westen auseinanderfallen wird. Deshalb müssen wir – und auch darin stimmt Herr Macmillan mit mir überein – alle außenpolitischen Fragen unter dem einen Aspekt betrachten: Rufen wir durch diese oder jene Differenz, die wir haben, bei Chruschtschow die Hoffnung hervor oder stärken wir seine Hoffnung, daß letzten Endes der Westen doch auseinanderfallen wird! Das ist im Grunde genommen seine große These, daß die kapitalistischen Staaten eben kraftlos seien und auseinanderfielen und der Kommunismus das große Erbe antreten werde.

Ich brauche nichts zu sagen über das Verhalten Rußlands. Sie lesen jeden Tag darüber in den Zeitungen. Ich möchte auch nichts sagen über die Vorgänge in Afrika. Es ist sehr erfreulich, daß gestern die Sache bei der UNO in New York¹⁷ eine bessere Wendung genommen hat.

Ich komme nun zu einem wesentlichen Punkt der Außenpolitik, nämlich zu der Wahl in den Vereinigten Staaten. Sie wissen, daß am 8. November der Präsident gewählt wird. Als Kandidaten stehen sich gegenüber Nixon und Kennedy. Berater von Kennedy ist Stevenson. Die Wahl Kennedys und die Bestellung von Stevenson

15 Vom 21. Februar bis 9. März 1959 (AdG 1959 S. 7586–7588).

16 Gemeint ist die gescheiterte Ost-West-Gipfelkonferenz in Paris vom 16. und 17. Mai 1960 (AdG 1960 S. 8400–8407). Vgl. auch Nr. 9 Anm. 14.

17 Anspielung auf die Kongo-Krise, vgl. FAZ vom 23. August 1960 über die Debatte im UN-Sicherheitsrat vom 21. und 22. August 1960: „Kusnetzow weicht im Sicherheitsrat zurück. Hammarskjöld setzt sich mit seiner Kongo-Politik durch. Sowjetunion und Polen isoliert. Lumumba lenkt ein“. Vgl. auch AdG 1960 S. 8593f.

oder auch Scott¹⁸ als Staatssekretär würde für die ganze Europapolitik der Vereinigten Staaten – ich will mich vorsichtig ausdrücken – eine sehr ernste Situation hervorrufen. Bei Nixon liegt die Sache anders, zumal jetzt eine Verständigung mit Rockefeller erfolgt ist. Wenn Sie mich fragen, wie die Aussichten sind, so kann ich nur sagen, das weiß kein Mensch. Zur Zeit liegt Nixon einige Punkte vor, aber die Wahl ist am 8. November. Heute ist der 23. August. Der harte Wahlkampf beginnt erst in zwei Wochen. Was also da noch alles kommen kann, können wir nicht überschauen. Jedenfalls sind die freien Völker des Westens, trotz aller entgegengesetzten Erklärungen der Vereinigten Staaten, insbesondere die NATO, bis der neue Präsident sein Amt angetreten und sein Kabinett gebildet haben wird – das wird wahrscheinlich Februar werden –, geschwächt und allen möglichen Schwierigkeiten, insbesondere von Sowjetrußland her, ausgesetzt.

Solange Amerika und Rußland sich damit begnügen, in den Weltraum Hunde und Affen zu schießen, habe ich nichts dagegen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der eine den anderen zu übertreffen sucht. Das ist für uns eine ziemlich unschädliche Angelegenheit. Sie sind beide damit beschäftigt, auf diesem Gebiet Siege zu erringen und damit ihrem Prestige – das gilt namentlich für Chruschtschow – neuen Stoff zuzuführen. Das ist also weiter nicht schlimm.

Aber Chruschtschow wird mit der Frage Berlin kommen. Wann er damit kommen wird, wissen wir nicht. Ich möchte nur in diesem Kreise sagen – aber nicht an die Presse gelangen lassen –, daß man bei den Gesprächen, die in Österreich mit Chruschtschow geführt worden sind¹⁹, zwar auch der Auffassung war, vieles von dem, was er sagt, ist nur die halbe oder die viertel Wahrheit oder Bluff, aber was er über Berlin gesagt hat, das hat man doch sehr ernst genommen.

Daher ist die Entscheidung des Bundestages, ob er, noch ehe der neue amerikanische Präsident amtiert, nach Berlin gehen soll, von außerordentlich ernster und weittragender Bedeutung. Ich habe mich sehr über das gefreut, was Herr Gerstenmaier zu dieser Frage der Presse erklärt hat.²⁰ Auch Herr Brandt hat mit einer gewissen Vorsicht dazu Stellung genommen.²¹

18 Hugh Doggett Scott jr. (geb. 1900) wäre Staatssekretär im Falle des Sieges von Nixon bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1960 geworden. 1941–1945 und 1947–1959 Mitglied des Repräsentantenhauses (Republikaner), 1958 Mitglied des Senats, 1969 Führer der Republikaner.

19 Österreich-Besuch Chruschtschows vom 30. Juni bis 8. Juli 1960. Chruschtschow sprach u.a. mit dem österreichischen Bundespräsidenten Schärp sowie Bundeskanzler Raab. Vgl. Nr. 15 Anm. 6.

20 Auf einer Pressekonferenz zur Frage der Tagung des Bundestages in Berlin am 22. August 1960. Vgl. ACDP I-210-074/2; FAZ vom 23. August 1960 („Noch keine Entscheidung über die Berlin-Sitzung“).

21 In einer Ansprache über die Berliner Rundfunkstationen am 21. August 1960. Vgl. FAZ vom 22. August 1960 („Brandt rechnet mit Bundestagssitzung in Berlin“).

Nun, meine Freunde, zur Wahl! Ich darf folgendes feststellen: Auf der einen Seite steht die Sozialdemokratie, ein Gegner von vorbildlicher Geschlossenheit und Disziplin, auf der anderen Seite eine CDU, eventuell auch CSU, die alles andere ist als eine Attraktion für die Wähler. (*Weber*: Sehr richtig!) Ich muß Ihnen gestehen, daß eine derartige Entwicklung des Föderalismus, wie er – abgesehen von wenigen Ausnahmen – von den Ländern gepflegt wird, mir schlechthin über meinen Verstand geht! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Als wir das Grundgesetz geschaffen haben, waren die Franzosen und die Amerikaner bestrebt, die Zentralgewalt, den Bund, so schwach wie möglich zu machen, weil sie eine Revanche fürchteten, die Länder aber möglichst stark zu machen, damit sie dem Bund Widerstand leisten könnten. Wir haben uns damals gefügt, obwohl der größte Teil der CDU- und auch der CSU-Leute im Parlamentarischen Rat nicht damit einverstanden war, wie das Grundgesetz geworden ist. Wir haben uns gefügt, und zwar einmal, weil wir auf alle Fälle doch von der Besatzung loskommen und wieder frei werden wollten, zweitens weil wir damals alle davon überzeugt waren, daß es bis zur Wiedervereinigung nur eine gewisse Zahl von Jahren – vielleicht fünf oder zehn – dauern werde. Es war vorgesehen, daß dann eine Nationalversammlung, die aufgrund allgemeiner Wahlen gebildet würde, eine neue Verfassung machen sollte. Aber diese Hoffnung, die wir – nicht nur die CDU/CSU, sondern alle Parteien – damals hegten, ist nicht in Erfüllung gegangen. Und es wird noch eine recht lange Zeit nach menschlichem Ermessen dauern, bis diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird. Diese Hoffnung wird in Erfüllung gehen, wenn wir keinen Krieg bekommen, der die ganze Welt verwüstet; aber dann hat es überhaupt keinen Zweck mehr.

Die Entwicklung, wie sie nun aufgrund der Verfassung eingetreten ist, das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern, ist so schlecht, auch zwischen dem Bundesrat und dem Bundestag, daß das dem allgemeinen Besten sehr abträglich ist. Ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken. Dabei kommt die Bundesregierung den Ländern, dem Bundesrat, nach meiner Überzeugung weit über Gebühr entgegen!

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen. Kein Gesetzentwurf von Bedeutung geht dem Kabinett zu, ohne daß er mit den Länderministern vorher eingehend besprochen worden ist. Das gilt auf dem Gebiete des Innern, der Finanzen, das gilt auf allen möglichen Gebieten. Und ich als Chef dieser Regierung muß mehr als einmal in der Zeitung lesen, daß zwischen dem Bund und den Ländern das und das über diesen oder jenen Gesetzentwurf vereinbart worden ist, den ich noch gar nicht kenne, so daß also die Länder – weit über das Grundgesetz hinaus – einen außerordentlich großen Einfluß auf die Arbeit der Bundesregierung haben, und zwar von Anfang an, noch ehe überhaupt ein Bundesministerium dem Kabinett einen Gesetzentwurf vorgelegt hat.

Ferner ist die Arbeit des Bundesrates bei dem sogenannten ersten Durchgang²²

²² GG Art. 76 Abs. 2: „Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrate zuzuleiten. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von sechs Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen.“

etwas ganz anderes als das, was sich damals der Parlamentarische Rat vorgestellt hat. Der Parlamentarische Rat hat sich damals vorgestellt, daß die Sache so ähnlich geregelt werden solle wie im Preußischen Staatsrat. Ich war zehn Jahre lang Präsident des Preußischen Staatsrates²³ und weiß, wie es damals war. Dann kommt nachher nochmals eine Beratung, die Anrufung des Vermittlungsausschusses und alle diese Sachen. Wir kommen also dem Bundesrat so weit entgegen, daß wir ihm, während die Herren Ministerpräsidenten Ferien haben, keine Gesetzentwürfe zuleiten, weil die 14 Tage, die jetzt für den sogenannten ersten Durchgang vorgesehen sind, ihre Ferienruhe stören würde. Und wenn hohe Feiertage wie Ostern, Pfingsten sind oder was sonst sein mag, nehmen wir auch Rücksicht, damit wir ihnen nicht unbequem werden mit dem Ablauf der Frist von 14 Tagen. Dann halten wir unsere Gesetzentwürfe zurück, obwohl sie fix und fertig vorliegen.

Nun komme ich zu dem Thema, das uns zum Schluß beschäftigt und worüber ich berichten muß, nämlich zum zweiten Fernsehen. Wir haben in diesem Raum im Juli eine Besprechung gehabt, an der sämtliche von der CDU/CSU geleiteten Länder vertreten waren. Zum größten Teil waren sie vertreten durch die Person ihrer Ministerpräsidenten. Zum Schluß der Verhandlung – es wäre mir sehr lieb, wenn die Herren Krone, Heck und Stücklen²⁴ auch ein Wort dazu sagen würden – habe ich dann auf Bitten von Herrn Krone jeden einzelnen Herrn gefragt: Sind Sie nun einverstanden? Und jeder einzelne hat mir erklärt: Ja! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir haben den Stenographischen Bericht darüber! Ich habe ihn bisher nicht veröffentlicht.²⁵ (*Zuruf*: Sollte man tun!) Die Sache ist nun eilig mit dem zweiten Fernsehen. Um auf die Wahl noch einen Einfluß ausüben zu können, muß es spätestens am 1. Januar anlaufen. Deswegen wollte ich den notariellen Termin zur Gründung der Gesellschaft und zur Übernahme der Anteile für den Bund und für die Länder möglichst bald festsetzen, weil jeder Tag wichtig ist, auch wegen der Fabrikation der Zusatzgeräte.

Die Herren haben mich dann gebeten, ich möchte den notariellen Termin einige Tage weiter hinausschieben, weil sie aus Gründen der Kollegialität die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einladen würden, um ihnen das mitzuteilen, damit sie sich auch an der Gründung beteiligen könnten. Dem habe ich zugestimmt. Der Ministerpräsident von Bayern hat mir ausdrücklich gesagt: Am Mittwoch habe ich mein Kabinett zusammen, und am Freitag haben Sie die Erklärung von Bayern, daß es beitritt.

23 Von 1921 bis 1933.

24 Richard Stücklen (geb. 1916), 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 664 Anm. 14.

25 Am 8. und 15. Juli 1960. Stenographisches Protokoll über die Besprechung am 15. Juli in ACDP VIII-001-298/3. Vgl. KÜPPERS S. 644–655; BAUSCH I S. 414, STEININGER S. 504f.; ZEHNER I S. 136 und S. 159f.

Am Freitag bekam ich zwei Briefe²⁶ von dem Sprecher der CDU-Ministerpräsidenten, dem Herrn Ministerpräsidenten Altmeier. In dem einen Brief stand, daß die Ministerpräsidenten eine Verschiebung des Termins haben wollten bis tief in den August hinein. In dem zweiten Schreiben waren 12 oder 13 funkelneue Forderungen wieder aufgestellt bezüglich des Vertrages, den ich vorher sämtlichen Ministerpräsidenten zugeschickt habe. Ob Herr Altmeier diesen zweiten Brief mit Wissen und Zustimmung der anderen Ministerpräsidenten geschrieben hat, weiß ich nicht. Es gibt die eine Version; es gibt die andere Version. Jedenfalls kamen sie wieder mit diesen neuen Forderungen.

Und da habe ich gesagt, dann machen wir es so: Wir gründen, und die für die Länder bestimmten Anteile übernimmt Herr Schäffer – aber nicht als Treuhänder der Länder, das ist eine ganz dumme Entstellung –, weil zwei Personen notwendig sind, um eine GmbH zu gründen, und weil keiner der Ministerpräsidenten seine Zusage gibt. Sonst hätten wir nicht gründen können. Er übernimmt und hält sie zur Verfügung, einschließlich für die sozialistisch regierten Länder.

Das Weitere wissen Sie. Ich habe die Herren für gestern zu einer Besprechung mit mir eingeladen. Dieser Einladung sind von den CDU/CSU-Ministerpräsidenten nur gefolgt die Herren von Hassel und Röder.²⁷ Die anderen sind nicht gekommen. Das ist eine Brückierung auch des Bundeskanzlers, die unmöglich und unerhört ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Einem der hier anwesenden Herren habe ich wegen eines Artikels, den er in seiner Eigenschaft als Innenminister eines Landes und als Vorsitzender einer Rundfunkgesellschaft in den Zeitungen veröffentlicht hat und der eine schwere Beleidigung für mich enthält, geschrieben: „Durch diesen Satz“ – den ich angeführt habe – „fühle ich mich beleidigt.“ Nach acht Tagen habe ich die Antwort bekommen: „Bei dem Respekt, den ich vor Ihnen habe und vor Ihrer Arbeit ...“ – ich will es nicht weiter vorlesen – „würde ich es sehr bedauern, wenn Sie sich beleidigt fühlten.“ Dann kommt die ganze Geschichte nochmals mit den Rechten, die verletzt seien usw.²⁸ „Es wäre gut, es Rechtens zu machen ...“ usw. Nun frage ich Sie, wie wirkt das auf unser Ansehen in ganz Deutschland? (*Lebhafte Bewegung*. – *Zurufe*: Unerhört! – Sehr schlecht! – Das muß aufhören!) Das kann man nicht mehr Parte

26 Abschriften der Briefe Altmeiers an Adenauer vom 22. Juli 1960 in ACDP VIII-001-298/3. Vgl. auch das Kommuniqué der Ministerpräsidentenbesprechung vom selben Tag (ZEHNER I S. 34 und 41) und die Zusammenfassung des Schreibens von Altmeier an Adenauer (EBD. S. 136 und S. 160f.). Vgl. auch BAUSCH I S. 415f.; STEININGER S. 506 und KÜPPERS S. 650f.

27 Besprechung am 22. August 1960 (TERMINKALENDER). – Vgl. dazu Krone-Tagebuch vom 23. August 1960 (ACDP I-028-068/3); „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. August 1960: „Fernsehgespräch bei Adenauer. Nur Hassel und Röder folgten der Einladung“.

28 Offener Brief von Dufhues in „Bonner Rundschau“ vom 6. August 1960: „Zum Fernsehstreit. In Zusammenhängen denken!“ Adenauer an Dufhues vom 8. August 1960 (StBKAH III.39).

nennen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und die Herren Ministerpräsidenten sind offenbar der Auffassung, daß sie Götter seien, die mit der Partei nichts mehr zu tun haben. Dabei sind die Landesparteien doch abhängig von den Erfolgen der Bundespartei. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Und wenn wir nicht siegen im Jahre 1961, dann will ich einmal sehen, wohin es mit Nordrhein-Westfalen geht. Von keinem Land – der Minister des Innern von Nordrhein-Westfalen ist hier, deswegen sage ich das – bekomme ich soviel Zuschriften von Wählern, die von einer absoluten Unzufriedenheit mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zeugen, von keinem Land! Ich habe nie solche Zuschriften bekommen. Aber die Herren tun so, als ob sie auf dem Olymp säßen. Aber sie sitzen auf einem verdammt niedrigen Sessel und nicht auf dem Olymp.

Deswegen bin ich in sehr ernster Sorge um unsere Partei. Wenn es uns nicht gelingt, das Ansehen unserer Partei in der Öffentlichkeit wiederherzustellen und zu dokumentieren, daß wir einig und geschlossen sind, dann weiß ich nicht, wie wir die Wahlen führen sollen, zunächst die Kommunalwahlen und später die Bundestagswahlen. Ich weiß es nicht.

Aber ich finde es geradezu unbeschreiblich – ich muß mich wirklich mäßigen, um nicht stärkere Ausdrücke zu gebrauchen –, wie unsere Ministerpräsidenten die Bundesregierung behandeln. Das ist eine unmögliche Situation! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Nun wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn die Herren, die bei den Verhandlungen zugegen waren – Krone, Höcherl und Stücklen – ein Wort darüber sprächen, wie die ganzen Dinge gelaufen sind.

Gerstenmaier: Besteht eine Möglichkeit, daß wir auch über die anderen Fragen sprechen? Sie haben einen weiten Bericht gegeben, und ich könnte mir vorstellen, daß hierzu die eine oder die andere Frage erlaubt sein soll, z.B. über das Gespräch im Schloß Rambouillet mit de Gaulle. Das sollte nicht unter den Tisch fallen.

Adenauer: Wir haben ja Zeit, aber wir wollen zunächst über die Fernsehfrage sprechen, weil sich das Bundeskabinett morgen damit beschäftigen und einen Beschluß fassen muß. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir diese Sache, die für die gesamte Öffentlichkeit von der größten Bedeutung ist, zu Ende brächten.

Krone: Ich habe zu denen gehört, die aus Überzeugung den Versuch gemacht haben, mit den Ländern in der Fernsehfrage eine Lösung zu finden. Ich habe das noch einmal auf dem Parteitag in Karlsruhe sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, obwohl die etwas strafferen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über das Fernsehprogramm Nr. 2 auf dem Parteitag Beifall bekamen, während meine Ausführungen weniger Beifall erhielten. Ich habe trotzdem an dieser Linie festgehalten, und zwar mit den Ländern zusammen. Wenn aber die Ministerpräsidenten der Länder – wie mir gesagt worden ist – in dieser Sache nicht zu Hause sind, dann sollten sie sich nicht als die kompetenten Vertreter ihrer Länder hinstellen und für ihre Länder sprechen. Ich habe Herrn Ministerpräsident Altmeier in einer Besprechung – damals noch ohne den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden –

in seinem Hause in der Schedestraße²⁹ gesagt: Ich verstehe Ihre Bemühungen, mit allen Ländern hinzukommen, auch mit den Sozialdemokraten, aber wenn Sie erkennen müssen, daß die Sozialdemokraten Sand in die Mühlen streuen und zu den sieben Jahren, die bereits mit vielen Beratungen angefüllt hinter uns liegen, noch das Jahr 1961 hinzufügen wollen, um bis zur Wahl das einseitige Monopol des Fernsehens Nr. 1 zu haben, sind Sie dann bereit, Herr Altmeier, mit Ihren CDU-Ministerpräsidentenkollegen mit uns zusammen den Weg für das zweite Fernsehprogramm zu gehen? Seine Antwort: Ja!

Ich kann also das, was der Herr Bundeskanzler über die beiden Sitzungen vom Juli hier gesagt hat, nur unterstreichen. Wenn ich das noch einmal betone, so deshalb, weil ich mich genauso enttäuscht fühle in meinen Bemühungen, mit den Ländern einen Weg zu finden. Ich muß sagen, daß es nicht mehr geht, wie es jetzt steht. Was soll man da sagen, wenn man von den Ministerpräsidenten hört: Jawohl, wir sind bereit, nicht nur in der Form einer GmbH, sondern auch hinsichtlich dessen, was in dem Vertrag stehen soll, mit dem Bund zusammenzugehen, und zwar bezüglich der Machtverteilung: 51 % und 49 %; Anteile über den Aufsichtsrat: fünf Länder, fünf Bund, fünf andere, wie Kirchen, Arbeitnehmer, Arbeitgeber usw. Man war also über alles das einig. Auf Drängen des Bundeskanzlers, schnell zu entscheiden, habe ich dann gesagt: Geben Sie den Herren nochmals acht Tage Zeit, damit sie diese Angelegenheit in ihren Kabinetten zur Sprache bringen und auch noch mit den Ministerpräsidenten der anderen Länder verhandeln können. Ich hatte vorher den Herrn Bundeskanzler gebeten, er möchte an alle die Frage stellen, ob wirklich jeder einzelne mit dem Vorgehen in dieser Form und diesem Inhalt einverstanden sei.

Und jeder einzelne der Herren, Herr Kiesinger, Herr Meyers ... (*Zuruf:* Herr Sträter³⁰!) Pardon! Herr Sträter, Herr Ehard³¹, (*Adenauer:* Auch Herr Altmeier!) ja, Herr Altmeier, sagte: Jawohl, mit Form und Inhalt einverstanden. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Also, wenn ich jemals geglaubt habe, das sei nun in Ordnung, dann war es hier. Die Bayern ließen in der Sitzung erklären: Wir geben Ihnen den Tag an, wo wir unterschreiben. Das war am Freitag. Ich will das weitere Ergebnis nicht mitteilen, das wissen Sie.

Und nun kommt hinzu: Der Kanzler lädt die Herren zum 20. August ein. Diese aber sagen: Nein, dann können wir nicht aus Urlaubsgründen. (*Adenauer:* Herr Altmeier hat gesagt, ich bin bis zum 20. August im Urlaub!) Dann sagte der Bundeskanzler: Gut, nehmen wir darauf Rücksicht und laden sie zum 22. August ein.

29 Besprechung am 4. Februar 1960 in der Vertretung von Rheinland-Pfalz. Vgl. dazu Krone-Tagebuch vom 4. Februar 1960 (ACDP I-028-068/3).

30 Dr. Hans Ehard (1887–1980), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident von Bayern (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 121 Anm. 29; Karl-Ulrich GELBERG: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf 1992.

31 Dr. Artur Sträter (1902–1977), Rechtsanwalt; 1950–1970 MdL NW (CDU), 1958–1960 Minister für Finanzen und 1960–1962 für Bundesangelegenheiten, 1958–1966 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 531 Anm. 46.

Das war gestern. Bis dahin wollten sie nämlich alle wieder hier sein. Aber die Herren waren eben nicht da! Ich war auch im Urlaub³² und bin wieder hier; andere sind auch hier. Aber diese Herren sind in Lugano, in England und Gott weiß wo, aber nicht hier. Und dann werden sie wiederum eingeladen zum 23. August, für heute, aber sie sind nicht da. Wenn ich Sozialdemokrat wäre, ich würde daraus eine große Sache machen.

Daß jemand kommt, ist doch das mindeste an Respekt, was wir dem Bundeskanzler und Parteichef schulden, (*Zurufe*: Sehr richtig!) von den zehn Jahren ganz zu schweigen. Wir schulden es ihm, daß man wenigstens kommt und sagt: Wir machen es nicht. Nun, zwei Mann waren da. Es freut mich, daß die Herren von Hassel und Röder gekommen sind.

Ich bin der Meinung – das ist evident, und die Worte überlege ich mir –, das erste Fernsehen machen die Anstalten, die auf der Basis der Länder beruhen, allein. Da haben wir nichts zu sagen. Aber das zweite Fernsehen ist unter Ausklammerung aller Bedenken, die man vom Föderalistischen her haben könnte, wer nämlich wo zuständig ist, in einer privatrechtlichen Form zustande gekommen, über die die zuständigen Herren gesagt haben, damit sind alle verfassungsrechtlichen Bedenken behoben. Und hier war der Wunsch, daß neben dem Fernsehen Nr. 1, das die Anstalten betreiben, die auf den Ländern basieren, noch ein zweites Fernsehen geschaffen wird als Konkurrenz; denn Konkurrenz ist immer gut. Der Bund soll also mit dabei sein.

Nun bin ich aufgrund der Erfahrungen in den Jahren, in denen ich mitgearbeitet habe, heute der Meinung, es ist evident geworden, daß das zweite Fernsehen mit unserem Ministerpräsidenten nicht mehr durchführbar ist, so daß der Bund heute handeln muß. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich habe aber gestern in diesem kleinen Kreise vorgeschlagen: Auch dabei soll in der Formulierung noch die Tür für ein späteres Einlenken der Länder offenbleiben. In welcher Form, das muß überlegt werden. Das ist meine Meinung.

Höcherl: Herr Krone und ich empfinden es als besonderen Affront, daß wir in dieser Frage mit den Ländern nicht zu einer Einigung kommen konnten, obwohl wir uns in mühseligen und unangenehmen Verhandlungen immer wieder bemüht haben, einen Kompromiß zu erreichen im Interesse des gemeinsamen Klimas.³³ Wie die Dinge dargestellt worden sind vom Herrn Bundeskanzler und von Herrn Krone, ist eine spezifische Ergänzung kaum noch notwendig. Nur auf eines möchte ich noch hinweisen. Am 15. Juli, an dem die Abschlußverhandlungen waren, wurde folgendes erklärt: Wir als Ministerpräsidenten bzw. als Minister in Vertretung des Ministerpräsidenten möchten noch einmal unsere Kabinette fragen. Anfang der nächsten Woche sind diese Kabinettsitzungen, und dann werden wir uns am Freitag, dem 22. Juli, mit den übrigen Ministerpräsidenten der Länder treffen, wenn zu

32 Krone war mindestens bis zum 15. August 1960 in Urlaub.

33 Vgl. zu Inhalt und Überlieferung der Besprechung STEININGER S. 505; KÜPPERS S. 644f.

erkennen ist, daß keine Einigung zustande kommt. Wir hier an diesem Tisch sind uns einig.

Das ist ausdrücklich und positiv erklärt worden, so daß wir alle der Meinung waren, am Montag darauf kann unterschrieben werden. Es war der 25. Juli damals festgelegt worden. Ich darf noch ergänzen, die Frage, ob Ministerpräsident Altmeier berechtigt war, im Namen aller unserer Ministerpräsidenten eine Reihe von Bedingungen aufzunehmen, z.B. auch, daß ein drittes Fernsehen den Ländern bzw. den Anstalten zustehen sollte, kann nicht bejaht werden. Der bayerische Ministerpräsident hat mir vor wenigen Tagen noch einmal erklärt, er habe sich dieser Forderung niemals angeschlossen. Er war niemals damit einverstanden, daß diese Bedingungen in diesem Briefe Aufnahme finden. Die Verhandlungen waren ja abgeschlossen. Die meisten Herren waren weg. Der Brief wurde herausgegeben, ohne daß vorher eine Verständigung über den Inhalt des Briefes erzielt worden war. Nachdem diese Bedingungen beim Bundeskanzleramt eingelaufen waren, hat man am Montag die Beurkundung der bereits bekannten Verträge vorgenommen. Daraufhin haben sich in der Presse diese unangenehmen Schauspiele abgespielt.

Ich stehe mit dem Kollegen Krone nach wie vor auf dem Standpunkt, im Interesse der öffentlichen Meinung – die außerordentlich stark aufgeputscht wird, vor allen Dingen von den Anstalten, die ein Monopolrecht haben – sollten wir versuchen, trotz allem die Tür noch einen Spalt offenzulassen, in der Form, daß die Länder die Übernahme der Gesellschaftsanteile – also die vermögensrechtliche Seite – noch vollziehen können. Wegen der Organe, der Intendanten und des Aufsichtsrates ist eine Verzögerung nicht mehr möglich und nicht mehr vertretbar. Damit aber in der Öffentlichkeit nicht die Auffassung entsteht, wir hätten nur ein Theater und einen Umweg gemacht und diese Lösung doch haben wollen, sollten wir die Tür noch in der Form aufhalten und in der Satzung zum Ausdruck bringen, daß die Länder, wenn sie wollen, einen Gesellschaftsanteil erwerben können, oder auch in der Form, daß der Bund Gesellschaftsanteile aus diesem Bereich an die Länder abgeben kann. Wir sollten also die Tür nicht ganz zuschlagen. Ich habe den Eindruck, daß der Kern dieser ganzen Entwicklung etwas anderes ist.

Die Herren haben Angst vor ihren eigenen Anstalten. Das ist der Kern. Das wird umschrieben mit allen möglichen Dingen. Es ist niemals eine föderalistische Frage gewesen, weil wir in Bayern bei der letzten Intendantenwahl feststellen konnten, daß die Länder in ihren eigenen Anstalten gar nichts zu reden haben. Das ist der politische Tatbestand. Die technischen Schwierigkeiten wegen der Zusatzgeräte usw. müssen von uns in Kauf genommen werden.

Stücklen: Ich will zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und denen der Herren Krone und Höcherl noch einige konkrete Episoden beisteuern. Daß die Auseinandersetzungen um das zweite Fernsehen sehr schwierig waren, war daraus zu erkennen, daß man sie auf der einen Seite zu einer Frage des Föderalismus und auf der anderen Seite zu einer Frage des Prestiges machte; in Wirklichkeit war es die Frage der Machtposition, des Monopolträgers für die Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Ich möchte aber sagen, daß sich diese Verhandlungen³⁴ – nicht nach einem siebenjährigen, sondern nach einem neunjährigen Krieg – am 8. Juli ihrem Ende näherten. An diesem Tage waren sämtliche Ministerpräsidenten damit einig, daß die Gründung einer Deutschland-Fernsehen-GmbH ins Leben gerufen werden sollte. Die Ministerpräsidenten der Länder – damals war auch Ministerpräsident Dr. Meyers dabei – waren damit einverstanden, daß Herr Heubl, der Staatssekretär der bayerischen Staatskanzlei, in ihrem Namen die endgültige Formulierung mit den Innenministern vornimmt. Diese endgültige Formulierung lag bei der Besprechung am 15. Juli im Kreise der Ministerpräsidenten unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers vor. Jeder einzelne Paragraph wurde vorgelesen, diskutiert, und Änderungswünsche wurden berücksichtigt. Der Bundeskanzler war der Meinung: Wenn wir nun einig sind über den Inhalt dieses Vertrages, dann steht nichts mehr im Wege, daß wir heute oder morgen zum Notar gehen und diesen Vertrag urkundlich festlegen.

Darauf haben die Ministerpräsidenten der Länder an dem Inhalt irgendwelche Aussetzungen nicht mehr gehabt, sondern lediglich am Procedere. Sie haben lediglich darum gebeten: Wir wollen das Gesicht gegenüber den SPD-Ministerpräsidenten wahren, und wir müssen unser eigenes Kabinett fragen. Nach einer halbstündigen Unterbrechung war man dann wieder sehr friedlich in diesem Raum zusammengekommen. Es ist interessant zu sehen – wie es hier steht –, was Herr Kiesinger gesagt hat, daß nämlich nun die Kabinette in der darauffolgenden Woche diesen Vertrag beraten und die SPD-Ministerpräsidenten für Freitag, den 22. Juli, eingeladen werden sollten, um zu unterschreiben. Und wenn sie nicht unterschrieben, was vorauszusehen war, dann – so haben die CDU-Ministerpräsidenten erklärt – werden wir diesen Vertrag unterzeichnen. Das steht wörtlich im Wortprotokoll, vom amtlichen Stenographen festgehalten. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Dieser Auffassung hat sich auch Herr Altmeier uneingeschränkt und in vollem Umfang angeschlossen. Er hat ausdrücklich gesagt: Wir können den SPD-Ministerpräsidenten nicht das Argument zuspielen, sie seien übergangen worden. Wir haben dann jede Form gewahrt, und wir können unterschreiben. Es war dann in Aussicht gestellt worden, daß der 25. Juli der Tag der Beurkundung dieses Vertrages sein solle.

Die Einladung zu der Ministerpräsidentenbesprechung wurde am gleichen Abend durch Fernschreiber des Bundespostministeriums herausgegeben.³⁵ Die Besprechung der Ministerpräsidenten fand statt. Ich habe verschiedene Versionen gehört, wie es dort zugegangen sein soll. Ich habe immerhin zwei gehört, die teilgenommen haben, die erklären, daß sie sich musterhaft benommen haben, ja heldenhaft, und daß sie sich dafür geschlagen haben, wozu sie in diesem Raum ihr Wort gegeben haben. Das Ergebnis ist aber, daß die sechs CDU-Ministerpräsidenten von den fünf SPD-Ministerpräsidenten überspielt worden sind und daß ein Brief³⁶ zustande kam,

³⁴ Vgl. Anm. 25.

³⁵ Vgl. KÜPPERS S. 649f.; STEININGER S. 505 und ZEHNER I S. 160.

³⁶ Vgl. Anm. 26.

der genau das widerlegt, was die Ministerpräsidenten hier in diesem Raume wörtlich gesagt haben! Und das ist etwas sehr Beschämendes, ist etwas Ungeheuerliches! Und ich bin noch lange nicht so verdorben in der Politik, daß ich das einfach ohne Bewegung aufnehme! (*Bewegung. – Weber: Das dürfen Sie auch nicht!*) Es ist unerhört, wenn man in diesem Raum das Wort gibt und dann das Wort, ohne daß es zurückgegeben wird, einseitig bricht! Und das ist hier geschehen! (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Es entstand die Frage, wer weiß überhaupt, wie die Entwicklung sein wird. Keiner weiß es. Und wer gibt dieser Bundesregierung das Recht, daß sie die Frequenzen für die kommenden Bundesregierungen und die kommenden Bundestage vertraglich einseitig vergibt? Dieses Recht hat auch diese Bundesregierung nicht; sie kann nur das vergeben, was vorhanden ist. Vorgeschlagen sind das erste und das zweite Programm, vielleicht das dritte Programm.

Das war also der Schlußakt: Entweder läßt sich der Bundeskanzler brüskieren, oder er zeigt nun, daß wir von der Bundesregierung und von der CDU aus in der Lage und willens sind, dieses Monopol der Rundfunkanstalten zu brechen und ein eigenes zweites Fernsehprogramm, unabhängig von den Rundfunkanstalten, auf die Beine zu stellen. Das war der Schlußakt, der in der Presse – die uns keinesfalls freundlich gesonnen ist – stark aufgebauscht worden ist.³⁷ Dieser Akt ist vom ersten Fernsehen in einer rührenden Weise kommentiert worden. Ich habe den Kommentar des Intendanten Bausch vom Südwestfunk³⁸, der Dinge fabriziert wie „Das Wohnungselend in Deutschland“ usw., gehört. (*Dufhues: Das war Herr Bischoff*³⁹!) Nun, ich will nur sagen, daß Herr Bausch in einer sehr pointierten Weise den Sachverhalt dargestellt hat. Wissen Sie, warum wir in der Presse nicht mit einer vollen Zustimmung abgeschnitten haben? Weil wir Rücksicht genommen haben auf unsere Ministerpräsidenten! Wenn das bekannt geworden wäre in der Öffentlichkeit, was sich vorher hier abgespielt hat, dann hätte wahrscheinlich die Öffentlichkeit einen anderen Schluß gezogen, wie es vielfach geschehen ist. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Ich bin der Meinung, daß wir nun tatsächlich handeln müssen und daß der Bund die Verantwortung allein übernehmen muß. Ob man nach dem Vorschlag von Krone und Höcherl noch einen Spalt für die Länder offenläßt, ist eine Sache, die man überlegen kann. Sie dürfen mir nicht übelnehmen, daß ich den Glauben an die Zusicherung gewisser Leute einfach verloren habe.

Zum Abschluß muß ich sagen, daß die Situation ohnedies außerordentlich kritisch ist. Wir wissen, daß wir einen ganz neuen Frequenzbereich erschließen müssen. Das bedeutet, daß die Empfänger zum großen Teil umgestellt werden müssen, daß neue

37 Vgl. „Der Spiegel“ vom 10. August 1960 (Mit beschränkter Haftung); „Bonner Rundschau“ vom 27. Juli 1960 („Länder sind erbost über Fernsehlösung“).

38 Abgedruckt in BAUSCH I S. 418f.

39 Friedrich Bischoff (1896–1976), Schriftsteller; 1946–1965 Intendant des Südwestfunks Baden-Baden, 1951 Professor ehrenhalber.

Antennen beschafft werden müssen. Und alles dies kostet nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Durch die Verzögerungstaktik, die seit Jahren betrieben worden ist, sind wir nunmehr in einer nicht beneidenswerten Position. Die rechtliche Seite ist für uns eindeutig. Wir haben keine Angst, Herr Kollege Dufhues, vor irgendwelchen Prozessen oder Klagen, die geführt werden, ganz gleich wo. Wir müssen jetzt handeln! Jeder Tag und jede Woche Verzögerung bedeuten einen weiteren Verlust für unsere Bestrebungen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es geht nicht nur um das Verhältnis des Bundes, sondern auch um das Verhältnis der Partei. Ich war mehrere Tage im Südwesten des Landes und habe diese Frage zu dem Fernsehen gestellt. Ich wage die Behauptung aufzustellen, daß von 100 Wählern der CDU nicht ein einziger diesen Streit versteht und nicht ein einziger der Bundesregierung das Recht bestreitet, so bald wie möglich einen eigenen Sender zu errichten. Ich gehe noch weiter und sage aufgrund der Diskussion, die ich geführt habe, ich habe den Eindruck, daß von 100 Wählern der Opposition 80 verstehen, daß die Bundesregierung das Recht hat, einen Sender zu errichten. Ich habe interessante Gespräche mit der Presse geführt, und zwar ohne die Öffentlichkeit. Außer einem einzigen Mann in dieser kleinen Pressekonferenz von 15 Leuten – einem Mann, der als sozialdemokratischer Journalist festgelegt ist – haben die 14 mit unmißverständlicher Deutlichkeit erklärt: Wir verstehen diese Diskussion überhaupt nicht. Warum handelt die Bundesregierung nicht? Es sind Leute, die Zeitungen angehören, die aus irgendwelchen Gründen ganz anders schreiben, vielleicht anders schreiben müssen.

Ich möchte jedenfalls das unterstreichen und unterstützen, was Herr Krone gesagt hat. Ich halte diesen Bundesvorstand für die berufene Instanz, um im Interesse der Partei eine Entscheidung zu treffen und damit der Bundesregierung die Ermächtigung zur Schaffung vollendeter Tatsachen zu geben. Wenn nämlich dieser Streit, diese makabre Auseinandersetzung in dieser Form weitergeht, dann brauchen wir Wahlvorbereitungen nicht zu treffen, dann haben wir jetzt schon die Wahl verloren, bevor wir überhaupt angefangen haben. Es ist peinlich zu sehen, mit welcher Ironie sich die Sozialdemokraten die Hände reiben. Sie sagen: Die fressen sich vorher schon auf.

Ich wiederhole: Unsere Wähler verstehen diese Diskussion überhaupt nicht mehr. Sie erwarten und verlangen, daß wir jetzt endlich aufhören mit den Verhandlungen. Herr Stücklen hat mit Recht von einem siebenjährigen Krieg gesprochen. Man weiß aber draußen nicht, wie lange wir verhandelt und wieviel Mühe wir uns gegeben haben. Ich will nicht mehr darüber reden, ob man vielleicht in einer Verhandlung etwas falsch gemacht hat. Jedenfalls war die Entscheidung gefallen in dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten. Sie haben gehört, daß diejenigen, die an diesem Gespräch teilgenommen haben, Ihnen das gleiche berichten. Dieser Bericht wird durch das Protokoll unterstrichen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen jetzt aus dieser Diskussion heraus, und zwar so rasch wie möglich, sonst verliert die Partei vor ihren eigenen Wählern das Gesicht. (*Lebhafter Beifall.*)

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist notwendig, hierzu etwas zu sagen. Sie werden mir einräumen, daß ich in dieser Diskussion etwas sagen muß auch zur Haltung der Ministerpräsidenten, die hier in sehr harten Formulierungen angegriffen worden sind.

Ich möchte zunächst davon ausgehen, daß die Ministerpräsidenten, soweit sie der CDU angehören, sich sicher nicht mit böser Absicht oder mit schlechtem Vorsatz in einen Gegensatz zu Ihnen bringen oder sich außerhalb der Ziele der CDU stellen möchten. Das möchte ich jedem meiner Kollegen von vornherein zugeben.

Die Entwicklung ist sehr unerfreulich geworden vom 15. Juli an, wie einige Freunde bereits ausgeführt haben. Es trifft in der Tat zu, daß wir hier in diesem Raum zusammen waren und daß jeder einzelne von uns auf die Frage, ob wir bereit seien, diesem Vertrag, nachdem er in allen Einzelheiten diskutiert worden war, zuzustimmen, gesagt haben, wir würden uns in unseren Kabinetten dafür einsetzen, daß die Unterschrift unter diesen Vertrag erfolgen könne. Wir haben darum gebeten, daß man uns diese Zeit läßt, um die Kabinette zu beteiligen. Das hielten wir für unerläßlich. Wir haben ferner darum gebeten, eine Geste gegenüber der SPD machen zu dürfen, und zwar wollten wir 14 Tage dazu haben, um auch zumindest der Form zu genügen und mit der SPD darüber zu sprechen. Der Herr Bundeskanzler hat sich nur nach sehr langem Sträuben dazu bereit gefunden.

Es trifft zu, daß Herr Krone seinen Einfluß dahingehend geltend gemacht hat, weil der Herr Bundeskanzler auf dem Standpunkt stand, wir sollten am 15. Juli zu einer Entscheidung in dieser Frage kommen. Das haben die Ministerpräsidenten nicht einräumen können aufgrund der Situation, in der sich jeder für seine Person in seinem Land befand.

Nun wird die Entwicklung in der Fortsetzung angreifbar; denn die Konsequenz wäre gewesen, daß jeder von uns in der darauffolgenden Woche seinen Ministerrat hätte zusammenrufen müssen, um das Wort, das am 15. Juli gegeben wurde, in dieser Ministerratssitzung einzulösen. Das hätte man erwarten können. Soweit ich unterrichtet bin, ist das in Schleswig-Holstein geschehen, nicht nur an der Saar. Ich habe meinen Ministerrat zusammengerufen und gegen die Stimmen der SPD einen Beschluß fassen lassen, daß ich diesem Abkommen beitreten kann unter zwei Auflagen, die irgendwie noch zu besprechen gewesen wären.

Am 22. Juli hat die Besprechung mit den SPD-Ministerpräsidenten stattgefunden, an der ich nicht teilnehmen konnte. Ich war vertreten in dieser Sitzung. Und hier ist ein Fehler gemacht worden. Da ist gar kein Zweifel. Hier mußten die CDU-Ministerpräsidenten bei ihrem Wort bleiben. Und wenn sie mit den SPD-Ministerpräsidenten nicht einig wurden, durften sie dem Bundeskanzler nicht schreiben, sie bäten um eine Fristverlängerung bis zum 15. August. (*Stücklen:* Darf ich konkretisieren! Sie haben geschrieben, daß sie die und die Forderung ...) Moment! Ich sage es! Sie haben eine Reihe von neuen Forderungen aufgestellt. Sie sagten, wir brauchen weiter Zeit bis zum 15. August. Nach meiner Auffassung aber hätte sie gereicht bis Ende Juli, um das gegebene Wort einzulösen. Dadurch aber, daß gesagt worden ist, wir wollen eine

weitere Frist bis zum 15. August haben, ist von seiten der Ministerpräsidenten ein Fehler gemacht worden.

Als der Bundeskanzler das Schreiben von Herrn Altmeier vom 22. Juli bekam, mußte er notwendigerweise enttäuscht sein aufgrund der Besprechung, die hier geführt worden ist. Die Reaktion, daß er unverzüglich den Vertrag mit Herrn Schäffer geschlossen hat⁴⁰, bedaure ich. Ich hätte es lieber gesehen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie die Herren Ministerpräsidenten, die – nach ihrer Auffassung und auch an sich – objektiv von ihrer Zusage abgewichen sind, nun darauf aufmerksam gemacht und ihnen gesagt hätten: Meine Herren! Wir sind so verblieben, daß Sie bis Ende dieses Monats unterschreiben. Nun können Sie mir nicht einfach einen neuen Termin setzen bis zum 15. August. Das ist nicht korrekt. (*Adenauer*: Herr Röder! Sie übersehen den zweiten Brief⁴¹, in dem eine Hinausschiebung bis zum 15. Oktober verlangt wurde, und zwar ist er von Herrn Altmeier namens der Herren Ministerpräsidenten an mich gerichtet worden.) Den kenne ich nicht; aber auch das andere halte ich bereits [für] über das hinausgehend, was hier vereinbart worden war.

Nachdem nun dieser Tatbestand geschaffen worden ist, ist die Situation weiterhin verschlechtert worden. Ich habe gestern in der Vorbesprechung zu der heutigen Sitzung auch meinerseits die letzte Hoffnung aufgegeben, daß es noch möglich sei, zu einer Regelung in dieser Frage zu kommen, indem ein Abkommen zwischen dem Bund und den CDU-Ministerpräsidenten zustande kommt. Auch ich halte das heute nicht mehr für möglich, und ich muß es deshalb hinnehmen, wenn der Bund selbständig handelt. Ich kann zwar als Bundesratspräsident nicht sagen, daß das eine besonders günstige und schöne Lösung vom Standpunkt der Länder sei, aber da ich sie als politisch für unerlässlich halte, muß ich mich fügen.

Der jetzige Zustand, daß nämlich eine Differenz – auch in der Öffentlichkeit – zwischen der Bundesregierung und den CDU-Ländern, zwischen dem Bundesvorsitzenden und den CDU-Ministerpräsidenten als den Landesparteivorsitzenden, vorhanden ist, das ist ein völlig unmöglicher Zustand. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß der Bundeskanzler die Ministerpräsidenten einlädt, ohne daß die Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der Einladung Folge leisten. Ich bilde mir nichts darauf ein, daß Herr von Hassel und ich dieser Einladung gefolgt sind. Ich halte das für eine bare Selbstverständlichkeit. Ich werde auch meine Kollegen fragen, warum sie gestern nicht zusammengekommen sind. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, dann sollte man sie innerhalb unseres Kreises im Bundesvorstand austragen und nicht in der Öffentlichkeit. (*Lebhafte Zustimmung*.) Das ist doch eine klare Notwendigkeit für unsere Partei.

40 Die Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages und der Satzung der „Deutschland-Fernsehen-GmbH“ durch Bundeskanzler Adenauer und Bundesjustizminister Schäffer erfolgte am 25. Juli 1960. Vgl. BAUSCH I S. 416f. und Abdruck der Dokumente in ZEHNER I S. 14–21.

41 Vgl. Anm. 26.

Nun haben Sie, Herr Bundeskanzler, sehr scharfe Kritik am Bundesrat geübt. Ich muß darauf hinweisen, daß ich nach der Übernahme meines Amtes als Bundesratspräsident bei Ihnen einen Besuch gemacht habe. Ich habe Ihnen gesagt: Ich werde bemüht sein, die Beziehungen zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat weitgehend zu normalisieren. Ich habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die CDU-Ministerpräsidenten in der Behandlung des Rundfunkgesetzes zusammengehalten haben. Dieses Gesetz ist im Bundesrat im Sinne der CDU verabschiedet worden gegen die SPD. Es gibt eine Reihe von anderen Beispielen, wo wir die Vorlage der Bundesregierung gegen den harten Widerstand der SPD im Bundesrat durchgezogen haben.

Nun bin ich dafür, aus diesem Zerwürfnis kein dauerndes Zerwürfnis zu machen, sondern wir sollten bestrebt sein, die Freundschaft in vollem Umfange wiederherzustellen. Dabei sollte man die positiven Dinge nicht ganz unberücksichtigt lassen. Es gibt Ansatzpunkte, auf die man sich einigen kann. Wir sollten alle bemüht sein – das werde ich auch meinen Kollegen sagen –, daß endlich die Diskussion in der Öffentlichkeit aufhört. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen dafür sorgen, daß wir als Partei völlig einig und geschlossen sind; denn nur dadurch haben wir Aussicht, weiterhin in der Bundesrepublik die Politik zu machen, die wir von unserem Standpunkt aus für notwendig halten.

Adenauer: Herr Altmeier hat an mich in dem zweiten Brief geschrieben: Allerdings muß ich darauf hinweisen, daß bei allen Bundesländern – mit Ausnahme von Berlin – die Zustimmung der Landesparlamente zu der vorgesehenen Regelung erforderlich ist. Daraufhin haben wir ausgerechnet, das wird mindestens bis zum 15. Oktober dauern, vielleicht sogar noch länger. Dabei möchte ich noch feststellen, daß bei dieser Besprechung in diesem Raum, von der die Herren Stücklen, Krone und Höcherl gesprochen haben, von den Landesparlamenten überhaupt keine Rede gewesen ist. Aber es ist hier von Herrn Altmeier hineingebracht worden; ob mit Wissen der anderen Herren, weiß ich nicht. Wenn wir darauf eingegangen wären, dann wäre es wahrscheinlich Weihnachten geworden.

Dufhues: Mir kommt es nicht zu, zu der Haltung der Ministerpräsidenten in den vergangenen Monaten Stellung zu nehmen. Mir liegt ausschließlich daran, einen Beitrag zur Lösung dieses leidigen Fernsehstreites zu liefern, einen Beitrag, der die Möglichkeit gibt, ab 1. Januar nächsten Jahres das zweite Fernsehprogramm durch eine Einrichtung auszustrahlen, die auf der Bundesebene wirkt. Ich darf in Ihre Erinnerung rufen, daß ich zum Rundfunkstreit in diesem Kreis vor mehr als einem Jahr Stellung genommen habe. Ich habe damals als erster die Anregung gegeben, man möge diese Frage lösen durch ein Verwaltungsabkommen, um damit verfassungsrechtliche Schwierigkeiten auszuräumen, die sich notwendigerweise ergeben mußten bei der Regelung dieser Frage in einem Gesetz. Aber die Bürokratie einiger Ministerien hat entscheidenden Wert darauf gelegt, ein Gesetz zu erhalten. Ich habe diese Entwicklung stets bedauert, weil sie nur zu verfassungsrechtlichen und sonstigen Streitigkeiten führen konnte, aber nicht zu einer praktischen Lösung.

Der Herr Bundeskanzler wollte das zweite Fernsehen, andere wollten juristische Positionen. Ich habe die Sorge, daß nicht zuletzt darunter die Entwicklung im Fernsehstreit sehr gelitten hat. Nach dem, was in den letzten Monaten und Wochen geschehen ist im Hinblick auf die Haltung, die insbesondere die Bundesregierung in dieser Frage eingenommen hat, halte ich es im Interesse einer Bereinigung dieses Streites für notwendig, daß die Ordnung eines zweiten Fernsehens erfolgt auf der Grundlage der Konstruktion eines Verwaltungsabkommens, das ich vor mehr als einem Jahr vorgeschlagen habe, und auf der Grundlage der Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung; denn nur so werden wir aus den Schwierigkeiten herauskommen, ohne daß das Ansehen derer beeinträchtigt wird, die sich hinter diese Lösung gestellt haben.

Es bedarf m.E. nur gewisser, nicht sehr weitgehender Korrekturen, um für die Lösung, die hier vorgeschlagen wird, nicht nur die Zustimmung der CDU-Ministerpräsidenten, sondern auch die Zustimmung einsichtsvoller Ländervertreter – z.B. des Senatspräsidenten Kaisen – zu erhalten. Aber nicht darum geht es. Wenn sie nicht zustimmen, ist dieser Weg auch gangbar, den ich vorgeschlagen habe, aber wenn es zu erreichen wäre, dann wäre das doch ein Politikum ersten Ranges. (*Bewegung und Widerspruch.*) Meine Damen und Herren! (*Lücke: Es ist doch nicht zu erreichen.*) Entschuldigen Sie! Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich gewisse Probleme des Rundfunk- und Fernsehstreites kenne. (*Lücke: Sieben Jahre dauern schon diese Probleme! – Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir auf der Grundlage verhandelt hätten, die ich vor eineinhalb Jahren vorgeschlagen habe – allerdings für den Bund sehr ungünstig –, dann wären wir viel weiter. Wir sind heute wieder bei der Form, die ich vor über einem Jahr vorgeschlagen habe. Wenn wir diesen Weg von vornherein gegangen wären, dann wäre es viel leichter gewesen.

Ich habe mit Herrn Stücklen eine Unterredung gehabt, ob es nicht so möglich wäre. Das Fernsehen ist ein sehr empfindliches Instrument. Man sollte das Instrument nicht dadurch abwerten, indem man versucht, Einseitigkeiten zur Geltung zu bringen. Ich weiß, wie Propagandavorbereitungen gemacht werden müssen, und es muß auch das zweite Fernsehen im Bewußtsein der Bevölkerung für sich in Anspruch nehmen können, eine unabhängige und objektive Vermittlerin von Nachrichten, Informationen und Kommentaren zu sein. (*Von Brentano: Was heißt denn hier „auch“? Das konzidiere ich nicht! – Bewegung. – Lücke: Halten Sie die Sendung „Verwirrung im Quadrat“ für eine objektive Darstellung? Nein, ich schicke Ihnen das Telegramm, das der Landesvorsitzende dem Herrn Bischoff geschickt hat.⁴² Es war viel gröber als Ihres! Das war eine Sendung, die Herr Bischoff zu verantworten hat. Aber ich kenne*

42 Telegramm nicht zu ermitteln; zusammenfassende Hinweise in: Negative Stellungnahmen zur SWF-Fernsehsendung „Verwirrung im Quadrat?“. Baden-Baden, 4. Juli 1960 (Mitteilung des Südwestfunks Baden-Baden, HA Dokumentation/Archive vom 9. Juli 1991).

ein wenig von den Personalien. Glauben Sie, daß Herr Jahr⁴³ in der Gesellschaft Freies Fernsehen eine Persönlichkeit sein wird, auf die wir uns verlassen können? Ich möchte warnen vor personalen Entwicklungen, die sich dort tun, die uns einst bitter enttäuschen werden. Es ist für mich eine unvorstellbare Entwicklung, daß ein Mann, der eine sozialistische Illustrierte herausgegeben [hat] und jahrelang den „Spiegel“ vertritt, heute eine maßgebende Persönlichkeit in der Gesellschaft Freies Fernsehen ist. Aber darauf will ich jetzt nicht eingehen.

Ich möchte einen Beitrag liefern, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, eine Regelung zu treffen, die nach meiner Überzeugung die Zustimmung zumindestens der CDU-Ministerpräsidenten finden kann. Dabei gehe ich aus von den Entwürfen, die hier vorgelegt worden sind.⁴⁴ Im Artikel 1 würde ich eine Ergänzung vorschlagen. Er regelt die Errichtung der GmbH. Ich verlange von Herrn Stücklen, daß er oder die Bundesregierung den Ländern oder den Rundfunkanstalten der Länder heute konzediert, daß ihnen die Frequenzen für ein drittes Programm zugeteilt werden. Als Kompromiß schlage ich vor, daß die Vertragsschließenden, d.h. der Bund und die Länder, darüber verhandeln und diese Frage durch ein später zu schließendes Verwaltungsabkommen regeln. Damit sind alle Möglichkeiten offen. Damit ist zu erkennen gegeben, daß man nicht einseitig Rechtspositionen ausbaut, sondern zu einer Verständigung kommen will.

Gegen Artikel 2 habe ich keine Bedenken. Gegen Artikel 3 melde ich für meine Person keine Bedenken an. Er regelt die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Fernseh-GmbH. Er sieht vor, daß er aus 15 Mitgliedern besteht, fünf der Bundesregierung, fünf der Länder, fünf der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche. Ich habe nur Bedenken, daß eine Ordnung des Rundfunks auch den sich verändernden politischen Verhältnissen Rechnung tragen muß. Ich wiederhole, was ich bereits gesagt habe: Ich möchte nicht, daß Herbert Wehner einmal ein Instrument in den Griff bekommt, das wir akzeptiert haben.

Ich bitte also alle Verantwortlichen, über diese Dinge nachzudenken, um zu einer Lösung zu kommen, die unabhängig uns eine hinreichende Objektivität dieses Programmes gewährleistet. Ich halte es für notwendig, daß in dem Verwaltungsabkommen die Höhe der Fernsehgebühren und der Rundfunkgebühren geregelt wird und daß auch geregelt wird die Aufteilung der Fernsehgebühren unter die Länder-Rundfunkanstalten und die Bundeseinrichtung. Ich habe keinen Einwand gegen die Aufteilung 50 % im ersten Jahr, 40 % im zweiten Jahr und 30 % in den nächsten Jahren.

43 In der Vorlage: Herr John. – John Jahr (1900–1991), Verleger; Mitinhaber des Verlags Gruner + Jahr. – Zur Beteiligung Jahrs an der Gesellschaft Freies Fernsehen vgl. BAUSCH I S. 425f.

44 „Entwurf eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fernsehens“ und „Entwurf einer Satzung der Deutschland-Fernsehen-GmbH“. Druck in ZEHNER 2 S. 56–61.

Gegen die Regelung, die die Frage des kommerziellen Fernsehens gefunden hat, habe ich gewisse Bedenken. Nach den Erklärungen, die die Bundesregierung und die CDU-Fraktion abgegeben haben, sollte in dem Verwaltungsabkommen eindeutig die Kommerzialisierung des Fernsehens abgelehnt werden. (*Krone*: Ist sie das nicht?) Nein! (*Krone*: Das ist ein entscheidender Punkt!)

Wir haben es für die Fraktion auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe in aller Öffentlichkeit erklärt. Ich sehe in den bisher gefundenen Formulierungen keine Garantien dafür, daß wir nicht zu einem kommerziellen Fernsehen auf der Grundlage der hier getroffenen Einrichtung kommen. Es ist eindeutig gesagt worden, daß die Ausstrahlung des Programms einschließlich des Programms, das zur Werbung gehört, unter der Verantwortung der neu zu errichtenden GmbH zu erfolgen hat. Aber, meine Damen und Herren, die Verantwortung kann man so oder auch so wahrnehmen. Aus der Praxis weiß ich, daß es entscheidend darauf ankommt, wie das Verhältnis dieser GmbH zur Freien Fernseh GmbH und zu anderen Programmlieferern gestaltet wird. Wenn alle Einnahmen aus dem Werbefernsehen der durch dieses Verwaltungsabkommen zu errichtenden GmbH zufließen, dann ist das Bedenken ausgeräumt, von dem wir gesprochen haben. Das ist aber nach den bisher vorgesehenen Regelungen nicht eindeutig festgelegt. (*Krone*: Sie betonen „eindeutig“!) Ich suche nach einem Kompromiß! Es ist ein Versuch in letzter Minute, eine verfahrenere Situation zu retten. Man sollte diese Dinge klar und eindeutig formulieren. Ich bin bereit, Ihnen diese Formulierung zu geben.

Das sind die Fragen, die ich beizutragen habe. Dabei bitte ich um Verständnis, daß ich auf die Ordnung und Regelung des kommerziellen Fernsehens entscheidendes Gewicht lege. Aus den Erfahrungen Englands und Amerikas wissen wir, daß die Werbung über das Fernsehen zunehmende Bedeutung gewinnt. Der Werbeetat des Deutschen Industrie- und Handelstages in der Bundesrepublik beträgt gegenwärtig 1,8 Milliarden. Er wird sich in kurzer Zeit auf zwei Milliarden belaufen. Nach den Erfahrungen in Amerika und England fließt die Hälfte des Werbeaufwandes bereits jetzt dem Werbefernsehen zu. Damit werden Mittel in Höhe bis zu einer Milliarde zur Verfügung gestellt.

Ich meine also, daß wir diese Frage auch unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten sehen sollten, welche Gefahren hier möglich sind. Wir müssen diese gesellschaftspolitischen Gesichtspunkte für die Zukunft entscheidend beleuchten. Ich bin bereit, Ihnen, Herr Bundeskanzler, auf der Grundlage der von den Kabinetten der CDU-Ministerpräsidenten gebilligten Entwürfe heute oder morgen den Vorschlag zuzuleiten. Ich weiß aber nicht, ob Sie sich dazu entscheiden können, mit den Ministerpräsidenten über diese Verträge zu verhandeln. Ich bitte aber zu erwägen, wenn Sie diesen Vertrag in Kraft setzen, ob Sie nicht den Gesichtspunkten Rechnung tragen wollen, die ich versucht habe, hier in wenigen Worten anzudeuten.

Adenauer: Herrn Dufhues möchte ich mit einem Satz antworten: Dieses Kind – kein Engel ist so rein! Weiter möchte ich nichts dazu sagen. Nun die sachlichen Gründe, damit Sie die Notwendigkeit erkennen, warum wir jetzt handeln müssen!

Diese Zusatzgeräte müssen alle neu hergestellt werden. Die Produktion ist im Gange. Die Produktion hört aber in dem Augenblick auf, in dem die Industrie irgendeine Sorge bekommt, daß dieses zweite Fernsehen nicht kommen werde. Und das ist es doch, was die Sozialdemokraten wollen. Das wollen sie. Und daher möchte ich auch dem ersten Vorsitzenden der Rundfunkgesellschaft West sagen: Die Sozialdemokraten beherrschen Ihren Rundfunk, nicht Sie! (*Lebhafte Zurufe*: Sehr wahr! – Sehr richtig! – *Dufhues*: Warum engagieren Sie Leute des Westdeutschen Rundfunks weg?)

Die wenigen, die noch anständig sind, gehen weg. Damit Sie die Zahlen kennenlernen, sage ich: Wenn der Herr Kollege Erhard sich der Sache persönlich annimmt bei den Elektrizitätswerken – und darum möchte ich ihn sehr herzlich bitten – wegen der Zusatzgeräte, dann haben wir am 1. Januar 1961 500.000 und am 30. Juni 1961 1,6 Millionen Zusatzgeräte. Die Sozialdemokraten haben mit ihrer Verzögerungstaktik die ganze Sache schon so weit geführt, daß wir es nur mit Mühe und Not – und jeder Tag ist von der größten Bedeutung – fertigbekommen, daß dieses Fernsehen im Wahlkampf überhaupt noch eine Rolle spielen wird. Die Belehrungen von Herrn Dufhues über die Einnahmen aus dem Reklame-Fernsehen brauche ich nicht, aber ich wünsche, daß das Fernsehen im Wahlkampf als ein Propagandamittel für uns bereitsteht und nicht nur für die SPD! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Auf die anderen Sachen jetzt zu antworten, hat keinen Zweck. Ich bitte die Herren, die sich zum Wort gemeldet haben, ihre Ausführungen nicht zu weit auszudehnen, weil wir noch über andere wichtige Fragen – da hat Herr Gerstenmaier völlig recht – sprechen wollen.

Was die Verfassungen und das Grundgesetz angeht, so wird z.Z. bei uns geprüft, wie es eigentlich mit den Kompetenzen des Rundfunks steht. Das ist eine sehr ernste Prüfung, die wahrscheinlich Überraschungen bringen wird, weil man uns entgegenhält – und das war ja eines der Hauptargumente –, wir könnten kein zweites Fernsehen machen, weil die Länder die Kulturhoheit hätten. Ich meine – es ist etwas komisch, was ich jetzt sage, aber ich muß es Ihnen sagen –, der Bund könnte auch, wenn er das Geld hätte, ein, zwei oder drei Orchester zusammenstellen und in die Länder schicken, um dort Sinfonien von Beethoven, Haydn und Mozart spielen zu lassen. Ich glaube nicht, daß damit die Kulturhoheit der Länder verletzt wäre. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Das kann jeder Privatmann auch machen. Aber wenn wir Musik senden oder Opern über das Fernsehen vermitteln, dann ist das eine Verletzung der Kulturhoheit! (*Dufhues*: Es geht um die Ordnung, nicht um das Betreiben! – *Unruhe*.) Jeder Privatmann kann das ungeniert tun.

Und nun möchte ich Ihnen sagen, wie diese Kulturhoheit der Länder überhaupt in das Grundgesetz hineingekommen ist. Daran war ich sehr wesentlich beteiligt, und ich weiß daher genau die Gründe des Gesetzgebers. Wir konnten damals in keiner Weise damit rechnen, daß wir – die CDU – die erste Bundesregierung stellen würden. Vergessen Sie nicht, wie es damals aussah. Die Sozialdemokratie war eine alte und festorganisierte Partei und wurde von allen Besatzungsmächten gepflegt. Wir wurden von den Besatzungsbehörden mißachtet. Wir waren neu als CDU, und wir hatten

keine Organisation. Wir hatten auch nicht die Gewerkschaften hinter uns. Und nun fürchteten wir, daß dann, wenn eine sozialdemokratische Bundesregierung käme, sie auf dem Gebiete der Beziehungen des Bundes zu den Kirchen und Schulen Gesetze nach ihrem Geschmack einführen würde.

Wir sagten uns: Wir werden aber mit der CDU/CSU in einigen Ländern die Mehrheit bekommen, und dann können wir dort in diesen Ländern die Schulen nach unserer Auffassung regeln. Das war der Grund – Herr von Brentano war auch im Parlamentarischen Rat, er wird es mir bezeugen können –, (*Weber*: Ich auch!) warum wir den Ländern die Kulturhoheit zugesprochen haben; aber kein Mensch hat damals an so etwas gedacht, wie es nun heute geworden ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Blumenfeld: Ich möchte nicht wiederholen, was bereits gesagt worden ist, sondern nur zwei Feststellungen treffen:

1. Es ist unbestritten, daß der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung ein zweites Fernsehprogramm so schnell wie möglich haben möchte. Dabei ist es an sich ziemlich gleichgültig für sie, wer die Träger sind. Sie wünschen nur, daß es gemacht wird. Insofern hat die Aktion des Herrn Bundeskanzlers den Beifall des größten Teiles der Bevölkerung und damit der Wählerschaft.

2. Die Bundesregierung muß das Recht haben, ihre Politik nicht nur in der Gesamtschau, sondern auch in den Einzelheiten vor der Wählerschaft und vor der Bevölkerung auszubreiten und zu vertreten. Das bedeutet insbesondere bei dem Ost-West-Konflikt, daß wir auch unsere Außenpolitik im Fernsehen vertreten, was bisher in den sieben Jahren, seitdem es ein Fernsehen gibt, in kaum einem einzigen Falle konkret gemacht worden ist. Ich habe es als sehr bitter empfunden, insbesondere in den letzten zwölf Monaten, daß die Rundfunk- und Fernsehanstalten hier absolut gepaßt und kein politisches Verständnis aufgebracht haben. Aber die Bundesregierung hatte keinerlei Möglichkeit dazu, etwas zu unternehmen.

Aus dieser gesamtpolitischen Haltung und Schau heraus ist ein zweites Fernsehprogramm spätestens bis zum 1. Januar 1961 einzuführen. Es ist gesagt worden, wir haben keine Zeit zu verlieren. Aufgrund von Gesprächen mit der Elektroindustrie in Hamburg kann ich nur das unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Wenn nicht die Unsicherheit genommen wird, dann werden die Zusatzgeräte bis zum 1. Januar nicht fertig.

Ich bin glücklich darüber, Herr Krone, daß Sie gestern den Vorschlag gemacht haben, nunmehr möge die Bundesregierung die Deutschland-Fernsehen-GmbH auch ohne die Beteiligung der Länder durch ihre Organe aktionsfähig machen.⁴⁵ Ich glaube auch nicht mehr daran, daß es noch möglich ist, die Länder – zumal es sich nicht nur um die CDU-Länder handelt – in eine geschlossene Einheit dazu zu bringen. Ich

45 FAZ vom 23. August 1960 („Ministerpräsident von Hassel hat noch nicht unterschrieben“): „Nach Verlassen des Bundeskanzleramtes erklärte Krone vor Journalisten: ‚Eines steht fest, das zweite Fernsehprogramm kommt zum 1. Januar nächsten Jahres. Dafür wird der Bund sorgen.‘“

halte es auch nicht für notwendig. Notwendig ist aber, daß am 1. Januar 1961 das zweite Programm gut anläuft. (*Zimmer*: Das ist gut!)

Ich möchte davor warnen, allzu große Objektivität anzuwenden, sondern es kommt darauf an, daß wir erstklassige Kräfte haben. In einem Punkt möchte ich aus politischen und taktischen Erwägungen heraus einen Kompromiß unterstützen, den ich aus Ihren Darlegungen herausgehört habe. Ich bin der Meinung, daß der Bundesvorstand, wenn er diesen Beschluß nachhaltig unterstützt, den das Kabinett morgen fassen soll, gleichzeitig sagt: Wir geben zu erwägen, daß Bund und Länder hinsichtlich einer regionalen Ausstrahlung eines dritten Programmes in absehbarer Zeit, wenn die technischen Möglichkeiten vorhanden sind, in Verhandlungen eintreten. Mehr als zwei Programme, die über die gesamte Bundesrepublik ausgestrahlt werden, scheinen mir nicht möglich zu sein. Aber das kulturelle Bedürfnis der Länder könnte in einem Regionalprogramm ausgiebig berücksichtigt werden. Auf diese Weise könnten wir den sozialdemokratischen Propagandafanfaren, die aus den Ländern kommen, sehr geschickt entgegentreten.

Ich habe mir erlaubt, nachdem der SPD-Senat von Hamburg wieder einmal eine Verfassungsklage in Karlsruhe eingereicht hat⁴⁶, dagegen sofort in der Presse aufzutreten. Ich habe davon gesprochen, daß Hamburg sicherlich wieder dabei ist, ein weiteres Selbsttor in Karlsruhe zu schießen. Ich hoffe, daß ich recht behalten werde.

Aber selbst wenn ich nicht recht behalte, so bleibt es einem Politiker unbenommen, auch einmal unrecht gehabt zu haben. In politischer Hinsicht werden wir auf alle Fälle recht behalten.

Ich darf eine Bitte anführen. Sind Sie vertragliche Pflichten und Rechte zwischen der Bundespost und den Rundfunkanstalten eingegangen, die unter Umständen die Möglichkeit der Klage bei den Verwaltungsgerichten geben oder sie möglich machen, daß durch eine einstweilige Verfügung eine Ausstrahlung des zweiten Fernsehprogrammes untersagt werden kann? Das ist noch nicht erörtert worden. (*Adenauer*: Ich habe Sie nicht verstanden!) Ich habe gefragt, existieren noch Verträge zwischen der Bundespost und den Rundfunkanstalten, die seit Jahren laufen, über die Technik, die Frequenzen usw.?

Adenauer: Das sind doch keine Monopolverträge!

Dufhues: Im Jahre 1949 hat die Bundespost mit dem NWDR einen Vertrag abgeschlossen⁴⁷, nach dem ausschließlich dem NWDR das Ausstrahlungsrecht eingeräumt worden ist. Diese Regelung ist unstreitig. Streitig ist lediglich, ob der Vertrag noch in Kraft ist. Die Bundespost ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf die Liquidationsgesetze der Vertrag nicht mehr gilt. Die Rundfunkanstalten sind der Meinung, daß ein solches Argument nicht überzeugen kann.

46 Klageschrift vom 19. August 1960 in ZEHNER 1 S. 3–14. Vgl. auch BAUSCH 1 S. 421 und STEININGER S. 511.

47 Vertragstext (Auszüge) in BAUSCH 1 S. 39–41. Zur Auflösung des NWDR vgl. EBD. S. 204–234.

Adenauer: Sie wissen ganz genau, daß in dem Vertrag steht, daß die beiden neuen Sender nicht Rechtsnachfolger vom Nordwestdeutschen Rundfunk sind. (*Dufhues:* Daneben gibt es eine Meinung, daß dies bestritten ist!) Ich bitte Sie dringend, lassen wir uns jetzt nicht mit diesen Einzelheiten beschäftigen! Es ist nur eine Frage, und die muß entschieden werden von diesem Bundesvorstand: Ist der Parteivorstand damit einverstanden, daß wir sofort handeln, damit das zweite Fernsehen kommt? Alles andere wird sich finden.

Stücklen: Ich bestreite, daß der damalige Bundespostminister das Recht gehabt hat, einen solchen Vertrag abzuschließen. Dieser Vertrag hat nie eine Rechtsbasis gehabt. Der Vertrag ist abgeschlossen worden mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk. Der Nordwestdeutsche Rundfunk hat sich aufgelöst in einen Norddeutschen Rundfunk und einen Westdeutschen Rundfunk. Im § 2 des Liquidationsgesetzes steht: Eine allgemeine Rechtsnachfolge findet nicht statt.

Es gibt auch ein Verwaltungsgerichtsurteil, das feststellt, daß die Westdeutsche und die Norddeutsche Rundfunkanstalt nicht Rechtsnachfolger des Nordwestdeutschen Rundfunks sind. Also, hier liegt eine gerichtliche Entscheidung bereits vor. Sie brauchen daher keinerlei Bedenken zu haben.

Genau so hat der Staatsvertrag zwischen Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen kein Fünkchen Rechtsgrundlage. Weder Herr von Hassel noch Herr Brauer noch Herr Kopf kann etwas vergeben, was er nie besessen hat, nämlich die Funkhoheit, die ausschließlich dem Bund zugestanden wird. Auch im Grundgesetz ist etwas Gegensätzliches nicht aufgeführt.

Krone: Es ist notwendig, noch einmal auf den Punkt einzugehen, der in der öffentlichen Diskussion und nun durch den Kollegen Dufhues angeschnitten worden ist mit dem Wort „kommerzielles Fernsehen“. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, was die einzelnen darunter verstehen. Ich halte fest, was in Karlsruhe gesagt worden ist: Wir wollen keinen Fernsehapparat, in dem das Geld das Programm bestimmt. Und das ist in dem mit den Ministerpräsidenten verhandelten Vertrag realisiert worden, so daß sie gesagt haben: Wir sind auch in diesem Punkt einverstanden.

Am 14. Juli – also einen Tag vor dem 15. Juli – haben über diesen Punkt Verhandlungen zwischen den Prälaten Kunst⁴⁸ und Wissing⁴⁹ und einem Vertreter des Bundeskanzleramtes stattgefunden, wobei dieser Punkt in der Sache von beiden Seiten als genügend und hinreichend bejaht worden ist. Wenn ich am Tage darauf festgestellt habe, daß die Kirchen einverstanden seien, dann habe ich das insofern falsch gesagt, als ja Herr Wissing und Herr Kunst nicht die Kirchen sind; denn die Kirche ist für die Katholiken der Episkopat, und für die Evangelischen ist es

48 D. Dr. DD. Hermann Kunst (geb. 1907), evangelischer Theologe; 1949–1977 Bevollmächtigter der EKD am Sitz der Bundesregierung, 1956–1972 Militärbischof.

49 Wilhelm Wissing (geb. 1916), katholischer Theologe; 1959 Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, seit 1970 Präsident des internationalen katholischen Missionswerkes „Missio“.

die Synode. Insofern habe ich etwas Falsches damals gesagt. (*Gerstenmaier*: Die evangelische Kirche hat keine Kompetenz darüber. Ich bin aber ganz Ihrer Meinung!) Ich wollte hier festhalten: Zwischen den Herren Wissing, Kunst und Mercker⁵⁰ ist in der Sache Einigkeit gewesen. Und das ist im Vertrag nachher festgelegt worden. Insofern sind die beiden Kirchen bei der Bundesregierung in der Sache mit uns einig gewesen. Das möchte ich feststellen.

Das Freie Fernsehen bestimmt nicht das Programm, sondern die Deutschland-Fernsehen-GmbH. Und wenn das noch nicht genügt, was hier festgelegt worden ist, dann sage ich, wir werden uns auch über das Personal unterhalten. Die Gespräche, die darüber geführt worden sind, sollten auch dem skeptischsten Vertreter, Herr Dufhues, im Bereiche der Kirche sagen, es wird alle dem, was man verlangen kann, hundertprozentig Genüge getan. Dieselbe Sonde, die man von verschiedener Seite uns anlegt – wobei man in einem Falle noch nicht einmal dem Vertreter der Fraktion das Recht gibt, im Informationsdienst seine Meinung zu sagen –, sollte man aber auch vom Sittlichen her an das erste Fernsehen anlegen. Und Herr Jahr ist einer von hundert anderen! Und zu den anderen gehören die Herren von der „Rheinischen Post“ und von den „Ruhr-Nachrichten“. Ich bitte Sie also, im Kampf gegen uns das Argument, hier sei etwas gemacht worden, was sittlich nicht einwandfrei sei, aus dem Spiele zu lassen.

Von Hassel: Mein Kollege Röder hat bereits einige Ausführungen gemacht. Ich muß noch etwas hinzufügen, wobei – gleichsam wie ein Alibi über meine eigene Auffassung zu diesen Dingen – genügend Herren hier sind, die meine Mitwirkung in diesen Jahren verfolgt haben. Ich habe allen Anlaß, noch einmal zu unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler über die politische Bedeutung gesagt hat. Wir hatten gestern ein siebenstündiges Gespräch. Wir haben uns vom Wahlvorbereitungsausschuß sehr umfassende Unterlagen und Untersuchungsergebnisse zusammenstellen lassen. Bei der Meinungsbildung im Bundesgebiet spielt das Medium „Fernsehen“ eine unerhört wichtige Rolle, was wir Ihnen an Dutzenden, ich möchte fast sagen an Hunderten von Seiten der uns zugeleiteten Unterlagen im einzelnen darlegen können. Deshalb gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Fragen rechtlicher Art – das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern, die föderative Grundordnung und ähnliche Dinge – heute einfach zurückstehen müssen, wenn wir uns nicht – ich darf es ganz grob sagen – bis zum Jahre 1961 total auseinandermanövrieren wollen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Da ich

50 Dr. Reinhold Mercker (geb. 1903), Jurist, Staatssekretär; 1956–1966 Bundeskanzleramt, zuletzt als Ministerialdirektor, 1966–1967 Staatssekretär im Bundesministerium für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates, 1967–1968 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. – Aus den Akten Merckers lassen sich nur Besprechungen am 24. Juli 1960 nachweisen: „In Besprechungen, die ich gestern mit Herrn Prälaten Wissing und Herrn Bischof Kunst hatte, ist volles Einvernehmen über die Fassung der GmbH-Satzung hergestellt worden.“ Aktenvermerk Merckers für Adenauer vom 25. Juli 1960 in ACDP I-274-002/1.

gegenwärtig im Wahlkampf gremium die Dinge vorbereitet habe, muß ich hier diese offenen Worte sprechen.

Lieber Freund Dufhues! Ein Wort zu Ihren Darlegungen! Sie sagen, Sie hätten vor eineinhalb Jahren Vorschläge dieser Art gemacht. (*Dufhues*: Ich habe nur gesagt, daß ich vorgeschlagen habe, dieses Problem durch ein Verwaltungsabkommen zu regeln, um den staatlichen und verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten zu begegnen.) Im Juni 1959 war in Kiel die Konferenz der Ministerpräsidenten⁵¹, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Die Ministerpräsidenten – federführend wie heute war Herr Altmeier – haben Sie zusammen mit dem Kollegen Ehard als dem Vorsitzenden des Bayerischen Rundfunkrates und den Herren von der SPD eingeladen. Und diese haben alle versucht, den Ministerpräsidenten die Bedeutung der Rundfunkanstalten zu vermitteln. Es waren Formulierungen, die für die Beratungen der Ministerpräsidenten nicht einfach gewesen sind. Damals haben Sie – das kann ich nur bestätigen – geradezu mit einer Leidenschaft die Länderanstalten vertreten.

Herr Blumenfeld hat gesagt, es müsse sichergestellt werden in diesem Vertrag, daß nicht eines Tages Herr Wehner diesen Apparat in die Hand bekommt. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Sitzung vor Weihnachten 1958 hier beim Bundeskanzler erinnern. Da saß ich neben dem Senator Klein von Berlin und habe ihm gesagt: Wenn einer von Ihnen, Herr Klein, auf diesem Stuhl sitzt, dann werden Sie als erstes einen Bundesrundfunk und ein Bundesfernsehen machen. Herr Klein antwortete: Das ist doch klar! Ich habe ihm gesagt: Damit haben Sie die Auffassung der SPD spontan bewiesen. Als ich vor sechs Jahren Ministerpräsident wurde, habe ich einen dicken Vorgang von meinem Vorgänger Friedrich Wilhelm Lübke⁵² über die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern auf diesem Gebiet übernommen. Ich habe mir dann die Mühe gemacht, weiterzugehen. Mein Kollege Röder wird bestätigen, daß ich unter seinem Vorsitz im Bundesrat in der Vorbesprechung beantragt habe, die anderen Länderchefs möchten bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses beim Rundfunkgesetz mitmachen. Ich habe erklärt, die Freundschaft zu meinen CDU-Freunden veranlaßt mich, darum zu bitten, hier doch mitzumachen. Das war aber das Letzte.

Ich habe jetzt keine Lust mehr. Ich habe Verständnis dafür, wenn dem Herrn Bundeskanzler nunmehr der Kragen geplatzt ist. Ich bin leider nicht in der Lage, zu unterschreiben, weil ich durch ein Landesgesetz verhindert bin. (*Stücklen*: Das jeder Rechtsgrundlage entbehrt! – *Unruhe und Bewegung*.) Wir haben gestern gesagt: Macht jetzt diese GmbH allein, damit der Bund beginnen kann.

Lieber Freund Dufhues! Sie sind nicht nur der Landesvorsitzende eines der größten Länder, (*Weber*: Des größten!) sondern auch der starke Mann im Westdeutschen Rundfunk. Wir sind uns aber darüber einig, daß wir die Wahl nur gewinnen können,

51 Am 19. und 20. Juni 1959. Vgl. BAUSCH 1 S. 394.

52 Vgl. Nr. 7 Anm. 119.

wenn wir endlich aufhören, jeder mit eigenen Erklärungen draußen zu wirken! (*Starker Beifall.*) Deshalb habe ich die große Bitte, lieber Freund Dufhues, daß gerade Sie sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß nunmehr die Unsicherheit, Ungewißheit und Unruhe, die draußen herrschen, endlich verschwinden und das Gelächter über die CDU aufhört! (*Lebhafter Beifall.*)

Gerstenmaier: Was Herr von Hassel gesagt hat, unterstütze ich. Es gibt Leute, die sachlich mit dem Rundfunk zu tun haben, und denen möchte ich, Herr Dufhues, sagen: Der Rundfunk ist in wesentlichen Teilen eine verlorene Insuffizienz, und es ist in der Tat eine Schande, was die Deutsche Welle verbreitet. Wir werden von unseren eigenen deutschen Leuten für völlig insuffizient gehalten, und sie fühlen sich im Stich gelassen. Die Leute fragen uns: Eine Bundesregierung habt Ihr! Man hört nie etwas davon. Statt dessen bringt Ihr politischen Krach! (*Dufhues:* Die unter der Aufsicht von Vertretern des Bundes steht!) Herr Dufhues! Unser Einfluß in diesen Organen ist einfach null. Diese Mittel sind unzureichend. Ich muß das mit Nachdruck und Leidenschaft sagen. Das muß unbedingt anders werden. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Wir brauchen viel mehr Kompetenzen auf diesem Gebiet. Und nun frage ich Sie: Wollen Sie und die Länder mit ihrem Streit die verfassungsmäßigen Kompetenzen des Bundes weiter einschränken oder deren Wahrnehmung unmöglich machen? Diese Geschichte zwischen uns hat sich allmählich in Tat und Wahrheit zu einem Verfassungskonflikt erster Ordnung ausgewirkt. Und wer profitiert davon? Ganz sicher die Sozialdemokraten! (*Zuruf:* Und Pankow!) Lassen Sie die Sozialdemokraten im Jahre 1961 wieder einmal die Wahl verlieren. Was werden sie tun? Sie werden den von der CDU ausgebreiteten Verfassungskonflikt ausnützen in einer rücksichtslosen Weise und die Fundamente des Staates angreifen gegen die regierende Macht. Und das ist doch unmöglich, was da allmählich geschieht! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Man muß doch in Größenordnungen denken. Ich habe gewisses Verständnis, Herr Dufhues, für die geltend gemachten Gesichtspunkte, aber ich bin nicht gefragt worden, bevor ich nach Afrika gereist bin⁵³. Wissen Sie, daß man in England von seiten der Kirche ausgezeichnete Erfahrungen mit diesem privaten Fernsehen gemacht hat? (*Dufhues:* Kennen Sie die Ergebnisse, die vor vier Wochen gekommen sind?) Nein! Der Rundfunkbeauftragte der Kirche von England hat gesagt: Wir waren außerordentlich damit zufrieden, und die Kirche von England hat niemals irgendwelche Klagen gehabt bei dem privaten Fernsehen, im Gegenteil. Warum sollen wir den Teufel an die Wand malen?

Im übrigen finde ich nicht, daß das kulturelle Niveau unseres jetzigen Fernsehens und Rundfunks so bezaubernd ist, daß man hier den Teufel an die Wand malen soll, weil einige problematische Gestalten aus dem Deutschen Zeitungsverlegerverband in diesem Kreis mitwirken. Aber die Sorge, die der Herr Bundeskanzler hat und was der Bundesvorstand in erster Linie kompensieren muß, das ist doch, daß endlich der Krach

⁵³ Vom 10. Juli bis 20. August 1960. Vgl. ACDP I-210-019/1 (Tagebuchaufzeichnungen), -030 (Taschenkalender) und -031 (Terminkalender).

aufhört! (*Beifall.*) Die Geschichte greift allmählich an die Grundlagen des Staates. Es ist einfach die Frage nicht mit einem Streitgespräch „Wie sich die Partei den Staat vorstellt“ zu lösen; denn es gibt Leute, die der Meinung sind, daß der Bund nichts anderes sei als ein sekundäres Hilfsorgan der Länder. Und das ist grundlegend falsch. Und hier wird ein böses Erwachen folgen. Wir sind auf dem rechten Wege, wenn wir der von Thomas von Aquin geheiligten Auffassung folgen: Das Ganze ist immer vor den Teilen, und das Ganze ist mehr als die Summe der Teile. Hierzu hat mir zwar der Ministerpräsident von Bayern schon seit langem eine Entgegnung in Aussicht gestellt. Auf diese Entgegnung warte ich noch immer. (*Beifall.*)

Süsterhenn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Haben Sie nicht die Angst, daß ich bei Thomas von Aquin anfangen; denn wesentlich näher liegt es, eine Aufklärung über die langen Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat bezüglich der Kulturhoheit zu geben. Aber das scheint mir nicht mehr notwendig zu sein. Lassen Sie mich jedoch einen höchst subjektiven Eindruck wiedergeben, den ich aus dieser Verhandlung hier, insbesondere aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Bundespostministers, des Herrn Höcherl und des Herrn Krone gewonnen habe.

Wenn ich alle diese Ausführungen auf mich wirken lasse, muß ich sagen – das ist mein ehrlicher Eindruck –, daß aufgrund dieser Ausführungen, wie sie gebracht worden sind, von unseren sechs Ministerpräsidenten zum mindesten vier – d.h. mit Ausnahme der Herren von Hassel und Dr. Röder –, die zugleich auch CDU-Landesvorsitzende sind, entweder furchtbare politische Dummköpfe sind, die von der politischen Situation überhaupt keine Ahnung haben, oder aber, daß sie sogar, vom CDU-Standpunkt aus gesehen, Handlanger der SPD sind. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Eine andere Erklärung ist doch nach dem, was hier über die Haltung dieser Ministerpräsidenten vorgetragen worden ist, gar nicht abzugeben. Ich muß allerdings sagen, es ist nicht meine Aufgabe, diese Ministerpräsidenten zu verteidigen. Ich kann auch dem, was über die Verhandlungen, insbesondere über die Verhandlungen vom 15. Juli, im einzelnen in einer ungeheuren Konkretheit gesagt worden ist, aus eigener Erfahrung nichts entgegenstellen. Ich kann nur sagen, daß mir z.B. unser Landesvorsitzender Altmeier eine etwas abweichende Darstellung von diesen Verhandlungen und Vorgängen gegeben hat. (*Bewegung.*)

Was nun richtig ist, wird keiner von uns, der nicht dabei war, mit absoluter Sicherheit feststellen können. (*Lebhafter Widerspruch. – Zurufe:* Doch! – *Adenauer:* Sie können das Stenogramm bekommen!) Dieses Wortprotokoll – man hat damit gedroht, es zu veröffentlichen – ist aber keinem dieser Herren vorher zur Genehmigung vorgelegt worden. (*Widerspruch. – Zuruf:* Zur Genehmigung ist gut!) Es gibt einseitige Protokolle! (*Lebhafter Widerspruch und verschiedene Zurufe:* Wieso? – Nicht zu glauben! – Das ist doch ein Stenogramm, und zwar wörtlich! Ein stenographischer Bericht, aber kein Protokoll! – *Anhaltend starke Unruhe.*) Es ist ein Stenogramm gemacht worden, was aber den Ministerpräsidenten nicht bekannt war. Man hat es ihnen nicht gesagt. Und der dokumentarische Wert derartiger Protokolle ist

doch höchst problematisch! (*Erneut starker Widerspruch. – Zurufe: Was wollen Sie eigentlich! Der Stenograph war doch allen sichtbar! – Was hat das mit dem Bericht zu tun, ob man es den Herren vorher sagt oder nicht! – Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Es wird großzügig damit operiert. (*Anhaltender Widerspruch.*) Der hochverehrte Herr Bundeskanzler hat gesagt: Dieser böse Ministerpräsident Altmeier schrieb mir, daß die Herren bis zum 15. Oktober warten möchten. Es handelt sich in Wirklichkeit um den 15. August und nicht um den 15. Oktober! (*Zurufe: Irrtum!*) Die Erklärung dafür, daß die Ministerpräsidenten nicht wollten, gehe daraus hervor, daß sie sich auf ihre Landtage zurückgezogen hätten. Aber ein Ministerpräsident kann doch nicht einfach im Wege eines Verwaltungsabkommens die Dinge ändern, die entweder durch Landesgesetz oder durch Staatsvertrag zwischen zwei Ländern festgelegt sind. Das ist eine simple juristische Tatsache, und an dieser Tatsache kommt man nicht vorbei. Und daß die Ministerpräsidenten sich dieser Vorbereitungen angenommen haben, kann man ihnen nicht übelnehmen. (*Zurufe: Sie hätten hier sein müssen! Dann würden Sie ganz anders reden! – Er weiß es natürlich besser als wir! – Unruhe.*) Ja, ich bedaure außerordentlich, daß die Ministerpräsidenten nicht hier sind und daß sie nicht in der Lage sind, auch das *audiatur et altera pars* zu interpretieren. (*Zurufe: Warum sind sie nicht hier? – Haben Sie nicht gehört, was Herr Röder gesagt hat, der war doch hier! – Unruhe.*)

Dieser Mißbilligung schließe ich mich in vollem Umfange an. Ich möchte nicht sagen, was Herr Dufhues über die Frage des sogenannten kommerziellen Fernsehens ausgeführt hat. Herr Krone hat in diesem Zusammenhang von der Stellungnahme der Kirchen gesprochen. Es ist mir etwas eigenartig, daß die Kirchen am 14. Juli in dieser Unterredung mit Herrn Krone die Dinge als in Ordnung befindlich bezeichnet haben, aber wenige Tage danach ein sehr maßgebender Vertreter der katholischen Kirche, nämlich der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz⁵⁴, dem Herrn Bundeskanzler sehr ausführliche Bedenken mitteilt und erklärt, daß jedenfalls auf seiten der katholischen Kirche – das ist die letzte Erklärung, die der Herr Kardinal abgegeben hat – diese Bedenken bis heute noch in keiner Weise ausgeräumt sind.

Ich habe extra telefonisch nachfragen lassen, ob ich ermächtigt bin, diese Erklärung in diesem Kreise abzugeben. Und man hat mir diese Ermächtigung nicht nur erteilt, sondern mich ausdrücklich darum gebeten. Diese Bedenken beruhen vor allem in der Frage des Werbefernsehens. Niemand mißtraut irgendwie den Erklärungen, die der Herr Bundeskanzler oder der Herr Krone abgegeben hat, aber es kommt darauf an, wie sich die Dinge in der Praxis gestalten und welche praktischen Entwicklungsmöglichkeiten die juristischen Texte zulassen, ermöglichen oder auch verbauen. Und da ist allerdings die Auffassung der kirchlichen Stellen eine andere. Wie ich mir habe sagen lassen, sollen diese Bedenken in einem gewissen Umfang auch bei einzelnen evangelischen kirchlichen Stellen vorhanden sein. Vielleicht können die Herren von Hassel oder Gerstenmaier darüber etwas sagen.

⁵⁴ Dr. Josef Kardinal Frings. Vgl. Nr. 11 Anm. 21.

Der eigentlich schwierige Punkt bei der ganzen Geschichte ist folgender: Wer kassiert die Einnahmen für die Werbesendungen? Werden die Einnahmen für die Werbesendungen kassiert von den Intendanten dieser GmbH, die vom Bund allein oder vom Bund und den Ländern gegründet wird, oder werden diese Werbeeinnahmen kassiert von den Zuliefergesellschaften? Wir sind uns alle darüber im klaren, daß diese Werbeeinnahmen das Entscheidende sind. Und wer über die Werbeeinnahmen verfügt, der verfügt trotz aller juristischen Bestimmungen über die politische und wirtschaftliche Macht bei diesem Massenproduktionsmittel.

Und hier sind die katholischen kirchlichen Stellen der Auffassung, daß im Artikel 15 es heißen muß: Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die Geschäfte der Gesellschaft einschließlich der Programmgestaltung, der Vergabe von Werbeveranstaltungen und der Einnahme der Werbesendungen.

Das ist der entscheidende Punkt, über den man sich Klarheit verschaffen muß. Das ist eine Sache, die nicht nur kirchlich, sondern auch soziologisch, gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch gesehen werden muß. Das ist der eigentliche Angelpunkt. Und da muß nach meinem Dafürhalten unter allen Umständen eine befriedigende Lösung herbeigeführt werden.

Wenn aber jetzt der Gedanke auftaucht, die Bundesregierung soll im Alleingang handeln unter Ausschaltung der Länder oder vielleicht noch unter Öffnung einer gewissen Hintertür, wo die Länder Tausendmark-Anteile übernehmen dürfen, aber bei der Bestellung der Organe selbstverständlich nichts zu sagen haben – wie das Herr Höcherl immerhin noch liebenswürdig zugunsten der Länder als Möglichkeit hingestellt hat –, dann kommen Sie damit in eine neue Schwierigkeit hinein. Wenn Sie diese neue Gesellschaft auch an den Gebühren beteiligen wollen, sind Sie zu diesem Zweck zum Abschluß eines Verwaltungsabkommens auf die Länder angewiesen.

Sie können auch sagen: Das Fernsehen Nr. 2 verzichtet auf die Gebühren, und wir machen es nur mit den Werbeeinnahmen. Aber dann ist gerade dieses kommerzielle Fernsehen gegeben, gegen das sich die Kirchen wenden. Die ernsthaften Bedenken des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz darf ich hier vorbringen: Die Werbeeinschaltung und die Einnahme dieser Sendegebühr dürfen nicht nur durch die Zubringer- und Produktionsgesellschaften, sondern müssen auch durch den Intendanten dieses Fernsehens erfolgen. Und diese zweite Fernsehanstalt darf nicht ausschließlich auf Werbeeinnahmen, sondern sie muß auch auf Gebühren begründet werden, da hinsichtlich der finanziellen Fundierung und der Grundlage überhaupt das öffentliche Moment noch entscheidender ist als das privatwirtschaftliche.

Adenauer: Auf diese Ausführungen muß ich doch antworten, Herr Süsterhenn! Der Stenograph hat hier vor allen sichtbar gesessen und hat stenographisch aufgenommen. (*Zurufe:* Genau wie heute!) Und der Herr Altmeier hat doch auch Augen im Kopf! Und wenn er das Stenogramm verlangt hätte, dann hätte er es auch bekommen. Wir haben es nicht veröffentlicht, weil es eine Blamage ersten Ranges für die Herren ist, daß sie ihr Wort nicht halten, und weil es den Zwist und Krach in der Partei noch

vertiefen würde. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aber wenn Sie einem solchen Stenogramm jetzt die Beweiskraft abstreiten wollen, dann möchte ich doch sagen, daß der Herr Krone mich gebeten hat, ich solle jeden einzelnen Vertreter der Länder fragen, ob er zustimme oder nicht. Ich wollte es gar nicht, weil ich so leichtgläubig war und an die Tatsachen glaubte. (*Weber*: Es war eine Leichtgläubigkeit!) Ja, ich war wirklich leichtgläubig; denn ich vertrete die Auffassung, wenn jemand ja sagt, dann sagt er ja, und wenn er nein sagt, dann sagt er eben nein!

Aber Herr Krone sagte mir, fragen Sie doch lieber noch einmal. Ich habe dann – wir saßen am runden Tisch – links angefangen und einen nach dem anderen gefragt, und alle haben gesagt: Ja! – Der eine hat gesagt: Ich muß mein Kabinett noch fragen, aber die Sache ist in Ordnung; so daß wir völlig davon überrascht waren, daß die Herren ihr Wort und ihre Zusage nicht gehalten haben.

Sie haben dann das mit dem 15. Oktober bemängelt. Das habe ich doch eben erklärt! (*Süsterhenn*: Das habe ich überhört, ich bitte um Entschuldigung!) Damit kein Mißverständnis entsteht: Herr Altmeier hat geschrieben, daß die ganze Sache von allen Landtagen genehmigt werden müsse. Nun bitte ich Sie, dann sind doch die Bundestagswahlen vorbei, ehe die einzelnen Landtage damit fertig sind. Ich sehe auch nicht ein, warum das geschehen soll.

Sie haben dann von den Staatsverträgen gesprochen. (*Süsterhenn*: Beispielsweise zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Südweststaat über den Südwestfunk!⁵⁵) Das geht mich gar nichts an. Wir machen doch das zweite Fernsehen. Und wenn die Länder allein wären, hätten sie es schon lange gemacht, wenn sie könnten.

Ich möchte Ihnen aber noch folgendes sagen: Ich wollte schon in der vorigen Woche die Sitzung mit den Ministerpräsidenten abhalten. Ich wollte noch einmal den Versuch machen, anhand des Stenogramms den Herren ins Gedächtnis zurückzurufen, was sie gesagt haben. Darauf hat mir der Herr Altmeier erwidert – das ist der Sprecher der Ministerpräsidenten in dieser Sache –, daß er bis zum 20. August im Erholungsurlaub sei und infolgedessen nicht zur Verfügung stehe. Ich habe daraufhin in der Erwartung, daß er sich am 20. August genügend erholt hätte, die Ministerpräsidenten für den 22. August eingeladen. Aber sie waren nicht da. Ich habe den bayerischen Ministerpräsidenten gebeten, doch zu kommen. Er kommt nicht. Ich habe dann auf den Rat eines CSU-Herrn den Herrn Seidel angegangen, er möchte auf Herrn Ehard einwirken, doch zu kommen. Es war umsonst. Herr Seidel hat ihn nicht erreicht. Ich habe Herrn Meyers geschrieben. Herr Meyers hat mir geantwortet, er müsse sich auf den Kommunalwahlkampf vorbereiten; er müsse sich infolgedessen in Lugano erholen und könne nicht kommen. Das ist also die Behandlung dieser Sache durch die Herren Ministerpräsidenten.

Und nun möchte ich Ihnen etwas sagen: Lassen Sie mir bitte die Fuldaer Bischofskonferenz zu Hause, die gehört gar nicht hierher. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

⁵⁵ Staatsvertrag über den Südwestfunk vom 27. August 1951. Druck in: RUNDFUNKRECHT S. 371–377. Vgl. dazu BAUSCH I S. 170–187.

Ich will Ihnen sagen, was ich dem Kardinal Frings geschrieben habe und wofür er mir herzlich gedankt hat. Ich habe ihm geschrieben, die Fuldaer Bischofskonferenz habe eine Kommission für Rundfunk und Fernsehen eingesetzt, und ich sei gerne bereit, entweder selbst oder durch unsere Herren mit dieser Kommission der Fuldaer Bischofskonferenz die Einzelheiten zu erörtern. Und er hat mir sehr herzlich schriftlich dafür gedankt, daß ich dazu bereit wäre. (*Süsterhenn*: Ja, gut!) Warum machen Sie denn hier einen so furchtbaren Nebel auf einmal? Der Anfang Ihrer Rede war ausgezeichnet! (*Süsterhenn*: Ich hätte auch mit Thomas von Aquin schließen können, Herr Bundeskanzler, aber durch das Angebot „wir wollen darüber reden“ sind die substantiierten Bedenken, die ich vorgetragen habe, noch nicht ausgeräumt! – *Widerspruch und Bewegung*. – *Süsterhenn*: Es sind nicht nur kirchliche Bedenken, sondern sie werden auch von einem großen Teil unserer Freunde aus den Sozialausschüssen geteilt.)

Nun muß ich ein sehr offenes Wort sprechen! Bei Ihrer guten Verbindung zu kirchlichen Kreisen geben Sie bitte weiter, was ich jetzt sage: Wo sind die Beschwerden der katholischen kirchlichen Kreise über den Rundfunk und das erste Fernsehen? (*Dufhues*: Die kann ich Ihnen geben!) Was war denn der Erfolg? (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Herr Dufhues hat mit Ziffern und Zahlen um sich geworfen über Einnahmen und Ausgaben für Reklame in den Vereinigten Staaten. Ich habe eine ganz bescheidene Frage an Herrn Dufhues. Ich möchte gerne wissen, wie groß das Verdienst der Rundfunkanstalten ist und was mit dem Geld geschieht. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Dufhues*: Das Geld wird ausschließlich Rundfunkzwecken zugeführt, die Überschüsse werden verteilt für kulturelle Einrichtungen im Lande Nordrhein-Westfalen!) Ich möchte gerne wissen, ob diese Einnahmen und Ausgaben öffentlich kontrolliert werden. (*Dufhues*: Sie werden öffentlich kontrolliert durch die nach Maßgabe des Gesetzes und der Beschlüsse von Nordrhein-Westfalen gebildeten Aufsichtsräte!) Das ist keine öffentliche Kontrolle. Der Rundfunk lebt von den Beiträgen der Bürger, und er ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung und nimmt Hunderte von Millionen ein. Aber was mit dem Geld geschieht, das wissen wir nicht! Ich will nicht weiter über dieses Kapitel sprechen, Herr Dufhues, aber ich habe da meine eigenen Gedanken. Ich habe Mitteilungen bekommen, wie da gewirtschaftet wird. Und diese Leute da wollen sich das gerne erhalten. Die wollen keine Konkurrenz.

Sie haben gesagt: Das Publikum will ein zweites Fernsehen. Das Publikum will eine gesunde Konkurrenz im zweiten Fernsehen, und auch wir wollen eine gute Konkurrenz schaffen. Die Gesellschaften wollen wir an die Wand drücken, und das werden wir auch. Man soll uns nur die Freiheit geben. (*Dufhues*: An die Wand drücken ist keine Konkurrenz!) Wenn ich das kann, dann drücke ich die Konkurrenz an die Wand! (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Heiterkeit*.)

Ich möchte nun an Sie, Herr Süsterhenn, folgende Worte richten. Sie sind doch ein politisch denkender Mann. Es ist gesprochen worden von der ungemein großen Einwirkung des Fernsehens auf die politische Meinungsbildung. Ich habe auch davon

gehört; sie ist geradezu phänomenal. Und nun stehen wir vor einem Wahlkampf, der auch für die katholische Kirche und die evangelische Kirche in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung ist.

Und da will man uns nun mit rechtlichen Hindernissen den Weg dazu verbauen. Man hat schon halb gewonnen, weil nunmehr die Zeit zu kurz für uns geworden ist. Wir haben kaum noch Zeit, etwas zu tun. Es ist erschreckend, meine Herren, wenn ich Ihnen einmal die Sorgen ausbreiten würde, die ich für die nächste Wahl habe. Sie scheinen alle in einem Märchenland zu leben. Am tiefsten schlafen die Ministerpräsidenten. Das möchte ich doch sagen!

Krone: Ich will offen auf die Ausführungen von Herrn Süsterhenn antworten. Zunächst eine Richtigstellung! Am 14. Juli haben die Vertreter beider Kirchen mit dem Vertreter der Bundesregierung, Herrn Dr. Mercker, verhandelt, nicht direkt mit mir, sondern mit ihm. Das sage ich, damit kein falscher Zungenschlag aufkommt.

Ich bin über zwei Punkte betrübt, und zwar einmal über das Verhalten der Ministerpräsidenten nach all den langen Jahren, zweitens über die Redewendungen, die in der katholischen „Funk-Korrespondenz“⁵⁶ laufend ausgestreut werden gegen die Vertreter, die auf der Seite des Bundes die Interessen vertreten, daß es ein ordentliches und sittlich einwandfreies Fernsehen wird. Erst auf den harten Protest von mir sind die Herren zweimal angewiesen worden, für einige Zeit nicht mehr so zu schreiben. Ich bin bereit, Herr Süsterhenn, mit Ihnen über die Querverbindungen dieser Herren zu reden. Sie gehen bis nach Meißen.

Ich frage hier etwas Grundsätzliches, Herr Süsterhenn! Sie sind Politiker und Katholik. Ich auch. Ist es Sache der Kirche, sich um die Konkretisierung von Prinzipien in einem Maße zu bekümmern, wie das hier geschieht? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Als die NATO-Bewaffnung beschlossen wurde, haben wir gesagt: Die Kirchen können in ihrer Größenfunktion für den Staat die Prinzipien herausstellen, nach denen zu handeln ist, aber die Durchführung und Konkretisierung der Prinzipien obliegt den Männern und Frauen, die bestimmt worden sind, vom Staate her zu handeln. Die katholischen und die evangelischen Christen hören gerne auf das, was die Kirchen zu dieser Frage grundsätzlich sagen. Aber ich sage Ihnen ebenso offen in diesem Kreis: Die Konkretisierung dieser Prinzipien behalte ich mir als katholischer Politiker aufgrund meines Mandats vor, die muß ich vor meinem Gewissen verantworten! (*Weber:* Vor Gott!) Ich meine es sehr ernst, Frau Weber! (*Weber:* Ich auch!) Es liegt mir gerade daran, daß zwischen uns und den Kirchen nichts vorkommt, was wir beide nicht wollen. Und wenn man sich über die Konkretisierung verständigt hat und die verantwortlichen Herren ja gesagt haben, dann soll man nicht jetzt noch einmal sagen: Aber ...!

56 Funk-Korrespondenz. Hrsg. vom Katholischen Rundfunk-Institut Köln in Verbindung mit der KNA-Katholischen Nachrichten Agentur. 1, 1953ff. Bonn, Köln, München. – Sehr dichte Berichterstattung im Sommer 1960 (8. Jg.).

Herr Süsterhenn und Herr Dufhues! Wir waren mit den Ministerpräsidenten einig, daß sie uns 50 % der Gebühren geben wollten; nachher sollten 40 und dann 30 % gegeben werden. Man hat gesagt: Das wollen wir alles wiederhaben. Wir haben geantwortet: Ihr bekommt es wieder. Ich verbitte mir aber, daß man mir jetzt von der Gebührenfrage aus Vorwürfe macht über das kommerzielle Fernsehen und sagt, jetzt werden die betreffenden Länder in diesem Punkte nicht mitmachen. Sind sie denn heute hier? Sie haben auch nichts mehr dazu gesagt. (*Dufhues*: Doch!) Bitte kein Versteckspiel mehr, Herr Dufhues! Ich vertraue darauf, daß das ein sittlich einwandfreies Fernsehen wird, und zwar in der Konstruktion und in den Personen, die bestellt werden. Das Vertrauen habe ich als ein Mann, der diese Bundesregierung stützt.

Gerstenmaier: Die evangelische Kirche in Deutschland nimmt selbstverständlich in Anspruch, eine freimütige Kritik vom Worte Gottes her an den Sendungen der neuen Gesellschaften anzulegen, aber eine Kompetenz für die Organe hat die evangelische Kirche nicht.

Adenauer: Ich darf noch einmal sagen, ich bedaure, daß keiner der vier Ministerpräsidenten hier ist. Aber wer nicht kommt, der weiß, warum er nicht kommt; er weiß auch, wie der Bundesvorstand denkt. Wir wollen uns jedenfalls dadurch nicht abhalten lassen, so zu beschließen, wie es unsere Pflicht gegenüber der Partei verlangt. Und unsere Pflicht gegenüber der Partei – Sie wissen, daß unsere Partei auf ethischen Grundsätzen beruht – und gegenüber der Bundesrepublik verlangt, daß unverzüglich alles getan wird, damit zum 1. Januar ein zweites Fernsehen kommt, und zwar so, wie wir es uns vorgestellt haben. (*Zustimmung*.)

Albers: Ich bin mit dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers einverstanden. Mir persönlich fiel es leichter, diesem Beschluß zuzustimmen, wenn ich wüßte, daß dieses Fernsehen nicht allzu stark von kommerziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflusst wird. Herr Bundeskanzler! Gestatten Sie mir eine Frage. Sind Sie der Meinung, daß hier die entsprechenden Sicherungen eingebaut sind, um Mißbräuche zu verhindern?

Adenauer: Herr Albers! Sie haben die Worte des Herrn Krone gehört. Ich hoffe, daß diese Worte Sie beeindruckt haben. Mich haben sie beeindruckt. Und Sie kennen mich seit Jahrzehnten. Sie müssen wissen, daß ich nicht für ein kommerzielles Fernsehen in diesem verderblichen Sinne zu haben bin. Dafür werde ich niemals sein.

Und nun müssen wir zu einer Entscheidung kommen. Ich erlaube mir den Vorschlag, über folgenden Antrag abzustimmen, „daß der Bundesvorstand beschließen möge, daß unverzüglich die Bundesregierung alle Maßnahmen trifft, die notwendig sind, damit zum 1. Januar 1961 ein zweites Fernsehprogramm gesendet werden kann“.

Dufhues: Eine persönliche Erklärung zur Abstimmung! Ich habe den Wunsch und werde mich dafür einsetzen, daß das zweite Fernsehen ab 1. Januar durch eine Einrichtung, wie sie hier vorgesehen ist, ausgestrahlt wird. Ich habe, um

Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und gewissen Bedenken Rechnung zu tragen, Änderungsvorschläge gemacht, die der Bundesregierung den Weg zum Ziel erleichtern sollen.

Aus der Diskussion entnehme ich aber, daß diese Vorschläge nicht mehr diskutiert werden sollen oder können. Ich respektiere das. Ich bitte Sie aber, Verständnis dafür zu haben, daß ich angesichts der gegebenen Situation der Meinung bin, daß das zweite Fernsehprogramm aufgrund meiner Vorschläge ohne überflüssige Schwierigkeiten gesendet werden kann. Nur aus diesem Grunde enthalte ich mich der Stimme.

Adenauer: Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag sind, den ich gestellt habe, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Niemand! – Wer Enthalt sich? – Mit allen Stimmen bei drei Enthaltungen ist der Vorschlag angenommen. (*Enthalten haben sich: Dufhues, Süsterhenn, Hermann.*)

Gerstenmaier: Ich habe nun eine Frage zu Ihrem Bericht, Herr Bundeskanzler. Haben Sie den Eindruck, daß de Gaulle in seiner Europa- und NATO-Politik die Grundsätze verfolgt, die er in seiner Rede vor der Militärakademie in Saint Cyr⁵⁷ dargelegt hat? Meinen Sie, daß das eine Erklärung war, die mal passieren kann, oder ist es eine bestimmte Linie der Politik, die de Gaulle für Frankreich vertritt?

Adenauer: Nun muß ich jedes Wort vorsichtig wählen, aber doch so, daß es verstanden werden kann. Nachdem Herr de Gaulle diese Rede vor der Offiziersschule gehalten hatte, war ich kurze Zeit darauf bei ihm. Ich habe das Thema dieser Rede angeschnitten und ihm gesagt, was ich nach meiner Überzeugung zu sagen hatte. Er hat mir vollständig befriedigende Erklärungen abgegeben, damals schon.

Nun ist es Viertel nach eins. Sollen wir eine kleine Pause machen oder durchtag? (*Zurufe:* Kurze Pause!) Dann unterbrechen wir für kurze Zeit die Sitzung.

Pause von 13.20 Uhr bis 13.55 Uhr.

Adenauer: Wir wollen uns konzentrieren und zusammenrücken. Es gibt wieder einmal Lücken unter uns. Herr Krone scheint auch weggegangen zu sein.

Der zweite Punkt unserer Tagesordnung lautet: Kommunalwahlen.

Albers: Herr Bundeskanzler! Wir haben den ersten Punkt noch nicht ganz erledigt, nämlich die Aussprache zu Ihrem Bericht. Ich bitte darum, daß wir zu den einzelnen Punkten – insbesondere weil Herr Lücke angesprochen worden ist – noch etwas sagen.

Adenauer: Sie wollen eine Aussprache zu meinem Vortrag? (*Zurufe:* Ja!) Dann bitte!

⁵⁷ In seiner Ansprache vor Zöglingen der Militärakademie Saint Cyr am 3. November 1959 hatte de Gaulle jede Truppenintegration abgelehnt und als Grundlage der Schlagkraft der französischen Armee die atomare Bewaffnung bezeichnet – AdG 1959 S. 8037.

AUSSPRACHE ÜBER DEN LAGEBERICHT

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß wegen der Aufklärung über die Abbaugesetze und das Wohnungsbaugesetz grundlegend noch etwas geschehen müsse. Ich bin der gleichen Meinung. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange. Es ist klar, daß diese Gesetze, weil sie eine Mieterhöhung verursachen, unpopulär sein müssen. Ab 1. August werden 7¹/₂ Millionen Mietparteien von einer Mieterhöhung betroffen. Nach einer Analyse komme ich aber zu dem Ergebnis, daß die Mieter viel vernünftiger sind, als sie von der Opposition dargestellt werden, die ja eine Unzufriedenheit ständig schürt.

Das gilt auch vom Rundfunk und vom Fernsehen. Ich muß bekennen, keine Sache in meiner ganzen Arbeit hat eine solch vernichtende Kritik gehabt wie die Fernsehsendung „Verwirrung im Quadrat“. Mit sachlichen Argumenten hatte diese Sendung überhaupt nichts zu tun. Auch ein Mann wie Prof. Nell-Breuning wurde mißbraucht. Herr Kollege Wuermeling – ich war damals am Kongo – und Herr Kollege Dr. Krone haben dagegen protestiert. Leider stand auch die gesamte Presse wie eine Mauer gegen jede vernünftige Überlegung, weil sich dieser Protest gegen zwei Journalisten richtete, und von der „Revue“ bis zum „Spiegel“ war festzustellen: Die Türen sind zu. Wenn es eines Beweises bedurft hätte für schlechtes Fernsehen, dann war es die Sendung „Verwirrung im Quadrat“, die nicht beeinträchtigt werden konnte durch eine Diskussion; denn mit dem Wort kommt man nicht gegen das Bild an.

Nun haben wir durch Verhandlungen mit dem Fernsehen erreicht, daß mehrere Filme gemacht werden, die positiv über unsere Arbeit berichten. Auch mit dem zweiten Fernsehen sind diese Verhandlungen im Gange.

Es war eine komplexe Materie, die es gesetzlich zu regeln galt. Man kann tatsächlich eine 45 Jahre andauernde Zwangswirtschaft nicht sofort für alle abbauen. Darum war und ist vorgesehen eine Aufklärungsaktion auf der Parteiebene. Ich bitte aber zu bedenken, daß ich für diese Dinge nur einen Ein-Mann-Betrieb habe. Der Herr Bundeskanzler meinte vorhin, der Ministerialdirektor sei nicht geeignet, eine populäre Schrift⁵⁸ zu machen. Das ist richtig. Den Umschlag der Schrift, die an 17 Millionen Familien gegangen ist, habe ich gemacht. Diese Wohnfibel ist nicht weggeworfen worden. Wenn in den Ländern und Gemeinden diese schwierige Frage trotz großer Schwierigkeiten über die Bühne gegangen ist, so ist das dieser Fibel zu danken. Wir wollen mit dem Bundespresseamt und der Bundespartei auf der kommunalen Ebene zunächst eine große Aufklärungsaktion einleiten.

58 Vgl. die beiden Broschüren des Bundesministeriums für Wohnungsbau (Hrsg.): Was bringt das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft? Was gibt das soziale Miet- und Wohnrecht? Bad Godesberg o.J. (12 S.) und: Grundsätze, Leistungen, Aufgaben der Wohnungspolitik der Bundesregierung, o.O.u.o.J. (65 S.). – Lücke meint vermutlich die 65seitige Broschüre (beide Broschüren in ACDP I-077-195).

Bemerkenswert ist, daß die IG Bau-Steine-Erden auf ihrer Tagung in Hannover⁵⁹ diese Frage nicht angerührt hat. Diese Frage ist eigentlich ausgestanden. Aber sie entzieht sich der Einflußnahme der Bundesregierung. Die Frage wird bei den Kommunalwahlen eine Rolle spielen, bei der Bundestagswahl jedoch nicht mehr. Jedenfalls sind die negativen Seiten der Gesetze vergessen, und die positiven Seiten kommen zur Wirkung. Eine Mieterhöhung ist in jedem Falle schmerzlich. Niemand zahlt gerne mehr. Und da kann man auch mit einer Aufklärung nichts machen. Das muß die Zeit regulieren. Notwendig ist es jetzt, die positiven Seiten der Vorlage in den Vordergrund zu stellen.

Schwierig ist – das bekenne ich offen – die Konjunktur für den Wohnungsbau. Ich habe im vorigen Jahr – Herr Bundeskanzler, Sie hatten mich darum gebeten – den Wohnungsbau gemahnt und zur Vernunft gebracht. Der Soziale Wohnungsbau hat dazu ausgeführt, Herr Blessing gehe mit seiner Diskontgeschichte⁶⁰ zu hoch. Der einzig Betroffene von den Diskontmaßnahmen ist der Soziale Wohnungsbau. Jetzt gibt Verbandspräsident Brecht⁶¹ den Befehl, keine erste Hypothek im Sozialen Wohnungsbau unter 7 % zu geben. Das führt zu einer Schrumpfung des Sozialen Wohnungsbaues. Das ist eine großangelegte Kampagne gegen uns, indem man sagt: Die Miete habt ihr erhöht, aber den Sozialen Wohnungsbau laßt ihr eingehen.

Der Industrie- und Behördenbau macht riesengroße Fortschritte. Die Kommunen haben sehr große Steuereinnahmen. Sie bauen Behördenpaläste und sind nicht ansprechbar für Konjunkturprobleme. Bei diesen Bauten spielen die Maßnahmen von Blessing keine Rolle. Im Wahljahr werden über 520.000 Wohnungen gebaut werden. Ich will in dieser Frage mit den Landeswohnungsbauministerien zusammenarbeiten, um zu einer guten Lösung zu kommen. Die Aufklärung wird sehr gründlich betrieben werden. Ich bin sehr dankbar, daß sich der Bundesvorstand mit dieser Frage beschäftigt. Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere ungeheuren Leistungen im Wohnungsbau plötzlich überschattet werden von dem, was noch nicht gebaut worden ist. Bei der Sendung „Verwirrung im Quadrat?“ hat man Kinder aus dem Waisenhaus herangeholt, um das heulende Elend zu fotografieren. Und diese Dinge bleiben hängen. Wenn wir auch mit der Mieterhöhung etwas Unangenehmes tun müssen, so bin ich doch optimistisch und glaube, daß wir damit fertigwerden. Wir müssen im neuen Jahre bemüht bleiben – und Herr Blessing muß mitgehen –, daß der Soziale Wohnungsbau nicht unter ein vertretbares Maß absinkt. (Adenauer: Was soll Herr Blessing machen?) Er kann nicht an seiner Diskontpolitik festhalten. Er muß einen Ausweg suchen für

59 5. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden vom 14. bis 20. August 1960 in Hannover. Vgl. FAZ vom 18. August 1960.

60 Erhöhung des Diskontsatzes (von 4 auf 5 %) durch den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank am 2. Juni 1960 – AdG 1960 S. 8432.

61 Dr. Julius Brecht (1900–1962), Jurist; 1949–1951 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), seit 1951 Verbandsdirektor des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, 1957–1962 MdB.

den Sozialen Wohnungsbau. Das ist das einzige echte Problem, mit dem wir noch nicht fertiggeworden sind. Aber ich hoffe, daß wir es schaffen.

Adenauer: Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Ausführungen, Herr Lücke. Sie haben natürlich recht damit, wenn Sie sagen, wir wollen das Positive tun und herausstellen. Was mir tiefe Sorge macht, ist aber, daß der Wohnungsbau nachläßt. Wenn Sie meinen, das könnte Herr Blessing ändern, so sage ich, das kann er nicht.

Lücke: Herr Etzel hat zu einem Thema Stellung genommen in einem Augenblick, in dem das größte Unglück passiert ist. Ich spreche seit fünf Jahren aus, wir bauen 550.000 Wohnungen. Herr Etzel hat nur von 500.000 gesprochen. Was er gesagt hat, das hat uns sehr geschadet. Wir haben im vorigen Jahr 592.000 gebaut, in diesem Jahr werden es über 550.000. (*Adenauer:* Heute steht wieder das Gegenteil in der Presse!⁶²)

Hier kommt die Statistik des Statistischen Bundesamtes hinzu, das auch Meldungen herausgibt, die nicht richtig sind. Es ist nicht wahr, daß im Jahre 1939 mehr Wohnungen – bezogen auf den Kopf der Bevölkerung – vorhanden waren, sondern es ist so, daß die Familienzahl wegen der vielen Kleinfamilien, durch mannigfache Umstände bedingt, größer geworden ist. Und wenn man die Zahl der kleinen Familien nimmt, so ist sie heute größer als 1939. Die Zahl der Ein-Mann-Haushalte ist enorm gestiegen, es sind unverheiratete Frauen, kinderlose Ehen usw.

Die Dinge in der „Kölnischen Rundschau“ von heute morgen, die Sie meinen, Herr Bundeskanzler, besagen, daß der Soziale Wohnungsbau in einem eingeschränkten Maße zurückgeht, weil nur noch die Hälfte an Flüchtlingen kommt. Das steht in der Meldung. Die hat mein Ministerium gegeben. Die ist richtig. (*Adenauer:* Wer sagt denn, daß die Hälfte der Flüchtlinge kommt?) Die Flüchtlingszahl von heute gegenüber 1957 beträgt nur noch die Hälfte. (*Adenauer:* Gegenüber 1957?) Es handelt sich auch um die Bauzeit. (*Adenauer:* Ich weiß es nicht, Herr Lücke! Jedenfalls werden Sie an verschiedenen Stellen nach dem Rechten sehen müssen.) Wir sind dabei.

Adenauer: In Honnef fehlen, wie mir Herr Kliesing⁶³ sagte, allein 700 Wohnungen. Im Siegbkreis ist der Prozentsatz ziemlich gering. Sie können keine Arbeiter in Honnef und Königswinter bekommen.

Lücke: Es sind 92 Kreise, die eine Unterversorgung von 3 % haben. Das Gesetz gibt den Gemeinden bis zu 2.000 Einwohnern die Möglichkeit, den Abbau der Wohnungsämter zu verhindern, wenn die Unterversorgung in der Gemeinde 5 % beträgt. Was Sie ansprechen, ist im Gesetz geregelt. Aber das Statistische Bundesamt darf solche Meldungen nicht veröffentlichen. (*Adenauer:* Dann müssen Sie sich mit dem Statistischen Bundesamt viel mehr als bisher in Verbindung setzen!)

62 „Kölnische Rundschau“ vom 23. August 1960 („Rückgang des Wohnungsbaus. Mehr Fertigstellungen – Aber weniger Bewilligungen für Sozialwohnungen“).

63 In der Vorlage: Klissing. – Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Lehrer; 1953–1976 MdB (CDU), 1958–1977 Mitglied des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), 1961–1966 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU, 1963–1964 Präsident der NATO-Parlamentarierkonferenz.

Dufhues: Ich bin dieser Frage nachgegangen, als ich zum ersten Male von dieser Meldung Kenntnis erhielt. Ich habe mich in Verbindung gesetzt mit der Stadtverwaltung Bochum, um zu klären, welcher Bedarf besteht. Der betreffende Beamte hat die Ermittlungen mit einem erstaunlichen Ergebnis durchgeführt, und zwar im Sinne der Wohnungspolitik der Bundesregierung. Er ist angegriffen worden von der SPD. Ich habe veranlaßt, daß nunmehr jedem einzelnen Fall nachgegangen wird. Mir wurde erklärt, daß bis zum 15. September das neue Ergebnis des Wohnungsmangels in Bochum – einer sozialistisch regierten Stadt – vorliegen wird. Der Beamte hat erklärt, daß seine ersten Feststellungen bestätigt würden. Das Statistische Bundesamt hat nicht die Möglichkeit, den Dingen genau nachzugehen. (*Zuruf:* 'Warum veröffentlicht es denn solche Meldungen?') Es wird notwendig sein, den Erhebungen innerhalb der Gemeinden nachzugehen und dafür zu sorgen, daß der effektive Wohnungsbedarf festgestellt wird.

Eine zweite Anregung! Ich habe mir sagen lassen, daß in den einzelnen Ländern die zuständigen Stellen für die Geltendmachung der Mietbeihilfen noch nicht bestimmt sind und daß hier eine lebhafte Unzufriedenheit bei den Mietern besteht. Wir sollten dafür sorgen, daß in allen Ländern diese zuständigen Stellen bestellt werden, damit die Mietbeihilfen möglichst bald ausgezahlt werden können.

Bitter: Ich nehme gern Gelegenheit, dem Herrn Lücke zu sagen: Wir stellen auf der kommunalen Ebene fest, daß seine Aufklärungsarbeit hundertprozentig ankommt. Er hat in seinem Ministerium den richtigen Riecher gehabt, um den Leuten aufs Maul zu sehen, wie man so sagt. Als wir in den Wahlkampf eintraten, hatten wir großen Kummer, daß gerade das Mietengesetz uns die Suppe versalzen würde. Das Gegenteil scheint einzutreten.

Die Ausführungen von Herrn Dufhues kann ich unterstreichen. Die Stadt Gelsenkirchen hatte 13.000 Mietsuchende gemeldet, und dann wurde festgestellt, daß es nur 3.000 sind. Auch die Wohnfibel hat sich hundertfältig verlohnt. Die Tatsache, daß die Landesregierungen nunmehr anfangen, mit entsprechendem statistischen Material an die Hand zu gehen, macht die Sozialdemokraten kopfscheu. Sie können nicht mehr sagen, wir haben das und das gebaut, sondern man kann nunmehr nachweisen, daß sie nur im Rahmen dessen gebaut haben, was sie von den Ländern und vom Bund bekommen haben. Das gilt nicht nur für den Sozialen Wohnungsbau, sondern auch für andere Bauten. Jedenfalls sind die Schwierigkeiten heute weitgehend überwunden. Ich bin davon überzeugt, daß der Umstand, durch den wir gezwungen sind, etwas später zu wählen, uns nicht schlecht bekommt; denn je mehr sich die Leute an die Mieten gewöhnt haben, um so besser ist es.

Adenauer: Ich weiß nicht, Herr Bitter, ob Sie die Dinge nicht zu optimistisch sehen. Die Dinge sind sehr verschieden. Es ist richtig, was Herr Dufhues gesagt hat. Man weiß nicht, wieviel Leute in der Wohnungskartei stecken. Viele Leute wollen doch, auch wenn ihre Wohnung ausreicht, eine größere Wohnung haben usw. Ich habe nur den Wunsch – und deswegen habe ich das Problem zur Sprache gebracht –, daß Ihr Ministerium, Herr Lücke, eine intensive Aufklärung und Propaganda betreibt.

Lücke: Unser Vorgehen wird gerade kaputtgemacht durch die Opposition, die immer die negativen Dinge aufgreift und herausstellt. Und hier hoffe ich sehr stark auf das zweite Fernsehen, damit die Leute sehen, welche Politik wir machen und was gebaut worden ist.

Adenauer: Ich bin einen ganzen Tag bei Herrn Stegerwald⁶⁴ gewesen und habe mir alles angesehen. Ich habe mit Herrn von Eckardt gesprochen, daß er eine vollständige Schau macht für das zweite Fernsehen. Es war ein herrlicher Tag, den ich dort erlebt habe. Herr Stegerwald sagte mir, daß er 25 % im Durchschnitt billiger baue als die ganzen Baugesellschaften. Ist das richtig? (*Lücke:* Er bezahlt keine Umsatzsteuer!) Das ist doch ganz egal! Aber wenn er 25 % billiger baut, warum können wir das nicht durch die gemeinnützigen Baugenossenschaften auch tun? Ich wäre wirklich dankbar, wenn man in dieser Hinsicht von ihm lernte.

Von Hassel: Herr Lücke! Haben Sie versucht, über das erste Fernsehen diese Dinge darzustellen als Antwort auf die fragliche Sendung?

Lücke: Herr Bischoff hat gesagt, er wolle nicht die „Verwirrung im Quadrat“ fortsetzen. Er will aber neue Sendungen machen im ersten Programm, und zwar ohne Politik. Es kommen jetzt solche Filme wie „Die Stadt im Grünen“, „Die neue Stadt“, „Der Soziale Wohnungsbau in Deutschland“ usw.

Von Hassel: Wir haben Ihre Broschüre gelesen, Herr Lücke, in der alles sehr sorgfältig dargestellt ist.⁶⁵ Aber ich meine, sie hat einen solchen Umfang, daß sie niemand liest. Mir scheint, man hätte vorweg begründen müssen, was zu dieser Mieterhöhung Veranlassung gegeben hat. Das müßte man in einer graphischen Darstellung zusammenfassen. Ich glaube, das käme gut an. Wir wollen alle daraus lernen.

Lücke: Natürlich wird man immer klüger. Der Text der Wohnfibel, die ja nur eine Aufklärung sein soll, hätte populärer gestaltet werden können. Aber die Geschichte mußte in acht Tagen verabschiedet werden, weil die Ministerpräsidenten der CDU bei diesen beiden bedeutenden Gesetzen zum erstenmal in der Geschichte des Bundesrates einstimmig ohne Vermittlungsausschuß mitgemacht haben. Das war für die CDU ein großer Erfolg. Wir standen unter dem Druck, die Schrift schnell an 17½ Millionen Haushalte zu verteilen. Als ich dann später in Wörishofen eine Kur nach Pfarrer Kneipp⁶⁶ gemacht habe, ist mir eingefallen, man hätte den Text populärer schreiben können. Wir konnten aber keine Propaganda machen. Die Schrift durfte nur ein bestimmtes Gesicht haben.

64 Dr. Aloys Stegerwald (1904–1963), katholischer Geistlicher, Prälat; nach 1945 Gründer sozialer Wohnungsbauorganisationen wie der DEWOG (Deutsche Wohnungsgesellschaft) und der Christlichen Nothilfe Deutschland e.V. Vgl. Helmut J. SCHORR: Adam Stegerwald. Recklinghausen 1966 S. 191.

65 Vgl. Anm. 58.

66 Sebastian Kneipp (1821–1897), katholischer Pfarrer; entwickelte Wasserheilverfahren, sog. Kneippkuren.

Bedenken Sie bei aller Kritik, die Schrift mußte an 17½ Millionen Haushalte im Juli verteilt werden. Und eine höhere Miete können Sie niemals schmackhaft machen. In meinem Heimatort hat sich ein Professor über zwei Stunden lang mit mir unterhalten, warum er zehn Pfennig pro Quadratmeter mehr zahlen muß. Nachdem ich ihm klargemacht hatte, daß er in einem sozialen Wohnungsbau wohnt usw. usw., hatte ich ihn bekehrt. Die erste Mieterhöhung klingt aber in ihrer Wirkung allmählich ab. Die zweite mögliche Mieterhöhung kommt erst Ende 1962. In der Zwischenzeit geschieht etwas. Die Wohnungsämter müssen weg, damit die Umsetzung erfolgen kann.

Adenauer: Ich staune über Ihren Optimismus, wenn Sie sagen, die Wohnungsämter müssen weg. Ich muß Ihnen sagen, das kriegen Sie nicht fertig! Ein Bürokrat bleibt! (*Heiterkeit.*) Da können Sie machen, was Sie wollen! Sie können ihn zwar aussterben lassen, aber abschaffen, das glaube ich nicht. Nun wird z.B. behauptet – ich weiß nicht, ob es richtig ist –, in Frankfurt bekomme keiner eine Wohnung zugewiesen, wenn er nicht nachweise, daß er Mitglied der SPD sei. (*Fay:* Können Sie mir den Zeugen nennen? Ich bin nämlich der Dezernent des Wohnungsamtes. – *Lebhafte Heiterkeit.*) Es ist communis opinio in der Bundesrepublik, und jeder sagt es. Das kann ich mir insbesondere von Frankfurt denken. Aber, Herr Lücke, darin hat Herr von Hassel recht, Sie dürfen bei der Aufklärungsarbeit nicht den Einzelfall herausnehmen, sondern müssen das Ganze nehmen, wie groß die Wohnungsnot war, was Sie geschaffen haben und warum es nötig ist, in diesem Zug die Sache zu betreiben, damit Sie auch diejenigen, die sich ärgern, bekehren.

Lücke: Ich bringe diese Sache in den Wahlkampf. Darf ich den Bundesvorstand bitten, dafür zu sorgen, daß auf Landesebene oder auf Kreisebene – wie es Hessen gemacht hat – Ausspracheabende stattfinden. Dazu habe ich eine Reihe von guten Rednern, die das Gebiet kennen. Wir werden auch Material mitbringen. Nur ist es nicht möglich, in jeder Stadt zu sprechen. (*Weber:* Aber nach Mainz müssen Sie!)

Albers: Sie wissen, daß ich nicht den Optimismus des Herrn Lücke geteilt habe und in manchen Punkten anderer Auffassung war. Aber nun haben wir das Gesetz und müssen uns damit abfinden. Wir müssen dafür sorgen, daß der Soziale Wohnungsbau – der Wohnungsbau für die mittleren und unteren Schichten unseres Volkes – weiterhin garantiert wird. Das kann man aber nicht mit Hypotheken von 8 %. Das liegt nicht drin. (*Adenauer:* Wie wollen Sie es machen?) Indem man Unterschiede macht zwischen allgemeinen Hypotheken und Hypotheken für den Sozialen Wohnungsbau. Da müssen irgendwelche Differenzierungen vom Herrn Blessing gefunden werden. Wir haben in Köln noch 45.000 Wohnungssuchende, und zwar zum größten Teil mittlere und kleine Leute. Und denen möchte ich helfen, weil sie förderungsbedürftig sind. (*Zuruf:* Es gibt einen Befehl von Herrn Brecht!) Dieser Befehl geht mich überhaupt nichts an! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich darf Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß ich am Ende dieses Jahres ungefähr 3 % von meinen ersparten Groschen kaufkraftmäßig abschreiben kann!

Nun etwas anderes! Ich wollte einmal fragen, Herr Bundeskanzler, ob Sie überlegt

haben, wie ein Bericht von den Generalen über die allgemeine Wehrpflicht usw. herauskommen kann.⁶⁷ War das eine Erklärung, die Sie oder der Herr Strauß nicht hätten geben müssen? Haben wir dafür die Generale nötig? (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich sehe nicht ein ... (*Adenauer*: Ich komme darauf zurück, Herr Albers!)

Dann zur Frage der Krankenkassenreform! Meine Meinung kennen Sie seit zwei Jahren. Man kann nicht eine perfektionistische Gesetzgebung in einem Umfang betreiben, daß man siebzugjährige Erfahrungen in der Sozialversicherung nun einfach mit einem Schlage aufheben will. Auch das liegt nicht drin. Man muß hier die Realitäten sehen. (*Adenauer*: Gegen wen geht das?) Deshalb nehme ich die Anregung mit Freuden auf, daß sich der Bundesvorstand als Parteiinstitution damit befaßt. Das erscheint mir dringend notwendig. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen auch von der Partei aus der Fraktion unsere Meinung unterbreiten können. Wohin soll das führen, wenn wir uns noch im Dezember über die Geschichte unterhalten müssen. Im Januar haben wir in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen.

Wir sollten als Bundespartei Vorstand bei politischen Gesetzen etwas mehr mitsprechen als bisher und der Bundestagsfraktion unsere Meinung sagen, damit hier eine gute Übereinstimmung erzielt wird. Diesen Standpunkt habe ich schon immer vertreten. Der Bundespartei Vorstand sollte – das ist doch ein entscheidender Punkt –, ohne in Einzelheiten einzutreten, allgemeine Grundsätze aufstellen. Er sollte z.B. seine Meinung zur Krankenkassenreform bis spätestens November der Fraktion unterbreiten. Ich komme leider zu wenig mit Ihnen zusammen, Herr Bundeskanzler, um Ihnen das Gewissen zu schärfen!

Adenauer: Darf ich Ihnen einen Vorschlag zur Güte machen, Herr Albers! Ich sage das nicht zum erstenmal, was ich jetzt sage. Wenn wir das Wahlgesetz so ändern, daß wir eine Bundesliste aufstellen, dann setzen wir Sie drauf. (*Albers*: Kommt gar nicht in Frage!) Mit Kußhand werden Sie das tun! (*Heiterkeit*.) Nun wollen wir diese Punkte, die alle wichtig sind, einen nach dem anderen erörtern und nicht einen italienischen Salat daraus machen. Wir waren noch bei der Wohnungsfrage.

Czaja:^{67a} Wir sollten es uns insbesondere um die Wahlzeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht leisten, unter den Ergebnissen der vergangenen Jahre zu bleiben, etwa bei 300.000 Wohnungen. Wenn das passierte, würden wir eine große Blöße bei der Wahl zeigen. Einer der Hauptschuldner ist Herr Blessing, der ohne jeden inneren Grund, und ohne die tatsächlichen Ursachen der Konjunkturüberhitzung zu treffen, Zinssteigerungen hervorgerufen hat, die die Zinsempfindlichkeit nur einseitig beeinträchtigen. Die Konjunkturüberhitzung ist

67 Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung. Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr. In: BULLETIN vom 20. August 1960 S. 1527f.; FAZ vom 20. August 1960.

67a Dr. Herbert Czaja (geb. 1914), Oberstudienrat; vor 1939 Deutsche Christliche Volkspartei (Ostoberschlesien), 1946 CDU, 1952 Vorsitzender der UVF Nordwürttemberg, 1953–1990 MdB, 1964–1969 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, seit 1970 Präsident des BdV. – Memoiren: Unsere sittliche Pflicht. Leben für Deutschland. Hg. von Hartmut Koschyk. München 1989.

durch diese Maßnahmen nicht getroffen worden, aber die Hypotheken sind um 2 bis 3 % erhöht worden. Das bedeutet im öffentlichen Wohnungsbau eine künstliche Verteuerung der Mieten. Wenn dadurch tatsächlich die Konjunkturüberhitzung, die ihre Ursachen im Exportüberschuß, in den Behörden- und Industriebauten hat, getroffen worden wäre, müßte man das in Kauf nehmen.

Da dies aber nicht der Fall ist, muß man fragen, ob dieser Weg weiterbeschritten werden soll. Davor möchte ich allerdings warnen, weil leider die Wohnungsunternehmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, benützen, um in die Kerbe von Herrn Brecht zu hauen, indem sie sagen, wir bauen überhaupt nicht. Man kann weiterbauen, aber durch die Blessingschen Maßnahmen werden die Mieten für den öffentlichen Wohnungsbau verteuert, ohne daß das Ergebnis konjunkturdämpfend wirkt. Bereits im April haben die Baubewilligungen für den Wohnungsbau um 11 % und für die Bauten aus öffentlichen Mitteln um 29 % unter den Ergebnissen des Jahres 1959 gelegen. Wir können eine solche Politik nicht fortsetzen, weil sich die Wirkungen erst nach eineinhalb Jahren zeigen, wenn die Wohnungen nicht bezugsfertig werden. Das wollte ich mit großem Ernst im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 sagen.

Adenauer: Die Konjunktur zu dämpfen und den Wohnungsbau auszunehmen, das scheint mir ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. (*Erhard:* Vor allem, nachdem die Baukosten um 8 % gestiegen sind!) Auch ohne die Hypotheken sind die Wohnungsbaukosten seit dem vorigen Jahr um 8 % durch die Lohnerhöhungen gestiegen. (*Czaja:* Abgesehen davon wird eine Mieterhöhung bei einer Wohnung von 75 qm von 40 bis 50 DM eintreten!) Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Da teile ich Ihre Ansicht, daß es sehr schlecht wäre für den Ausgang der Wahl, wenn wir mit dem Wohnungsbau zurückgingen. Auch ich habe das, was Herr Etzel damals gesagt hat, als einen falschen Zungenschlag empfunden, der uns sehr geschadet hat. Er hat es nachher ja korrigiert. Wir wollen aber einmal die Frage, wie wir den Sozialen Wohnungsbau sichern können, in Augenschein nehmen. Ich glaube nicht, daß Herr Blessing allein die Schuld daran trägt. Dagegen wehre ich mich.

Dittmar: In Hamburg hat der Senator Nevermann⁶⁸ für den Senat erklärt, daß man die gestiegenen Hypotheken durch entsprechende Zinssubventionen ausgleichen will. Damit ist die Fortsetzung des Sozialen Wohnungsbaues in Hamburg ausschließlich das Verdienst des SPD-Senats, was uns um die Ohren geschlagen wird. Und wir haben auf der anderen Seite absolut keine konjunkturdämpfende Wirkung, die Herr Blessing durch die Diskonterhöhung erreichen will. Sie ist durch die SPD-Maßnahme aufgefangen.

Schmücker: Es muß gefragt werden, ob wir in der Lage sind, mit diesen Maßnahmen vom Gelde her die Konjunktur zu dämpfen. Ich bin der Meinung,

68 Dr. Paul Nevermann (1902–1979), Jurist; 1966–1970 Vorsitzender der SPD Hamburg, 1945 Senator für die Sozialbehörde Hamburg, 1946–1953 Senator für Bau- und Wohnungswesen, 1950–1953 zweiter Bürgermeister von Hamburg, 1957–1961 Senator für Bau- und Wohnungswesen, 1961–1965 erster Bürgermeister von Hamburg, bis 1974 MdHB.

daß das nicht geht, weil die Rolle des Geldes maßlos überschätzt wird. Herr Blessing strapaziert das Geld weiter herab, so daß immer weniger Leute Lust haben, sich diesem Geld anzuvertrauen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Schwierigkeiten der vollbeschäftigten Wirtschaft auf anderen Gebieten liegen. Weite Kreise der Wirtschaft sind auf das Geld überhaupt nicht angewiesen. An diesem Kreis gehen also die Maßnahmen von Blessing vorbei. Und da die anderen betroffen werden, wird die Diskrepanz zwischen diesen beiden Gruppen um so größer.

Sehen Sie sich einige Bilanzen an. Der Aufwand für soziale Leistungen ist größer als für die öffentlichen Ausgaben. Es gibt die Methode, daß man heute planmäßig Einkommen verhindert, weil Einkommen ja Steuer bedingt und direkt auf das Vermögen zustößt, also am Geld vorbeiwirtschaftet. Und da wollen wir unsere Wirtschaft vom Gelde her in Ordnung bringen? Ich bezeichne, daß das gelingen wird.

Herr Bundeskanzler! Ich bedauere, daß in der Besprechung mit den Herren Abs, Blessing usw. niemand vom Wirtschaftsausschuß oder von der Fraktion dabeigewesen ist. Ein großer Teil unserer Fraktion ist der Meinung, daß es nicht möglich ist, allein vom Gelde her unsere Konjunktur zu dämpfen, sondern daß man zu den Gefahrenherden unmittelbar vorstoßen muß. Und hier wird man manche unbequeme Maßnahme treffen müssen. (*Zuruf: Welche denn?*) Wir wollen uns nicht der Illusion hingeben, als ob Herr Blessing das machen könne. Meine Herren vom Kabinett! Das müssen Sie tun! Herr Blessing schreitet nur ein, wenn Sie nichts getan haben!

Adenauer: Ich habe vor mehreren Jahren mit Herrn Berg auf einer großen Versammlung im Gürzenich in Köln dasselbe gesagt⁶⁹ wie Sie jetzt. Und das ist nach wie vor meine Meinung. Es ist so: Den Letzten beißen die Hunde. Und das ist der Mittelstand. Das sind die kleinen Leute. Die Großen haben ihre besonderen Verträge mit den Banken; die trifft das überhaupt nicht. Ich bin also völlig Ihrer Meinung. Aber auf der anderen Seite müssen Sie folgendes bedenken: Herr Albers hat gesagt, bis zum Ende dieses Jahres müsse er 3 % von seinen Ersparnissen abstreichen. Und diese schleichende Geldentwertung, das ist eine ganz ernste Frage. Das hängt alles damit zusammen.

Ich habe heute morgen gesagt, daß nach Herrn Blessing die Summe allein der Löhne und Gehälter in diesem Jahr zehn bis elf Milliarden ausmacht. Davon wird der größte Teil in den Konsum gehen. Nun ist es bisher einigermaßen gelungen, durch die Industrie und die Wirtschaft diesen Hunger nach Gütern zu befriedigen. Das ist auch ein großes Verdienst. Wenn man es der Industrie unmöglich machen würde, sich zu rationalisieren – dazu gehören auch bauliche Veränderungen –, dann stiegen die

69 Gürzenich-Rede Adenauers vom 23. Mai 1956 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Konjunkturdämpfungspolitik. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 951 Anm. 67 und KOERFER S. 84–127.

Preise, und das Geld würde noch mehr sinken. Das hängt also alles zusammen, und es ist sehr schwer, hier eine gute Lösung zu finden.

Nun haben wir vereinbart, daß wir in einigen Wochen wieder zusammenkommen, und zwar gut vorbereitet, und dann werden wir alles das, was wir heute gehört haben, sicher verwerten können. Ich bleibe dabei: Bauen Sie ruhig weiter, und machen Sie nicht einfach die Tore zu. Das würde ich für sehr schädlich halten.

Lücke: Das Bauvolumen hat kein Minister mehr in der Hand. Das Bauvolumen ist ein Erfolg unserer Marktwirtschaft. Der Anteil des Sozialen Wohnungsbaues in diesem Jahr und im letzten Jahr umfaßt die vorgesehene Höhe von 300.000. Wenn die Länder vernünftig wären – von Hamburg hören wir, daß sie es nicht tun –, bauten wir etwa 220.000 Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaues; dazu kommen etwa 60.000 bis 70.000 aus dem freifinanzierten und steuerbegünstigten Wohnungsbau, so daß nach dem jetzigen Stand für 1961 das Volumen gesichert ist. Auf die Behörden- und Industriebauten haben wir keinen Einfluß. Ob es möglich sein wird, daß wir für das kommende Jahr Sonderhypotheken schaffen oder eine Ausnahmeregelung vorsehen, sollte bei dem Gespräch über die Konjunktur geregelt werden. Ich würde darum bitten, daß wir hinzugezogen werden.

Adenauer: Das Gespräch fassen Sie völlig falsch auf. Es ist ganz unmöglich, in einem so kleinen Kreis die Baufrage zu behandeln. Das ist auch nicht der Zweck dieses Gesprächs. Bei dem Gespräch waren anwesend die Herren Erhard, Etzel, Blessing, Abs, Pferdenges und Berg. Nun kommen von allen Seiten welche, die hinzukommen wollen, weil wir gesagt haben: Es ist keine Notwendigkeit, jetzt die Preise zu erhöhen. Ich will die Herren nicht nennen, aber sehr maßgebende Leute sagen: Warum werden wir nicht hinzugezogen? Wir wollen in einem möglichst kleinen Rahmen die Frage besprechen. Sagen Sie also nicht, daß Sie dazuwollen. Viel besser können Sie mit Herrn Blessing allein sprechen und ihre Sorge abladen.

Lücke: Wir sollten uns über die Entwicklung freuen, Herr Albers, daß die marktwirtschaftliche Situation auf dem Gebiete des Wohnungsbaues soweit gediehen ist, daß sie der staatlichen Prüfung nicht mehr bedarf. Es ist nicht richtig, wenn wir als christliche Demokraten die Bestrebungen der Sozialisten, vor allem der gemeinnützigen Verbände, unterstützen und sagen, wir bauen nicht, obwohl öffentliche Gelder da sind, wenn die Hypothek 7 % beträgt; denn die soziale Berechtigung haben wir diesem Argument dadurch genommen, daß das soziale Miet- und Wohnrecht in Kraft ist. Wir müssen weiterbauen im sozialen Bereich. Wir müssen weg von der kollektiven Baukostensubvention und hin zu der individuellen Hilfe.

Adenauer: Herr Albers hat folgende Fragen angeschnitten: 1. die Denkschrift der Generale, 2. das Krankenkassengesetz, 3. soll der Bundesvorstand auf wichtige politische Gesetze seinen Einfluß ausüben. Zunächst sage ich etwas zum Punkt 1. Ich möchte an die Spitze stellen, daß ich von der Sache zuerst etwas erfahren habe aus der Zeitung. (*Zurufe:* Hört, hört!) Ich wußte gar nicht, daß eine Denkschrift der Generale angefertigt, noch wußte ich nicht, daß sie in den allgemeinen Schriften für die Soldaten veröffentlicht worden war. Ich wußte auch nicht, daß sich der

Bundesverteidigungsminister damit einverstanden erklärt hatte. Alles das habe ich aus der Zeitung erfahren.⁷⁰ (*Weber*: Das ist schlimm! – *Zurufe*: Sehr richtig!)

Zur Sache selbst möchte ich sagen, daß ich die Angelegenheit außerordentlich ernst nehme, obwohl ich mit dem materiellen Inhalt dessen, was die Generale geschrieben haben, durchaus einverstanden bin. Aber die Worte, die sie gebraucht haben – die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor einigen Tagen ausgeführt worden sind –, die gehören nicht in eine Denkschrift der Generale. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich will nur an die Reichswehr erinnern und daran, welche Macht sie ausgeübt hat seinerzeit. Ich muß sagen, ich bin auch noch immer erschüttert über das, was sich in der Türkei ereignet hat.⁷¹ Kein Mensch hätte von der türkischen Armee irgendwie geglaubt, daß so etwas möglich wäre. Und merkwürdigerweise hat kein Botschafter in Ankara seiner Regierung vorher etwas darüber berichtet, weil sie nichts gewußt haben. Sie sehen also, daß solche Dinge in größter Heimlichkeit vorbereitet werden können.

Daß also der Herr Verteidigungsminister mich davon nicht rechtzeitig ins Bild gesetzt hat, halte ich für falsch. Ich darf hier ein allgemeines Wort sagen über die Verantwortung der Minister und des Bundeskanzlers. Als wir das Grundgesetz geschaffen haben, haben wir einen schweren Fehler gemacht. Wir haben aus der alten Reichsverfassung folgenden Artikel übernommen:

Der Bundeskanzler – früher Reichskanzler – bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung.

Das haben wir wörtlich so übernommen. Aber nach der alten Reichsverfassung konnte gegen jeden Minister ein Mißtrauensvotum beantragt werden, und er konnte dann durch die Annahme dieses Mißtrauensvotums aus dem Amt entfernt werden. Das ist heute nicht mehr möglich. Man hat an den Schluß des ganzen Passus im Grundgesetz hineingesetzt, daß der Bundeskanzler für alles die Verantwortung trägt. Aber der Bundeskanzler ist aufgrund des Artikels im Grundgesetz, den ich eben zitiert habe, nicht in der Lage, einfach in ein Ministerium einzugreifen und bestimmte Forderungen zu stellen. Wenn der Minister nicht will, dann bleibt dem Bundeskanzler nichts anderes übrig, als ihm zu sagen: Ich werde dem Bundespräsidenten vorschlagen, daß Sie aus dem Amt entlassen werden. Das ist natürlich ein Schritt, der für jeden Bundeskanzler nur eine Ultima ratio sein kann. Und weil das ein solcher Schritt ist, der nur die Ultima ratio sein kann, verbietet es sich auch, mit diesem Schritt zu drohen. Damit kann kein Bundeskanzler auf die Dauer fertig werden, wenn er den Herren im Kabinett immer droht. Das ist unmöglich. Es ist also – rebus sic stantibus –, wie das Grundgesetz nun einmal ist, beiderseitiger guter Wille zur Zusammenarbeit

⁷⁰ Vgl. Anm. 67.

⁷¹ Nach Unruhen in der Türkei hatte die Armee am 27. Mai 1960 die Macht übernommen. Vgl. Nr. 15 Anm. 9.

nötig, und zwar sowohl auf der Seite der Kabinettsmitglieder wie auf der Seite des Bundeskanzlers.

Man muß aber von jedem Minister erwarten, daß er die Verantwortung empfindet, die der Bundeskanzler gegenüber dem Parlament auch für ihn trägt. Deswegen muß er sich rechtzeitig vergewissern, ob nun – nehmen wir diesen Fall – der Bundeskanzler damit einverstanden ist.

Herr Strauß ist in der Nähe von Nizza im Urlaub. Er hat mir heute telefonisch einen Brief übermittelt. Ich habe auch von dem Staatssekretär Hopf gestern einen Brief bekommen, in dem erläutert wird, wie das Ganze gekommen ist. Und danach muß ich dabei bleiben, daß ich vorher hätte gefragt werden müssen! (*Zurufe: Sehr richtig!*) Was da geschehen ist, das ist eine Sache, die greift nun an die Wurzel unseres Staates. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Ich habe Herrn Heusinger⁷² zu mir gebeten. Er ist in Ferien. Herrn Strauß habe ich schon einmal aus dem Urlaub von Nizza hierher kommen lassen. Ich will ihm die Reise nicht zumuten. Ich werde einstweilen mit Heusinger sprechen und später mit Strauß. Herr Strauß und sein Staatssekretär Hopf sagen – und das ist sehr ernst –, daß die Sozialdemokratie systematisch die Truppe unterwühle, daß sie systematisch der Truppe in einer Unzahl von Exemplaren Schriften in die Kasernen gibt, in denen gegen die atomare Bewaffnung und gegen die allgemeine Wehrpflicht Front gemacht wird.

In dieser Situation, die natürlich für den Verteidigungsminister und für die Generale sehr unangenehm ist, ist nun diese Schrift gemacht worden. Damit will ich nun nicht – damit Sie mich nicht mißverstehen – meine Forderungen preisgeben, daß Herr Strauß mir vorher eine Mitteilung hätte machen müssen. Ich hätte die Wahl solcher Ausdrücke, wie sie die Generale gebraucht haben – namentlich am Schluß des Ganzen –, nicht geduldet; denn man hätte genausogut dafür andere Worte wählen können. Und ich werde dafür sorgen, daß etwas Derartiges nicht wieder geschieht.

Aber nun kommt die Kehrseite der Medaille. Und das ist eine sehr ernste Frage für die ganze Bundestagsfraktion. Wir können unmöglich zulassen, daß die Sozialdemokratische Partei die Moral unserer Truppe systematisch unterminiert! (*Lebhafte Zustimmung.*) Ein Staat, der das zuläßt, der liefert sich genausogut dem Untergang aus, als wenn er sich in die Hand der Generale begibt. Ich sage das insbesondere zu Herrn Krone, weil er der Vorsitzende der größten Fraktion des Bundestages ist. Das ist eine Frage, mit der wir uns nach dem Zusammentreten des Bundestages allerdings in einer sehr ersten Weise werden beschäftigen müssen. Ich kann nicht dulden, daß irgendein Bundestagsabgeordneter hingeht und in Wort und Schrift die Moral unserer Truppe unterminiert und die Beschlüsse des Bundestages und die Autorität der Regierung angreift! (*Lebhafter Beifall.*) Wir werden da zu einer sehr schweren Auseinandersetzung kommen. Das ist also, meine Freunde, die treffendste Illustration zu Wehners „staatsmännischer“ Rede, wie man sie überhaupt nur wünschen

72 Adolf Heusinger (1897–1982), 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr. Vgl. PROTOKOLLE I S. 114 Anm. 16.

kann. Ich wünschte aber, diese Illustration wäre nicht vorhanden. (*Krone*: Man hätte es der Fraktion seitens des zuständigen Ministers sagen müssen!) Die Sache ist noch nicht zu Ende. Ich möchte aber nicht jetzt in der Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen. Ich habe Herrn Heusinger zu mir bestellt. Er ist noch im Urlaub. Ich werde dafür sorgen, daß so etwas nicht mehr passiert.

Dann hat Herr Albers das Krankenkassengesetz angesprochen und gesagt, es müsse im Dezember verabschiedet sein. Wir gehen noch weiter und sagen, es muß noch viel früher verabschiedet werden. Die Sozialausschüsse haben uns gut dabei geholfen. Ich hoffe nun, daß wir möglichst schnell machen; denn jetzt fangen die Sozialdemokraten bei den Ärzten an, um die zu unterwühlen, damit die Verbände Schwierigkeiten machen. Herr Richter will mich auch sprechen. Ich werde am Samstag meinen Urlaub antreten.⁷³ Ich kann ihm mit Fug und Recht sagen: Wenn ich zurück sein werde, können wir darüber sprechen.

Was nun die Grundfrage von Herrn Albers angeht – eine Frage, die nicht zum erstenmal im Bundesvorstand erörtert wird –, inwieweit nämlich der Bundespartei-vorstand Einfluß ausüben soll auf die Entscheidungen und Beschlüsse der Fraktion, so meine ich, daß die erste Verantwortung für die Fraktion auch bei der Fraktion bleiben muß. Ich nehme an, Herr Albers, es ist auch nicht Ihre Absicht, etwas anders zu verlangen. Aber Sie haben völlig recht sonst; denn ebenso wie Ministerpräsidenten die Partei spalten können, kann auch die Fraktion eine Partei spalten. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und deswegen muß bei sehr wesentlichen politischen Fragen und Entscheidungen ein Kontakt zwischen der Fraktion und dem Parteivorstand hergestellt werden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Soweit ich Herrn Krone kenne, ist er absolut nicht dagegen. (*Krone*: Ich schlage vor, daß wir in der Woche nach Ihrer Rückkehr aus dem Urlaub, Herr Bundeskanzler, den Bundespartei-vorstand einberufen, um über die Krankenkassenreform und das Parteiengesetz zu sprechen. Das sind zwei Punkte, bei denen die Fraktion direkt darum bittet, daß sich der Bundesvorstand dazu äußert!)

Wir haben über das Krankenkassengesetz gesprochen. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich von Herrn Blank, der bei der Besprechung mit den Ärzten zugegen war, nunmehr die Vorlage einer gesetzlichen Fassung dessen verlange, was wir besprochen haben, damit nicht nachher ein Unglück passiert.

Das muß also zunächst einmal gemacht werden. Und dann müssen wir in den Bundespartei-vorstand damit gehen. Wir sollten heute schon den Beschluß fassen – wenn Ihnen das recht ist, Herr Krone –, daß wir die Fraktion auf das dringendste ersuchen, in dieser Sache einig und geschlossen zu werden und die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Stoltenberg: Ich möchte vorschlagen, daß wir die wichtigen politischen Fragen stärker im Bundesvorstand erörtern, die ja nicht allein Sache der Regierung und der Fraktion sind. Das gilt insbesondere für Fragen, bei denen sich das Spannungsfeld

⁷³ Vom 27. August bis 19. September 1960. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 65f.

Bund-Länder zeigt. Hier müssen wir eine politische Konzeption erarbeiten, wie das bei der Fernsehfrage leider nicht geschehen ist. Das gilt aber auch für die Steuergesetze. Herr Etzel hat vorgetragen, welche Überlegungen angestellt werden. Die Frage der Steuergesetzgebung ist von erheblicher Bedeutung. Wir müssen uns im Bundesvorstand zwischen dem Bund und den Ländern schlüssig werden, was wir wollen, sonst geht der politische Effekt verloren, und es treten unangenehme Spannungen auf. Bei diesen Fragen ist die politische Funktion des Bundesvorstandes sehr stark gegeben.

Adenauer: Herr Stoltenberg! Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß die Ministerpräsidenten erscheinen. (*Stoltenberg:* Selbstverständlich!) Sie haben aber gehört, daß die Herren das Wort, das sie gegeben haben, nicht gehalten haben. Es war eine Einigkeit vorhanden. Und ich glaube nicht, daß die Einigkeit hier einen sehr viel tieferen Eindruck auf die Herren machen wird. Hier ist die Struktur unserer Partei der Grundfehler; denn die Landesparteien waren früher da als die Bundespartei, weil die Länder vor dem Bund da waren. Bei den Sozialdemokraten aber hat man die alte Organisationsform einfach wieder übernommen. Und weil es eine starke Zentralführung bei der Sozialdemokratie gibt, ist es z.B. auch so, daß die ganzen Angestellten der Sozialdemokratie in den Ländern von der Zentrale bezahlt werden. Sie werden auch von der Zentrale befördert. Man hat dort ein reguläres System der Beförderungen eingerichtet und hat dadurch den Apparat vollkommen in der Hand der Zentrale.

Bei uns ist es völlig anders. Jedes Land macht es für sich. Sie kommen nur zur Zentrale, wenn sie Geld haben wollen. Ich muß sagen, ich weiß nicht, wie Sie die absolute Selbständigkeit der Landesparteien ändern wollen. Das ist nach meiner Meinung ein ziemlich hoffnungsloses Beginnen.

Sie haben von den Steuergesetzen gesprochen. Was will der Herr Etzel? (*Stoltenberg:* Er sprach von der Umsatzsteuer, die den Bund und die Länder gleichermaßen berührt.) Nehmen Sie diese Überlegungen nicht zu tragisch. Es ist von Herrn Etzel kein Programm aufgestellt worden, denn dafür war das Gremium nicht die richtige Stelle. Ich würde es niemals zulassen, daß der Bundesfinanzminister vor einem Gremium, dem die Herren Blessing und Abs angehören ... (*Stoltenberg:* Nein, es war eine andere Besprechung, Herr Bundeskanzler! – *Krone:* Es ist überlegt worden, daß man teilweise eine Umsatzsteuerreform durchführt. Das ist einer der Punkte für das Wahljahr.) Damit sind Sie einverstanden? (*Krone:* Ja!) Die Steuereinnahmen sind unerwartet hoch. Ich habe heute die Übersicht bekommen, wie hoch sie steigen. Die Länder bekommen am meisten, nämlich 19 % mehr. Der Bund hat etwa 12 bis 13 %, die Gemeinden 10 %. Aber die Länder, das sind die Neureichen. Ich kann sie nicht anders bezeichnen. Herr Dufhues! Mir hat ein empörter Mann aus Nordrhein-Westfalen geschrieben, daß Sie jetzt eine Staatsoper in Düsseldorf bauen wollen. (*Dufhues:* Ich baue keine Staatsoper in Düsseldorf. Nennen Sie mir den Namen!) Ich werde dem Herrn schreiben. Ich habe ihm noch nicht geantwortet. Ich lese jetzt, daß Nordrhein-Westfalen für rund 20 Millionen moderne Kunst anschaffen

will, daß es sich eine Gemäldegalerie der modernen Kunst zulegt.⁷⁴ Dabei höre ich die Klagen darüber, wie die Museen in den Gemeinden und Städten verkommen. (*Dufhues*: Ihr Sohn war bei mir!) Ich will Ihnen sagen, wer zu mir kommt. Morgen kommt der Vorsitzende des Vereins für Denkmalpflege im Rheinland zu mir, und zwar mit bitteren Beschwerden, weil Sie nichts tun. (*Dufhues*: Das stimmt nicht!) Sie kennen den Herrn Flecken⁷⁵; er kommt zu mir, weil er sagt: Ich weiß mir nicht mehr zu helfen. (*Dufhues*: Jetzt sprechen Sie für Köln!)

Ich habe in einem Artikel gelesen, daß man das Museum für Ostasiatische Kunst⁷⁶ verkommen läßt. Ich kenne es von früher her; es war geradezu einmalig für Deutschland. Dabei redet heute jeder von Asien. Ich kann mir nicht helfen! Es ist so, daß die Länder jetzt wieder 19 % mehr an Steuern haben, und die anderen haben viel weniger. Die Länder sind die Neureichen. Unter uns empfehle ich, Ministerpräsident zu werden. Das ist eine aussichtsreiche Stellung, sie nehmen viel Geld ein, sie bauen schöne Sachen usw. Das alles können sie machen. In Düsseldorf – das schrieben mir auch Leute – soll jetzt eine neue Universität gebaut werden.⁷⁷ (*Dufhues*: In Stuttgart spielt das eine Rolle, in Nordrhein-Westfalen nicht!) Die Stuttgarter machen das aus den Spielkasinos. Wenn ich ein Gesetz zu machen hätte, dann würde ich sämtliche Spielhöhlen in der Bundesrepublik verbieten. Aber Sie haben ja keine. Haben wir niemand von Rheinland-Pfalz hier? (*Zurufe*: Doch!) Dann sagen Sie das dem Herrn Altmeier, ich hätte es zur Sprache gebracht. (*Süsterhenn*: Die haben wir seinerzeit mit bischöflicher Genehmigung errichtet! – *Lebhafte Heiterkeit*.) Lieber Herr Süsterhenn! Niemandem ist es versagt, klüger und besser zu werden. Auch Ihnen nicht. (*Süsterhenn*: Herr Bundeskanzler! Ich bin ja nicht Mitglied des Kabinetts; ich bin da völlig einflußlos!)

Erhard: Es ist nicht die Schuld der Ministerpräsidenten, wenn ihnen durch die Einkommen- und Lohnsteuer das Geld zufließt. Aber es ist zu erwarten, daß der Segen bis zum Ende des Jahres noch viel kräftiger wird. Die Länder haben im Augenblick über zwei Milliarden auf der hohen Kante liegen. Das ist konjunkturpolitisch außerordentlich gut. Es wird noch mehr werden. Und wenn eine Zusammenarbeit, wie sie Herr Stoltenberg vorgeschlagen hat, zwischen der Partei, dem Bund und den Ländern fruchtbar wird, könnte man von der Seite aus eine gute konjunkturpolitische Wirkung erzielen. (*Dufhues*: Ich lege jährlich etwa 300 Millionen auf die hohe Kante für Wiedergutmachungsleistungen, die bis zum 1. März 1963 abgewickelt, aber nicht ausgezahlt werden können, weil die Leute nicht nachkommen.) Ich kenne die Entwicklung. Ich freue mich, wenn dieses Geld stillgelegt wird. Nur müßte das

⁷⁴ Vgl. MEYERS S. 391–413.

⁷⁵ Dr. Adolf Flecken (1889–1966), 1950–1952 Innen- und 1952–1956 Finanzminister NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 209 Anm. 70.

⁷⁶ Museum für Ostasiatische Kunst, Museum und Bibliothek der Stadt Köln, gegr. 1909.

⁷⁷ Eröffnung der aus der Medizinischen Akademie hervorgegangenen Universität am 14. Februar 1966.

beschlossen sein. Wir müßten einig sein, daß wir diese Politik führen, solange diese Hochkonjunktur andauert.

Adenauer: Das Abkommen zwischen Bund und Ländern über den Finanzausgleich ist unter ganz anderen Voraussetzungen damals von Herrn Schäffer abgeschlossen worden.⁷⁸ Ich habe an den Besprechungen immer teilgenommen. Ich muß sagen, das ging ziemlich geräuschlos zu. Es war kein großer Krach. (*Dufhues:* Weil Nordrhein-Westfalen nicht beteiligt war! – *Zurufe:* Doch! – *Unruhe.*) Herr Schäffer gab immer nach. Er hat aber immer die Einnahmen unterschätzt. Und damit haben ihn die Ministerpräsidenten gefangen, indem sie sagten: Wir versprechen dir soundsoviel, und darauf fiel er hinein.

Von Hassel: Ich bin der Auffassung, daß Herr Stoltenberg völlig recht damit hat, daß wir diese Fragen miteinander besprechen müssen. Es gibt niemand hier in diesem Bundesvorstand, der nicht der Meinung ist, daß gewisse Dinge auf steuerlichem Gebiete geschehen sollten. Aber wenn Sie die Gewerbesteuer korrigieren, kommen sofort die Gemeinden, die Oberbürgermeister und Landräte und zerreißen die Dinge, weil sie sagen, das sei ein Einnahmeausfall für die Gemeinden.

Wenn Sie also eine Steuerkorrektur beschließen, müssen Sie vorher die CDU-Ministerpräsidenten auf Ihrer Seite haben. Ich bin davon überzeugt, daß man sie mit guten Argumenten dazu bekommen wird. Wenn dabei der Bund allein diese Steuerordnung beschließt, die zu 36 % zu Lasten des Bundes, aber zu 65 % zu Lasten der Länder geht, dann werden Sie im Bundesrat sofort Schwierigkeiten bekommen. Es ist nicht so, daß die Länder im Gelde schwimmen. Schleswig-Holstein hat größte Schwierigkeiten, seinen Etat in Ordnung zu bringen. Rheinland-Pfalz wird es nicht anders gehen als uns. Ich übersehe die Situation in Bayern nicht. Aber Schwierigkeiten sind da durch die kolossalen Unterschiede. Man müßte sich zusammensetzen und darüber sprechen, wie man den Finanzausgleich innerhalb der Länder abbaut. Ich wäre also sehr dankbar, wenn ein Gespräch über die Steuer stattfände.

Adenauer: Das soll jetzt nicht geschehen, sondern soll später erfolgen, aber nicht vor der Wahl. Wir wollen vor der Wahl möglichst wenig Unruhe stiften. Im übrigen möchte ich Ihnen, Herr von Hassel, über Schleswig-Holstein folgendes sagen. Ich hatte die Freude, mit Ihnen durch Schleswig-Holstein zu fahren. Kurze Zeit darauf bin ich durch Teile von Rheinland-Pfalz, durch die Eifel und den Hunsrück gefahren, und da habe ich gesagt: Gott, was sieht es in Schleswig-Holstein besser aus als in Rheinland-Pfalz, als in der Eifel. Das hat Herr von Hassel mit stiller Hand – er hat ein Händchen dafür – alles gemacht, und Schleswig-Holstein ist Gott sei Dank wunderbar im Schuß, während Teile der Eifel noch jammervoll sind.

Weber: Ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein fragen, wieso es möglich ist, daß der Ordinarius und Direktor einer Kinderklinik, der an den Euthanasiefällen stark beteiligt gewesen ist, heute immer noch dort in der Leitung

⁷⁸ Gesetz vom 23. Dezember 1955 – BGBl I S. 817. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 291–330; MUSCHEID S. 41.

steht.⁷⁹ Sie glauben gar nicht, wieviel wir von den Leuten gefragt werden, wie so etwas möglich ist. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich habe Herrn Hoogen geschrieben, er möchte die Sache vor den Rechtsausschuß bringen. Ich wollte es hier nur sagen.

Von Hassel: Es tut mir sehr leid, Frau Weber, ich kann nichts Näheres dazu sagen. Herr Kollege Osterloh kennt die Angelegenheit. Er hat mir heute morgen einiges darüber berichtet. Ich war in Afrika und weiß nicht, ob und was er ...

Adenauer: Herr von Hassel! Geben Sie Frau Weber schriftlichen Bescheid darüber.

Weber: Ich will nur sagen, Herr Bundeskanzler, daß sich weite Kreise der Bevölkerung darüber mehr aufregen als über manche andere Frage. Und ich muß sagen, wenn man in Kiel den Ordinarius und Direktor einer Kinderklinik, der so etwas begangen hat, damit entschuldigt, daß die Sache verjährt sei, dann beruhigt man damit nicht das Volksgemüt!

Von Hassel: Herr Professor Catel, der nichts mit der CDU zu tun hat, ist in Hessen im Jahre 1947 entnazifiziert worden. Er ist verteidigt worden von dem unanfechtbaren Rechtsanwalt von Schlabrendorff⁸⁰. Er ist eingestuft worden in Gruppe fünf. (*Weber*: Leider!) Ich habe es ja nicht getan, Frau Weber! Aber es ist im Lande Hessen gewesen, das bei der Entnazifizierung nicht gerade zart besaitet vorgegangen ist. Man hat ihm angerechnet, daß durch sein Eintreten in der Euthanasie unzählige Kinder gerettet worden sind. (*Weber*: Es sind auch unzählige Kinder umgebracht worden!) Herr Osterloh wird Ihnen einen Brief schreiben. (*Weber*: Ich werde veranlassen, daß die Sache vor den Rechtsausschuß kommt!)

Adenauer: Lassen Sie mich nun ein allgemeines Wort sagen. Wir werden unsere Bundesgeschäftsstelle außerordentlich verstärken müssen, weil – wie ich heute morgen ausgeführt habe – der Wahlkampf sehr intensiv geführt werden muß. Nun höre ich zu meiner unangenehmen Überraschung, daß Herr Löser⁸¹ und noch jemand – auf den Namen komme ich nicht – uns verlassen werden. (*Kraske*: Herr Löser ist zum Freien Fernsehen gegangen!) Es werden noch mehr folgen. (*Weber*: Stellen Sie sich vor, ich werde sogar in der Liste der Bundesgeschäftsstelle als Helene Wessel geführt! – *Lebhafte Heiterkeit*.) Das finde ich erschütternd! Also, meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen folgendes sagen: Sie wissen, daß mein persönlicher Referent, Herr

79 Dr. Werner Catel (1894–1981), Professor für Kinderheilkunde; 1933 o. Professor und Direktor der Universitätskinderklinik Leipzig, 1947 Chefarzt der Landeskinderheilstätte Mamolshöhe, 1954 o. Professor und Direktor der Universitätskinderklinik Kiel, 1960 emeritiert. Vgl. auch BRAUNBUCH S. 320.

80 Dr. Fabian von Schlabrendorff (1907–1980), Jurist; an Attentatsplänen auf Hitler beteiligt, 1945–1967 Anwalt und Notar, 1967–1975 Richter am Bundesverfassungsgericht Karlsruhe.

81 Dr. Max Löser (1909–1971), 1956–1962 Rundfunk- und Fernsehreferent der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1960 Eintritt in die Programmdirektion Freies Fernsehen GmbH, 1962 Chefdramaturg Programmdirektion (ZDF). Vgl. BAUSCH 1 S. 426 und 496.

Bach⁸², zum Generalkonsul für Hongkong ernannt worden ist. Es ist eine sehr gute Position. Auf meine Bitte wird er auf ein Jahr, ab 1. Oktober, beurlaubt werden, damit er als Verbindungsmann zwischen mir als dem Vorsitzenden der CDU und der Bundesgeschäftsstelle dient. Ich glaube, daß das für das Ganze sehr gut ist. Es wird der Bundesgeschäftsstelle und uns allen zugute kommen.

Nun haben wir noch über die Kommunalwahlen zu sprechen. Wir müssen erst wissen, wann und wo sie stattfinden. (*Dufhues*: Das liegt beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Ich kann kurz dazu Stellung nehmen.) Wann wird der Termin sein?

KOMMUNALWAHLEN 1960

Dufhues: Das Bundesverfassungsgericht hat sich vor einigen Wochen mit dem Kommunalwahlgesetz des Saarlandes befaßt.⁸³ Das Urteil hat eine völlig neue Entwicklung in der Beurteilung verfassungsrechtlicher Fragen zum Kommunalwahlgesetz eingeleitet und zum Ausdruck gebracht, daß im allgemeinen und gesamten politischen Leben der Vorrang der politischen Parteien anerkannt werde, daß aber dieses Prinzip, das im Grundgesetz verankert sei, eingeschränkt werde für den Bereich der Gemeinden durch das Prinzip der Selbstverwaltung. Und aus diesem Prinzip heraus hat das Bundesverfassungsgericht die Auffassung entwickelt, es müsse durch die Kommunalwahlgesetze sichergestellt werden, daß ehrenwerte und angesehene Persönlichkeiten auch außerhalb der Parteien die Möglichkeit haben, chancengleich am Kommunalwahlkampf teilzunehmen.

Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Kommunalwahlgesetze der verschiedenen Länder. Das Kommunalwahlgesetz des Saarlandes ist für rechtswidrig erklärt worden, weil dort nur die politischen Parteien die Möglichkeit hatten, Wahlvorschläge aufzustellen. Das Gesetz von Niedersachsen muß geändert werden, weil dort mit Sicherheit die Chancengleichheit der sogenannten ehrenwerten und verdienten Persönlichkeiten nicht gewährleistet ist. Von allen Wahlgesetzen, die in Geltung sind, kommt das von Nordrhein-Westfalen am meisten den Grundsätzen entgegen, die das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat.

Nun sind wir im Vorstand der CDU-Fraktion in Düsseldorf der Meinung, daß wir nach Möglichkeit die vom Bundesverfassungsgericht für richtig gehaltene Förderung der sogenannten freien Wählervereinigungen und Rathausparteien verhindern sollen. Wir stehen vor einer Entwicklung, die gerade den Wählerbereich der CDU empfindlich berührt. Wenn wir in den einzelnen Gemeinden und Kreisen diesen sogenannten

82 Dr. Franz-Josef Bach (geb. 1917), Ingenieur; 1950 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1957–1961 persönlicher Referent von Bundeskanzler Adenauer, 1961–1964 Generalkonsul in Hongkong, 1964–1968 Botschafter in Teheran, 1969–1972 MdB (CDU).

83 Beschluß vom 12. Juli 1960 (BVerfGE 11, Nr. 30).

ehrenwerten und verdienten Bürgern die Möglichkeit geben, sich politisch besonders zu organisieren, wird das auf die Dauer zunehmen, und es wird nicht ohne Auswirkung bleiben auf die Länder und den Bund. Das gleiche gilt in hohem Maße für die FDP und andere Parteien. (*Zurufe*: Dann kommen die alten Nazis wieder!) Wir sind aus politischen Gründen der Meinung, daß wir im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten einer solchen Entwicklung negativ zu begegnen haben. Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge läuft am 26. September ab. Diese Frist ist so kurz, daß jede Rathauspartei uns nach der Wahl vom 23. Oktober würde vorhalten können: Wir haben keine Möglichkeit gehabt, die Wahl vorzubereiten. Dann würde mit Sicherheit die Wahl für ungültig erklärt. Ich kann also nicht das Risiko in Kauf nehmen, daß die Wahl wiederholt werden muß. Außerdem wirken sich Bedenken gegen die Gültigkeit eines Wahlgesetzes naturgemäß auch auf die Wahlbeteiligung aus.

Nun zum Verhältnis der Kommunalwahlen zu den Bundestagswahlen, soweit der Termin in Frage kommt! Wir haben die Auffassung vertreten, daß die Kommunalwahlen kein Test für die Bundestagswahlen sind. Je näher aber die beiden Wahltermine beieinanderliegen, um so mehr wird die Wahlfreudigkeit der Bevölkerung dadurch berührt. Hier würde sich ein negatives Ergebnis der Kommunalwahl negativ auf die Bundestagswahl auswirken. Ich werde nach den bisherigen Feststellungen damit rechnen können – das hat mir Herr Senatspräsident Katz⁸⁴ vom Bundesverfassungsgericht durchgegeben –, daß Ende Oktober über das Wahlgesetz entschieden wird. Wenn die Rechtsgültigkeit des Wahlgesetzes bestätigt wird, kann ich sofort einen neuen Termin festsetzen, der etwa zweieinhalb Monate nach diesem Datum liegen kann. Früher ist es nicht möglich.

Wenn der Spruch des Gerichts dahin geht, daß das Wahlgesetz geändert werden muß, dann muß das Parlament eingeschaltet werden. Ich bin der Meinung, daß das Parlament in sehr kurzer Frist dem Spruch von Karlsruhe Rechnung tragen wird, aber die Frist von zweieinhalb Monaten läuft dann vom Zeitpunkt des geänderten Wahlgesetzes. Deshalb ist es mir nicht möglich, bereits heute zu sagen, wann die Wahl stattfinden wird. Ich kann zwar den Wahltermin festsetzen, aber es ist der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Legislaturperiode am 1. April abläuft. Irgendwie muß der Termin in der Nähe des Ablaufs der Legislaturperiode liegen.

Und nun sagen die Oberstadtdirektoren: Von Ende Januar bis Aschermittwoch stehen z.B. in Köln und Düsseldorf die Lokale nicht nur für Wahlversammlungen zur Verfügung. Es ist also so, daß diesen technischen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden muß. Wir sind also in einer Zwangslage, und ich kann Ihnen daher, Herr Bundeskanzler, wegen des Termins keine sichere Auskunft geben.

84 Dr. Rudolf Katz (1895–1961), Jurist; 1947–1950 Justizminister von Schleswig-Holstein (SPD), 1948–1949 MdPR, seit 1951 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

Adenauer: Wann finden die Kommunalwahlen in den anderen Ländern statt? (*Kraske:* In Rheinland-Pfalz und Niedersachsen am 23. Oktober! – *Süsterhenn:* Wir bleiben dabei!)

*Wegmann*⁸⁵: In der rechtlichen Beurteilung stimmen wir nicht ganz mit Herrn Dufhues überein. Nach unserem Dafürhalten enthält der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts – es ist kein Urteil – eine ganz klare und eindeutige Formulierung, daß Wählergruppen zugelassen sind. Nach dem in Niedersachsen geltenden Wahlgesetz sind zugelassen politische Parteien und einzelne Wahlvorschläge. (*Dufhues:* Wir haben auch Wählervereinigungen zugelassen zur Direktwahl!) Das ist das, was das Bundesverfassungsgericht beanstandet hat. Es hat ausdrücklich gesagt: Auch freie Wählergruppen sind zugelassen, so daß nicht eine Vereinigung erforderlich ist, um solche Vorschläge zu machen.

Die Regierung hat von vornherein die Konsequenz daraus gezogen und eine Regierungsvorlage eingebracht, wonach die Wählergruppen zugelassen sind. Wir stehen vor der Frage, ob wir dieser Regierungsvorlage zustimmen sollen oder nicht. Wir wollen versuchen, einige Verbesserungen hineinzubringen, und zwar Listenverbindungen, die bisher ausgeschlossen sind. Im Ausschuß ist es gelungen; ob es im Plenum gelingen wird, weiß ich nicht. Wir wollen auch versuchen, die Briefwahl einzuführen. Die entscheidende Frage ist, ob wir einer dritten Lesung an einem Tag widersprechen. Ich glaube nicht, daß wir es tun werden, denn damit gewinnen wir höchstens drei Tage, und wir möchten daran festhalten, daß die Wahl am 23. Oktober stattfindet. Kommt sie in den Spätherbst hinein, dann stellen wir eine Wahlmüdigkeit fest. Wir fürchten, bei den Kommunalwahlen haben wir ein verhältnismäßig ungünstiges Wahlergebnis. Wir fürchten, daß das psychologische Wirkungen auf die Bundestagswahl haben wird.

Albers: Ich habe Ihnen telegrafisch die Meinung der Kölner Partei übermittelt, daß der 23. Oktober als Termin⁸⁶ beibehalten werden soll und daß das, was [sie] als Gefahr im Gesetz sehen, behoben werden muß. Aber jetzt stehen wir vor folgendem Faktum, daß nämlich die Wahl erst Mitte Januar oder noch später erfolgt, und im März/April sind bereits die Betriebsratswahlen. Ein großer Teil unserer Parteimitglieder und Parteifreunde ist bei diesen Wahlen engagiert. Und dann kommt schon bald der September mit der Bundestagswahl.

Wollen Sie mir einmal erklären, wie Sie das im Januar 1961 noch gut erledigen können? Es gibt auch eine Arbeitsteilung, die gilt auch für die Politik. Sie haben die Arbeitsteilung m.E. nicht genügend beachtet. Ich muß Ihnen offen sagen, Herr Dufhues, wenn Sie alle die Dinge, die ich angeführt habe, zusammennehmen, dann verlangen sie von unseren Leuten in Nordrhein-Westfalen etwas viel. Deshalb habe

85 August Wegmann (1888–1976), 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1955–1957 Innen- und 1957–1959 Finanzminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 335 Anm. 2.

86 Tatsächlich fand die Wahl am 19. März 1961 statt (AdG 1961 S. 8985).

ich die Bitte, sorgen Sie dafür, daß der 23. Oktober bleibt! Dann bekommen Sie auch den Segen von Köln, sonst nicht.

Dufhues: Auf den Segen von Köln werde ich in jeder Form zeit meines Lebens warten müssen! (*Zuruf:* Oho!) Ich werde ihn nicht bekommen! Aber es ist mir verfassungsrechtlich nicht möglich, den Termin bestehenzulassen. Uns sind Ihre Bedenken bekannt, Herr Albers. (*Albers:* Die Fraktion ist gar nicht zusammengekommen!) Der Vorstand der Fraktion! Die einfachste Form wäre die Rathauspartei, was ich aber politisch für bedenklich halte. Wenn ich diesen Ihren Bedenken Rechnung tragen will, dann muß ich ausgehen von der Tatsache, daß diese Änderung des Kommunalwahlgesetzes frühestens Mitte September durch den Landtag wird beschlossen werden können. Am 26. September läuft die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge ab, eine Frist, die erst durch das neue Gesetz auch für die Rathausparteien in Kraft gesetzt wird. Damit bleibt den Rathausparteien eine Frist von zehn Tagen. Es entspricht allgemeinen Grundsätzen des Verfassungsgerichts, daß das keine ausreichende Frist ist. Mit dieser Begründung wäre mir eine Wahl am 23. Oktober mit tödlicher Sicherheit für rechtsungültig erklärt worden. Ich war einfach genötigt, diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen und den Termin vom 23. Oktober aufzuheben. Ich habe die Hoffnung, daß wir dann den Lücke-Plan und die Reform der Krankenkassenversicherung besser an die Wahl heranbringen, als dies im Augenblick möglich ist.

Adenauer: Herr Bitter! Würden Sie uns einen Vortrag halten über die bisher getroffenen Vorbereitungen?

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Kommunalpolitischen Vereinigung nicht die Aufgabe, den Kommunalwahlkampf als solchen zu führen, aber wir haben die Aufgabe, der Partei zu helfen, um den Wahlerfolg möglichst groß zu machen. Unsere Wahlhilfe besteht darin, die Kontraste aufzuzeigen, die zwischen unserem Wollen als Christlich-Demokratische Union in den Rathäusern und der Praxis des politischen Gegners, insbesondere der SPD, bestehen.

Wir haben in einem großen Ausmaß im Jahre 1958 mit einer Materialsammlung begonnen, die wir unter dem Titel „Wenn sie an der Macht sind“ herausgebracht haben.⁸⁷ Wir haben diese Broschüre mit dem gleichen Titel im Jahre 1959 herausgebracht. Wir haben jetzt unter Berücksichtigung des Godesberger Programms der SPD die dritte Broschüre herausgebracht, mit der sich die Sozialisten auf ihrem Mainzer Parteitag beschäftigen mußten. Das ist ihnen ins Gebein gegangen. Sie haben feststellen müssen, daß wir nicht in einem einzigen Punkt angreifbar waren. Sie haben ihren Leuten – wie man so sagt – etwas auf den Zylinder gegeben hinsichtlich der Taktik, die diese mehr beachten sollen.

Und nun einige Stichworte zu dem Kontrast zwischen unserem Wollen und den Tatsachen der Sozialdemokraten, wie diese sich in den Rathäusern benehmen! Es gibt

⁸⁷ Vgl. Nr. 12 Anm. 76. Insgesamt sind vier Auflagen nachweisbar: Die erste 1958 (72 S.), die zweite 1959 (147 S.), die dritte 1960 (171 S.) und die letzte 1962 (168 S.).

eine Personalpolitik der Sozialdemokraten, die zum Teil zum Himmel schreit. Ich bitte Sie, das im einzelnen nachzulesen. Das ist ein Katalog für sich. Es folgen dann die Fragen der Kulturpolitik, der Erwachsenenbildung usw. Und hier kann man feststellen: Sie können in den Ländern die beste kulturpolitische Gesetzgebung machen, aber in den Rathäusern wird sie von der roten Mehrheit sabotiert. (*Weber*: Warum haben wir denn eine rote Mehrheit? – *Adenauer*: Weil sie die Mehrheit der Stimmen haben! – *Heiterkeit*. – *Adenauer*: Aber fahren Sie doch fort, Herr Bitter!)

Anhand unserer Broschüre läßt sich feststellen, welch große Unzulänglichkeiten in den roten Rathäusern gegeben sind. Hier fehlt leider von unserer Seite jeder Offensivgeist, den der Herr Bundeskanzler mit Recht und aus gutem Grund von unseren Kommunalleuten verlangt. Ich kann nur einige wenig Rathäuser aufzeigen, wo es anders ist. Insbesondere in Köln sind diese Dinge nunmehr zum Tragen gekommen. Hier ist ein neues Fluidum hineingekommen. Ähnlich ist es in Bottrop, Gladbeck, Duisburg, Essen. Aber es gehört eine ungeheure Liebe und Geduld dazu, um die Leute dahin zu bringen, daß sie in entscheidenden Fragen den Sozialdemokraten widersprechen und das tun, was von unseren Grundsätzen aus verlangt werden muß.

Wir haben eine Broschüre herausgebracht: „Was soll uns die christliche Gemeinde bedeuten?“⁸⁸ Hier sind zunächst die Grundlagen christlicher Kommunalpolitik unter spezifischen katholischen Gesichtspunkten herausgestellt worden. Dann hat zweitens Minister Dr. Schmidt unter spezifisch evangelischer Sicht dazu geschrieben. Das kommt alles gut an. Die Konferenzen im vorpolitischen Raum sind vielfach besser besucht als die Besprechungen, die wir im parteipolitischen Raum haben.

Wir haben mit großer Freude begrüßt, daß einige Landesregierungen dazu gekommen sind, starke Wahlhilfe zu leisten. Sehr wichtig ist hier eine Broschüre, die das Land Nordrhein-Westfalen herausgebracht hat, und zwar eine grundsätzliche Rede des Ministerpräsidenten Dr. Meyers über das, was das Land Nordrhein-Westfalen für die Gemeinden getan hat.⁸⁹ Die Sozialdemokraten haben die Parole ausgegeben, daß in jedem Falle, wo die Mehrheit gegeben ist, die Propagandamaschine auf Hochtouren gesetzt wird. Sie verkünden, alles das, was im Wohnungsbau, mit den Krankenhäusern usw. geschehen ist, sei praktisch nur ein Erfolg der SPD. Dem können wir nur begegnen, wenn wir der SPD die amtlichen Zahlen vom Bund und den Ländern entgegenhalten.

Was möglich war, ist bisher geschehen. Nun stehen wir vor einer Riesenaufgabe. In der Bundesrepublik gibt es 24.000 Gemeinden, davon 20.000 mit mehr als 3.000 Einwohnern. In diesen 24.000 Gemeinden sind 300.000 ehrenamtliche Leute tätig,

88 Titel nicht zu ermitteln. – Vgl. aber: Grundlagen christlicher Kommunalpolitik. Die Gemeinden: Gemeindeleben und Gemeindepolitik (=Schriftenreihe des Kommunal-Verlages). Recklinghausen o.J. (28 S.).

89 Franz MEYERS: SPD-Gemeinden leben von der CDU-Landespolitik. Rede auf dem außerordentlichen Landesparteitag der CDU Rheinland in Opladen am 2. Juli 1960. In: ACDP-PRESSEDOKUMENTATION, Franz Meyers, Reden.

davon 180.000 von der CDU. Daraus mögen Sie ermessen, welche Bildungsarbeit hier zu leisten ist. Wir sind eine Wählerpartei, und es fehlt uns weithin an der notwendigen Apparatur. Ich hoffe, daß diese Dinge langsam, aber sicher behoben werden.

Dufhues: Der Kommunalwahlkampf liegt entscheidend bei der Parteiorganisation, und es wird notwendig sein, daß sich die Landesverbände ein bißchen abstimmen. Mir scheint, daß bei dem, was Herr Bitter gesagt hat, die psychologische Situation eines Wahlkampfes nicht hinreichend berücksichtigt worden ist. Es wird darauf ankommen, die richtigen Parolen zu finden und gleichzeitig der differenzierten Situation des Verhaltens unserer politischen Freunde in den Rathäusern Rechnung zu tragen.

Wir müssen die Parole „Vom Machtmißbrauch der SPD“ herausgeben, und zwar wegen ihres Verhaltens in der Personalpolitik. Nach dem Gesetz der hämmernden Wiederholung muß die Parole „Machtmißbrauch der SPD“ immer wieder gehämmert werden. Wir dürfen nicht allzuviel Material in die Wahlreden hineinbringen. Wir müssen zweitens die Parole herausgeben, daß die SPD einen zu großen Aufwand getrieben hat. Sie hat dem Antrag der CDU auf Herabsetzung der Gewerbesteuer nicht stattgegeben.⁹⁰ Wir werden die Verschwendungstendenzen der SPD zum Ausdruck bringen müssen. Dabei können wir den Aufwand erwähnen, der jetzt in Marl-Hüls geplant ist.⁹¹

Wer die Statistik der Wahlergebnisse durcharbeitet, wird feststellen, daß wir in den Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern in Nordrhein-Westfalen vor der SPD liegen, daß aber in den Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern die SPD in der Regel den Vorrang hat. Es ist selbstverständlich, daß wir das flache Land fördern müssen. Hinzu kommt das, was der Herr Bundeskanzler angeschnitten hat, daß nämlich entscheidende Maßnahmen zur Strukturverbesserung, vor allem in der Eifel, aber auch im Münsterlande, in Angriff genommen werden müssen. Es ist sehr schwierig, die Wahlthesen eines Kommunalwahlkampfes so zu formulieren, daß sie a) richtig bleiben, b) aber gleichzeitig so einfach sind, daß sie überzeugend ankommen. Dieser Aufgabe sollten wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Es wird notwendig sein, daß wir für den Kommunalwahlkampf Schwerpunkte bilden. Es hat keinen Zweck, die gesamte Prominenz der CDU über das Land zu streuen. Wir müssen in den einzelnen Landesverbänden die Mehrheit der SPD umwandeln in eine Mehrheit der CDU. Das gilt für einige Städte des Industriegebietes, auch für Bielefeld, Herford usw. Im Rheinland sind es Köln, Düsseldorf, Krefeld, Essen usw. Hier liegen Möglichkeiten, die Mehrheit der SPD zu beseitigen.

90 Regierungsvorlage: Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1960 – NW Drs. 190, eingebracht am 16. Dezember 1959 (4. WP Sten.Ber. S. 931–939).

91 Die SPD-Mehrheit im Rat der Stadt Marl hatte beschlossen, DM 15.000,- für eine Propagandaschrift aus dem Etat der Stadt bereitzustellen. Vgl. dazu den Beitrag „Aus Steuern bezahlt. Propaganda für SPD-Mehrheiten in den Gemeinden“ in: UiD Nr. 36 vom 8. September 1960.

Beim Einsatz der Redner und bei den sonstigen Mitteln sollten wir gerade diese Schwerpunkte besonders berücksichtigen.

Seit Monaten ist die Arbeit im vorparlamentarischen Raum im Gange. Ich kann bestätigen, was Herr Bitter gesagt hat, daß die Kommunalpolitische Vereinigung entscheidend mitgewirkt hat, die Kontakte zu den vielfältigen Vereinigungen des kirchlichen und kulturellen Lebens zu pflegen. Auch die Bürgerversammlungen werden in erfreulichem Maße besucht. Im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen wird in diesem Jahr auch eine zentrale Plakatierung stärker durchgeführt. Es stehen auch mehr Filmgeräte usw. zur Verfügung.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat uns sehr geholfen. Ich hoffe, daß mit diesen technischen Mitteln ein viel größerer Kreis als bisher erfaßt werden kann.

Wir werden ferner eine Wahlzeitung herausgeben, die möglichst aktuell und anschaulich ist.⁹² Wir haben die Absicht, in Westfalen mit einer Auflage von über fünf Millionen herauszukommen.

Das sind im wesentlichen die Vorbereitungen, mit denen wir den Wahlkampf beginnen, und zwar etwa einen Monat vor dem endgültigen Termin, der heute noch nicht genannt werden kann. Vorher laufen täglich Pressekonferenzen mit Redakteuren der lokalen Seiten. Wir sollten erkennen, daß der lokale Teil wichtiger ist als die erste und zweite Seite einer Zeitung; denn mit dem lokalen Teil sprechen wir vor allem die Frauen und die jungen Menschen an.

Adenauer: Eine Anzahl der Fragen, die sich aufgedrängt hatten, hat Herr Dufhues beantwortet. Ich darf etwas zusammenfassen: Ich glaube, bei den Gemeinden bis zu einer gewissen Größe – etwa 20.000 Einwohner – können wir ziemlich beruhigt sein. Wir dürfen sie aber in keiner Weise vernachlässigen, aber wir brauchen dafür wohl nicht unsere besten Kräfte verwenden. Die Schwerpunktbildung, die Bildung von Brennpunkten, die erscheint auch mir absolut notwendig. Ich habe mir von unserer Bundesgeschäftsstelle ein Verzeichnis der Großstädte in Nordrhein-Westfalen geben lassen, und zwar mit den Stimmen der letzten Kommunalwahl. Es ist klar, was wir in Jahren versäumt haben, können wir nicht mit einem Schlag wiedergutmachen. Wir müssen uns konzentrieren auf einige wenige Städte, aber da mit ganzer Kraft, denn diese werden in der Folge schon weiterwirken. Herr Dufhues hat aus dem Rheinland die Städte genannt, die ich auch nennen würde. Ich weiß nicht, ob in Westfalen so viele, wie Sie genannt haben, zu holen sind. Aber das müssen Sie besser wissen. (*Dufhues:* Die Bedenken teile ich!) Wir müssen uns also konzentrieren auf ganz bestimmte Städte, um da wirkliche Erfolge zu erzielen.

Sie haben von der Verschwendungssucht und dem Machtmißbrauch gesprochen. Aber ist es nicht so, daß in den meisten Gemeinden die CDU-Leute dieselbe Schuld tragen wie die SPD? (*Zurufe:* Ja!) Wir können nicht über Machtmißbrauch und

⁹² Denkt an morgen! Hrsg. v. Westfälische Monatsblatt GmbH. Dortmund o.D. (12 S.) in ACDP III-002-352/1.

Verschwendungssucht große Reden halten, wenn die CDU-Leute das mitgemacht haben. Diese Frage müssen wir beachten, oder wir müssen andere Kandidaten aufstellen.

Jetzt komme ich auf die Frage der Kandidaten. Und hier sind die Meinungen nach den Zuschriften, die ich bekommen habe, sehr verschieden. Einige Leute glauben, der Kandidat sei wichtig. Andere sagen: Der Kandidat ist gar nicht wichtig. Ich kann es nicht beurteilen. In früheren Zeiten war es so, daß der Kandidat wichtig war. Wie es jetzt ist, weiß ich nicht. Aber ich fürchte, daß die Verfilzung in den Gemeinden zwischen der CDU und der SPD so stark ist, daß man es sich sehr wohl überlegen muß, ehe man die Worte „Machtmißbrauch“ und „Verschwendungssucht“ an die Wand malt, damit wir nicht mit unseren eigenen Leuten scheitern.

Auch die Jugend – Herr Stoltenberg ist leider nicht mehr hier –, die Junge Union müßte nicht nur bei der Arbeit, sondern auch bei der Aufstellung der Kandidaten ausgiebig berücksichtigt werden, um hier – und das ist mit ein Zweck der ganzen Tätigkeit in den Kommunen – herangebildet zu werden für die Landtage und schließlich für den Bundestag. Es kommen auch Klagen – verzeihen Sie mir, wenn ich das ausspreche –, daß zuviel alte Leute da sitzen, die nicht weggehen wollen. (*Zimmer*: Es gibt auch umgekehrt die Klagen, daß zuviel junge Leute vorn sitzen!) Wie denken Sie darüber: Wollen Sie den Wahlkampf mehr führen mit Argumenten aus der kommunalen Tätigkeit, wie Sie es eben ausgeführt haben, Herr Bitter, oder wollen Sie ihn führen mit den parteipolitischen Grundsätzen der CDU, oder wollen Sie beides nehmen, oder wollen Sie es je nach den Orten verschieden machen?

Die Landesparteien sollen den Kommunalwahlkampf führen. Wer soll ihn sonst führen? Das müssen sie machen. Aber da müssen die Landesparteien viel lebendiger und ihre Einrichtungen müssen verstärkt werden. Mein Eindruck mag falsch sein, aber nach meiner Meinung ist eine ungeheure Verfilzung vorhanden; die CDU-Leute machen, um Aufträge usw. zu bekommen, mit den Sozialdemokraten ruhig mit. Sie sagen: Wir haben uns alle gut vertragen, und zwar die ganze Zeit; warum auf einmal diesen Krach? Ich fürchte also am meisten, daß das nachher herauskommt.

Lücke: Ich unterstreiche, daß man den Wahlkampf nach kommunalen, aber auch nach politischen Gesichtspunkten führen muß. Die SPD wird einen großangelegten Wahlkampf führen, und zwar mit Willy Brandt an der Spitze, als Vorkampf für die Bundestagswahl. Herr Brandt ist vom Deutschen Städtetag leider Gottes wieder zum Präsidenten gewählt worden⁹³, obwohl das nicht üblich ist. Man hat gesagt, wegen der Gefährdung Berlins müsse man ihn über die Bundestagswahl hinaus sichern. Und dieser Mann läßt sich als Kandidat für die Bundeskanzlerwahl aufstellen!

Mit der Nominierung Brandts zum Präsidenten des Deutschen Städtetages erfolgt die zweite Parole, die die SPD nach vorne bringen wird: Junge Leute an die Front! So

⁹³ Auf dem Deutschen Städtetag in Augsburg vom 1. bis 3. Juni 1960 („Die Welt“ vom 4. Juni 1960).

etwas zieht bei vielen Leuten. So hat man die jungen Bürgermeister von München⁹⁴, Nürnberg⁹⁵ und Frankfurt⁹⁶ als Persönlichkeiten stark herausgestellt. Ich möchte die Bundespartei dringend bitten, daran zu denken, daß Persönlichkeiten entscheidend sind. Natürlich sind auch die sachlichen Argumente sehr wichtig, aber bei der ganzen Geschichte – und jede Illustrierte stellt die Figur heraus – wird der Wahlkampf geführt mit Willy Brandt.

Wissen Sie, Herr Krone, daß Herr Brandt an die Fraktionen herangetreten ist, ob die CDU z.B. bereit sei, die Gewerbesteuerreform zu unterstützen. Natürlich wird die SPD sagen: Selbstverständlich helfen wir. Und dann hat man den aktuellen Stoff, der dann breitgewalzt wird. Ich habe unsere Freunde von den kommunalen Spitzenverbänden gebeten – ich bedaure, daß Herr Schröder nicht mehr da ist –, den Parteiausschuß zu aktivieren, damit sich die Kommunalpolitiker, die die Verantwortung tragen, zu einem Gespräch mit unserem Freund Krone zusammensetzen, um sich abzustimmen. Die kommunalen Spitzenverbände sollten hart gegen die Agitation eines Spitzenverbandes angehen, der in seiner Satzung stehen hat, er sei neutral; aber vom Präsidium des Deutschen Städtetages, das restlos beherrscht wird von der SPD, wird Herr Brandt als Kanzlerkandidat in allen Großstädten sprechen.

Hier haben wir ein Problem, mit dem wir noch nicht fertig sind. Ich habe mit unseren Kölner Freunden gesprochen. Die Persönlichkeiten, die Oberbürgermeister werden sollen, müssen herausgestellt werden. Wir müssen die Leute verkaufen wie Persil, damit Lieschen Müller weiß, der und der wird Oberbürgermeister. Herr Burauen ist deshalb populär, weil er überall zu Karnevalssitzungen hingeht. Also, Köln wird versuchen, den Oberbürgermeister herauszustellen. Das muß auch in den anderen Städten gemacht werden. Wir müssen insbesondere zu dem Thema „Brandt – junge Generation nach vorn!“ einen Beitrag leisten. Hier wird ganz klar der Städtetag als kommunale Organisation mißbraucht, und mit ungeheuren Geldbeträgen der Großstädte wird Willy Brandt für die Bundestagswahl herausgestellt.

Ich möchte wünschen, daß sich unsere Bundesgeschäftsstelle mit Herrn Dr. Kraske an der Spitze darum bemüht und es übernimmt, daß die zuständigen Herren mit unserer Fraktion zusammenkommen, um sich darüber abzustimmen, was wir zu tun haben.

Herr Dufhues hat von Marl-Hüls gesprochen. In Marl wird die SPD gewinnen, weil Herr Heiland⁹⁷, ein rücksichtsloser Mann, sich dort durchsetzt. Aber bei uns sitzen die müden Krieger. (*Dufhues*: In Marl-Hüls wird von uns gekämpft!) Wenn wir nicht mit ganzer Kraft gegen die Aktion „Willy Brandt – junge Generation an die Front!“ angehen, dann sehe ich schwarz für die großen Städte. Gegen diese Parole der SPD muß unbedingt etwas unternommen werden, Herr Kraske!

94 Dr. Hans-Jochen Vogel (vgl. Nr. 12 Anm. 90).

95 Dr. Andreas Urschlechter (vgl. Nr. 12 Anm. 91).

96 Werner Bockelmann (vgl. Nr. 3 Anm. 85).

97 Rudolf-Ernst Heiland (SPD) wurde 1946 Bürgermeister der Stadt Marl und 1960 Bürgermeister des Amtes Marl (vgl. Nr. 3 Anm. 106).

Adenauer: Sie sind auch der Ansicht, Herr Lücke, daß wir einige Brennpunkte herausgreifen? (*Lücke:* Ganz klar! Gerade in den Brennpunkten müssen wir mit dieser Frage fertigwerden. Ich bin dafür, daß Herr Brandt einmal in seiner ganzen Entwicklung gezeigt wird. Das muß unbedingt geschehen! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Weber: Ich will auf einen Punkt eingehen, den ich gerade für das rheinisch-westfälische Industriegebiet am wichtigsten halte. Wer wird aufgestellt? Was haben wir für Kandidaten? Ich will nicht die Namen nennen, aber da werden doch Kandidaten aufgestellt, die können Sie im Wahlkampf nicht herausstellen. Sie können nicht sagen: Wählt ihn! Im übrigen ist im Kommunalwahlkampf in den verschiedenen CDU-Fraktionen des Industriegebietes eine Müdigkeit festzustellen, die überhaupt nicht zu beschreiben ist. Es herrscht auch großer Mangel an Persönlichkeiten. Die Sozialdemokraten stellen ihre Leute ganz anders heraus. Wir haben viel zu wenig Initiative. Die Bundespartei muß sich darum kümmern, daß gute Kandidaten aufgestellt werden, Leute, die auch gegen die SPD sprechen. Wir sind viel zu lahm! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich könnte irgendeine Stadt des Industriegebietes herausgreifen, müßte aber gleich sagen, welche Stadt im Industriegebiet ist heute nicht rot? Nicht rot sind Aachen, Rheydt, Mönchengladbach, und dann ist die Geschichte schon zu Ende! (*Albers:* Und Köln!) Ihr seid rot! Es ist alles rot! Ihre Broschüren in Ehren, aber werden sie denn von den Leuten auch gelesen? Ich fürchte, sie werden nicht genug gelesen. Es muß also eine ganz andere Propaganda gemacht werden. Wir müssen uns endlich darüber klar sein, daß wir in der Mehrzahl der Industriestädte überhaupt nichts mehr zu sagen haben, auch in kulturellen Fragen nicht. Das gilt auch für Essen. Wir werden einfach überstimmt.

Am meisten liegt mir die Aufstellung der Kandidaten am Herzen. Es müssen Männer und Frauen sein, von denen man sagen kann, die ziehen Zehntausende hinter sich her. Es gibt doch Persönlichkeiten, die eine starke Anziehungskraft ausüben, während bei anderen Rednern die Leute aus dem Saale laufen, weil sie deren langweilige Reden nicht anhören können. Auf diesem Gebiete tun wir im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet viel zu wenig. Auch im Zeitalter der Technik und der Automation übt der Mensch, die starke Persönlichkeit, nach wie vor ihren großen Einfluß aus, ja sie stellt nach wie vor einen Faktor ersten Ranges dar. Denken wir daran! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Entschuldigen Sie ein offenes Wort! Das geht nicht gegen Sie, Herr Dufhues; denn Sie sind noch nicht lange Vorsitzender der westfälischen Landespartei. Aber wenn ich mir die Liste vor Augen halte, die Sie, Herr Kraske, mir vor einigen Tagen gezeigt haben, nämlich die von Nordrhein und Westfalen, wenn ich daran denke, daß bis 1948 eine ganze Reihe von diesen Städten uns gehörten, die jetzt alle sozialdemokratisch geworden sind – Recklinghausen eingeschlossen –, dann muß ich Ihnen sagen: Daran sind die Landesparteien mit schuld! Da beißt keine Maus einen Faden ab! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Da aber in den großen Gemeinden und Städten die Handwerker oder die Kaufleute – ich kenne das von meiner Oberbürgermeisterzeit her – keine Aufträge bekommen, wenn sie nicht mit den

Sozialdemokraten zusammengehen, machen sie halt mit, und damit – ich wiederhole – verfilzt sich die ganze Geschichte, und aus sich heraus haben die Leute nicht die Kraft, davon loszukommen. Aber die Landesparteien haben eine ungeheuer große Aufgabe, jetzt von neuem anzufangen, wenn wir wieder in die Höhe kommen wollen.

Man sagt so oft, das wirkt sich auf die Bundestagswahl und auf die Landtagswahlen nicht aus. Ich behaupte aber, es wirkt sich doch aus, das ist ganz klar, und zwar auf die große Masse derjenigen, die sich parteipolitisch nicht binden wollen. Wir sollten daher in erster Linie den Vorsitzenden der westfälischen Landespartei, Herrn Dufhues, und den Vorsitzenden der rheinischen Partei, Herrn Johnen, bitten, gerade diesem Problem im Kommunalwahlkampf eine sehr intensive Arbeit zu widmen. Die Bundesgeschäftsstelle kann das nicht. Das ist auch nicht Aufgabe der Bundespartei. In der Partei auf lokaler Ebene ist kein Leben mehr drin! (*Weber*: Sehr richtig!)

Krone: Ich wende mich nicht gegen Broschüren, auch nicht gegen die Arbeit im vorparlamentarischen Raum, aber ich habe das Empfinden, als ob diese Argumente, Herr Bitter, mehr an den Verstand des Menschen gerichtet sind. Ich bin aber zu der Auffassung gekommen, daß sich die Demokratie nicht nur vom Verstande her leiten läßt, sonst gäbe es ja nicht diese Diskussion: Brandt oder Adenauer?

Wir sollten daher prüfen, ob wir nicht etwas aus der Agitation der Sozialdemokraten lernen können. Wenn wir z.B. für Bremen nicht einen Mann herausstellen, der symbolhaft ist wie früher der Herr Bundeskanzler für Köln, dann ist es für uns sehr schwer. Ich habe im Wahlkampf in Bremen mitgewirkt und gesehen, wie dort gearbeitet worden ist. Ich weiß auch, wie es in München gemacht worden ist. Man hat mit Sympathiekundgebungen für einen Mann geworben, der gar kein Münchener ist, und zwar ist das von der SPD-Baracke hier in Bonn gemacht worden. Man hat geprüft, was spricht in München am besten an. Die roten Brüder haben dann mit der Frauenkirche geworben! Es ist eine große Versammlung abgehalten worden in München, und Herr Brandt hat mit Shakehands den Herrn Vogel herausgestellt; er hat Frauenversammlungen und Kaffeeekränzchen besucht. Herr Brandt ist sogar mit Weißen Mäusen abgeholt worden.

Es kommt also auf die Methode an! Daraus sollten wir endlich lernen! (*Weber*: Sehr richtig! Höchste Zeit!) Auch für die Bundestagswahl sollten wir den „Nonvaleur“ Brandt nicht zu gering einschätzen. Ich kenne ihn von Berlin her. Wir müssen ihn schlagen mit den geeigneten Mitteln. Das ist meine Anregung für den Wahlkampf.

Bitter: Die Dinge sind in jeder Stadt anders. Sie können im Ruhrgebiet mit einer einzigen Parole keineswegs überall den gleichen Erfolg erzielen. (*Weber*: Es gibt doch Parolen, die die Menschen alle mehr oder weniger ansprechen! – *Zuruf*: Sehr richtig!) Aber die Frage, Frau Weber, mit den Persönlichkeiten ist nicht so einfach, wie Sie vielleicht meinen. Es ist keine leichte Sache, in Köln, Essen oder Duisburg Stadtverordneter zu sein. Hier ist eine völlig veränderte Situation gegenüber der vor-nationalsozialistischen Zeit entstanden, und zwar wegen der vielen Aufgaben, die auf die Leute zukommen. Früher war das eine Frage für den soliden Bürgersmann. Das ist heute eine Frage für den Manager geworden. (*Adenauer*: Daß das früher

so gewesen sein soll, ist völlig falsch!) Herr Bundeskanzler! Ich bin ja nicht neu in der Kommunalpolitik! (*Adenauer*: Ich bin lange genug in der Kommunalpolitik tätig gewesen!) Jedenfalls sehe ich eine völlig veränderte Situation gegeben. Die Frage ist nicht so glatt zu beantworten. Nun ist es geradezu unbegreiflich, wie blind unsere Freunde im Städtetag gewesen sind gegenüber unseren Mahnrufen, die wir von der Kommunalpolitischen Vereinigung gegeben haben. Wir haben die Bürgermeister angefleht: Ihr stellt ja nicht den Mann von Berlin, sondern ihr stellt den Kandidaten für den Bundeskanzler heraus. Aber die Leute haben nicht geglaubt. Und dieser Brandt steht am Tage darauf in München in der Bütt und paukt den Herrn Vogel heraus! In Nürnberg war es das gleiche. Er hat auch die Wahl im Saargebiet⁹⁸ beeinflusst.

Wir stehen hier also vor einer erschreckenden Unerfahrenheit im politischen Raum bei den Gemeinden. Es ist geradezu trostlos, wenn man sieht, daß diese Leute in einem Stadtparlament sitzen. (*Weber*: Wer stellt sie denn auf?) Und wenn sie keine klare Mehrheit haben, dann verlieren sie, wie der Herr Bundeskanzler bereits sagte, immer mehr ihr Profil als Christlich-Demokratische Union! Das ist die Schwierigkeit, in der wir stecken. Die Folgewirkungen im Ruhrsiedlungsverband und in den einzelnen Bezirken der Landschaftsverbände sind katastrophal.

Ich darf zusammenfassen: Herr Dufhues hat von den Lokalredakteuren gesprochen. Wir machen von der Unionspresse⁹⁹ seit vier Jahren planmäßig Besprechungen mit den Lokalredakteuren. Aber wenn irgendwo Geduld notwendig ist, dann ist es auf dem Gebiete der Kommunalpolitik. Wir können nicht verlangen, daß das ganze Ruhrgebiet plötzlich umgekrempelt wird. Ob wir mit den Schwerpunkten im einzelnen durchkommen, weiß ich nicht. Vergessen Sie auch nicht, Herr Krone, die Schattenseiten von Bremen aufzuzeigen. Wenn Herr Kaisen nicht mehr da ist, sind die Sozialdemokraten in Bremen aber genauso auf der Aussterbeliste wie die CDU. (*Heiterkeit und Bewegung*.)

Adenauer: Lassen wir bei der Frage bleiben: Wer soll die Kommunalwahlen führen? Sollen das die Landesparteien tun, oder wollen wir es jeder Kreispartei überlassen? (*Bitter*: Das müssen die Landesparteien tun! – *Zurufe*: Sehr richtig!) Dann müssen die Landesparteien von hier aus gebeten werden, und zwar aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstandes, sich vornehmlich den Kommunalwahlen zu widmen, d.h. in wesentlich stärkerem Maße als früher. Herr Dufhues! Würden Sie das in die Hand nehmen? (*Dufhues*: Wir sprechen bereits über diese Frage in regelmäßigen Abständen!) Mehr können wir jetzt nicht tun, aber in der nächsten Sitzung möchten wir einen Bericht darüber hören.

98 Am 15. Mai 1960. – Die Kommunalwahl wurde durch das Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt (Wahlrechtsänderung) und am 14. Dezember 1960 zusammen mit der saarländischen Landtagswahl wiederholt (AdG 1960 S. 8818).

99 Verein Union-Presse e.V., 1947 gegründeter Zusammenschluß CDU- und CSU-naher Verleger und Journalisten. Satzung in Heinz-Dietrich FISCHER: Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980. Düsseldorf 1981 S. 669–672.

VERSCHIEDENES

Adenauer: Nun kommen wir zum Punkt „Verschiedenes“! (*Blumenfeld:* Ich hatte Ihnen einen Brief geschrieben wegen des Parteitages!) Ich weiß, die Dinge sind, soviel ich weiß, fortgeschritten. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, ich halte den Parteitag in Köln für fruchtbarer als in Hamburg.

Blumenfeld: Ich habe Ihnen die Gründe aufgezeigt. Wir machen den Kulturkongreß in Nordrhein-Westfalen, die große Eröffnung des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen und auch den Bundesparteitag nunmehr. Das erscheint mir eine zu schwere Verlagerung nach Nordrhein-Westfalen. Ich habe nichts gegen Köln!

Adenauer: Ich habe nichts für Köln, aber ich darf Ihnen nochmals sagen: Nordrhein-Westfalen ist das größte Reservoir für die CDU beim Wahlkampf. Das ist Hamburg nicht und nicht Schleswig-Holstein.

Blumenfeld: Damals wurde gesagt, außer Köln gibt es im ganzen Bundesgebiet keinen Raum. Ich habe deshalb nicht widersprochen, weil ich die Herren von Hassel und Kraske nicht desavouieren wollte. Aber es stimmt nicht. Die Räumlichkeiten sind nicht untersucht worden.

Adenauer: Ich kann nur nochmals wiederholen: Nordrhein-Westfalen ist das größte Wahlreservoir für die CDU. Wenn wir nach Essen gehen könnten, wäre mir das genauso lieb. Gerade bei der Bundestagswahl sollten wir in Köln bleiben. (*Blumenfeld:* Wir haben bisher in Hamburg in den Jahren 1953 und 1957 keine schlechten Erfahrungen gemacht!) Diese Wahl wird aber gefährlicher. Glauben Sie es mir! (*Blumenfeld:* Ich habe Bedenken gegen die Massierung in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen auch in den Norden oder Nordwesten, z.B. nach Celle.) Ich glaube, Sie sehen es nicht richtig. Ich stimme mit Ihnen überein, daß wir im Norden etwas tun müssen, aber Nordrhein-Westfalen mit seinen 15 $\frac{1}{2}$ Millionen Menschen ist doch das größte Reservoir. Und wenn wir da einen Erfolg haben, können wir annehmen, daß sich das weiter auswirkt. Wenn wir aber da einen Mißerfolg haben, dann ist die Sache schlecht.

Kraske: Es ist eine Großkundgebung mit dem Herrn Bundeskanzler in Hamburg zwischen April und Juni vorgesehen, möglicherweise noch vor der Kundgebung in der Westfalenhalle. (*Blumenfeld:* Das ist eine Veranstaltung der Jungen Union!)

Adenauer: Da sollen 10.000 Leute hinkommen.

Kraske: Die Hamburger Bevölkerung sagt nicht, das ist eine Veranstaltung der Jungen Union, sondern das ist eine Großkundgebung der CDU. (*Blumenfeld:* Ich möchte darum bitten, daß für den Norden noch etwas vorgesehen wird!)

Adenauer: Ja! Dann darf ich, meine Damen und Herren, mit einem Dank an Sie alle die Sitzung schließen.